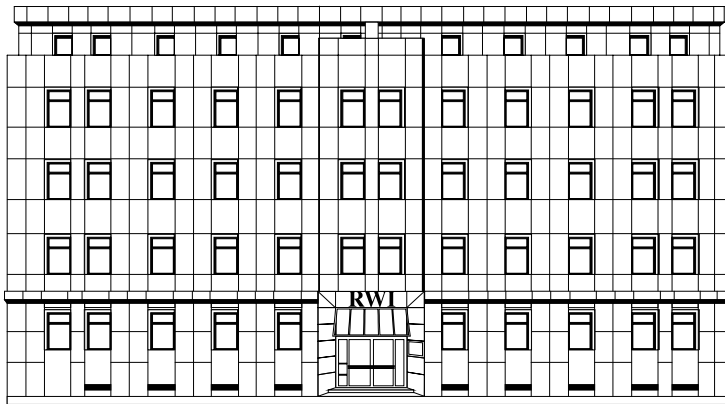


Arbeitsbericht 2001



Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Arbeitsbericht 2001

Essen · Juni 2002

Herausgegeben vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Telefon: (0201) 81 49-0, Telefax: -200
Internet: <http://www.rwi-essen.de>, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Druck: 2002 bei Druckerei Peter Pomp GmbH, 46238 Bottrop

Inhalt

Das Institut	5
Entwicklung, Aufgaben und Organe	5
Mitgliederversammlung	8
Verwaltungsrat	8
Vorstand	8
Verwaltungsratssitzung und Mitgliederversammlung 2001	8
Finanzierung	9
Die finanzielle Entwicklung im Jahre 2001	9
Forschungsbeirat	10
Mitarbeiter	11
Betriebsrat	12
Veröffentlichungen.	13
Gesellschaft der Freunde und Förderer.	13
Die Arbeiten des Instituts	15
Die Arbeiten der Forschungsgruppen	15
Internationale Wirtschaftsbeziehungen	15
Konjunktur	21
Regionalwirtschaftliche Analysen	28
Sektorale Strukturanalysen.	32
Energiewirtschaft.	45
Handwerk und Mittelstand	53
Öffentliche Finanzen und Steuern	65
Summerschool	77
Die Arbeiten anderer Gruppen	78
Statistik	78
EDV	80
Grafik.	81
Bibliothek	81
Veröffentlichungen.	83
Satzung	86
Organisationsplan	92

Das Institut

Entwicklung, Aufgaben und Organe

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, – RWI – ist eine unabhängige und gemeinnützige Einrichtung der wissenschaftlichen Forschung, die sich mit der Beobachtung und Analyse der Wirtschaft und ihrer Entwicklung befasst. Das Institut wurde 1926 von Walther Däbritz auf Anregungen aus Kreisen der Ruhrwirtschaft als Abteilung Westen des Instituts für Konjunkturforschung (jetzt: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Berlin, gegründet. Seit 1943 arbeitet es in rechtlicher Selbständigkeit als eingetragener Verein.

Der Schwerpunkt der Forschungsarbeiten liegt bei Diagnosen und Prognosen der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland und in bedeutenden Industrieländern. Schon allein standortbedingt zählt auch die Analyse der Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Bereiche Energie und Stahl zu den wichtigen Arbeitsgebieten des Instituts. Traditionell umfasst der Aufgabenbereich außerdem die Analyse des Handwerks, neuerdings akzentuiert auch die des Mittelstandes. Besondere Aufmerksamkeit wird ferner der Regionalforschung, der europäischen Integration und der Umweltökonomie gewidmet, den beiden letzteren in Gestalt von sog. „Querschnittsthemen“. Ein erster längerfristig orientierter Forschungsplan wurde 1991/92 im Forschungsbeirat und im Verwaltungsbeirat diskutiert und 1992 der Mitgliederversammlung vorgelegt. Der Entwurf eines zweiten Langfristplans, der die Empfehlungen des Wissenschaftsrats berücksichtigt, wurde 1999 im Forschungsbeirat abschließend beraten und im Jahr 2000 vom Verwaltungsrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Er ist seitdem eine wichtige Orientierungsgröße für die Forschungsarbeit im RWI.

Die Zukunft der Forschung wird, schon allein aufgrund des Fortschritts der Informations- und Kommunikationstechnologien, noch stärker als bisher durch variable Netzwerke geprägt sein. Gerade die Entwicklung auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie, die es einem in starkem Maße empirisch ausgerichteten Institut mittlerer Größe fast unmöglich macht, alle neueren Beiträge in ihrer gesamten Breite aufzuarbeiten, verlangt solche externe Kooperationen – insbesondere mit Universitäten. Dies war auch der explizite Wunsch des Wissenschaftsrates.

Institutionalisiert finden sich derartige *Netzwerke* beim RWI bereits, so im Rahmen

- des von der DFG geförderten SFB 475 „Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen“ mit dem Fachbereich Statistik der Universität Dortmund sowie in der Mitwirkung im Graduiertenkolleg „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Bochum und Dortmund,
- des von den Vereinten Nationen geförderten und federführend an den Universitäten Toronto und Maryland angesiedelten *Project LINK*, einem weltweiten Verbund makroökonomischer Modelle,
- des European Economic Network (EUREN) des *Centre d’Observation Economique* (COE) Paris bzw. der Sorbonne, dem *Centro Studi Confindustria* (CSC), Rom, sowie der *London Business School*, London, zur europäischen Konjunkturanalyse,
- der Zusammenarbeit mit dem *European Policies Research Center* an der *University of Strathclyde*, Glasgow, wo Prof. Klemmer als Visiting-Professor jährlich eine Vorlesung hält,
- der Zusammenarbeit mit dem *Centre for Enterprise and Economic Development Research* (CEEDR; *Prof. Smallbone*) der *University of Middlesex*, London, sowie
- der Mitgliedschaft im *Entrepreneurship Research Consortium* (ERC; *Prof. Reynolds*).

Auf dem Gebiet der ökonomischen Energie- und Klimaforschung findet eine stärkere Zusammenarbeit mit amerikanischen Forschern statt. Mit Hilfe der DFG wurde 2000 ein längerer Forschungsaufenthalt von Dr. *Storchmann* (Abteilung Energiewirtschaft) bei Prof. *Nordhaus* (*Yale-University*) finanziert. Dr. Storchmann hält inzwischen an der *Yale-University* Vorlesungen zum Thema der Energie- und Verkehrspolitik und hat seinen Forschungsaufenthalt weiter verlängert.

Die bereits abgeschlossenen *Kooperationsvereinbarungen*

- mit dem CEEDR,
- mit *Prof. Reynolds* (ERC),
- mit der Ruhr-Universität Bochum und der Fachhochschule Gelsenkirchen auf dem Gebiet der Gründungsforschung,
- mit der Sektion B der WGL auf den Gebieten der Raum- und Umweltforschung sowie
- dem Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig

haben zu gemeinsamen Projekten geführt, deren Ergebnisse in den nächsten Jahren anfallen werden.

Hervorgehoben werden soll der Kooperationsvertrag mit der Ruhr-Universität Bochum, die dem künftigen Präsidenten in der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der RUB eine akademische Heimat bieten wird und der zu einem gemeinsamen Lehr- und Forschungsmodul „Empirische Wirtschaftsforschung“ geführt hat. Bei der DFG, der VW-Stiftung und dem BMBF wurden inzwischen Anträge auf Un-

terstützung gemeinsam durchzuführender Forschungsprojekte eingereicht. Zwei Anträge wurden bewilligt, die Arbeiten begonnen (vgl. den Bericht der Forschungsgruppe Regionalwirtschaftliche Analysen).

Das RWI beteiligt sich seit längerer Zeit am von der DFG finanzierten Graduiertenkolleg „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus dieser Zusammenarbeit (vgl. Arbeitsbericht April 1999 bis Januar 2001) wurde ein zweiter Fortsetzungsantrag für die Zeit vom April 2002 bis zum März 2005 gestellt, der inzwischen genehmigt wurde.

Die Kooperationsbeziehungen mit

- der Universität GH Essen sowie
- der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg.

konnten noch nicht vertraglich fixiert werden. Das RWI ist stark an einer engeren Zusammenarbeit mit den beiden Universitäten interessiert und hat bereits mehrfach seine Bereitschaft dazu geäußert.

Mit der Ohio Wesleyan University, Delaware, Ohio, wird ein Wissenschaftleraus-tausch gepflegt. Die Beratung durch die Mitarbeiter des RWI wird von Studenten und Doktoranden in steigendem Maße in Anspruch genommen.

Das RWI will mit seinen Arbeiten über wirtschaftliche Entwicklungen und deren Bestimmungsgründe informieren, der Wirtschaftspolitik sachgerechte Entscheidungen erleichtern und allgemein in der Öffentlichkeit das Verständnis für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge fördern. Die Ergebnisse werden in der Regel veröffentlicht.

Das Institut dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Seine Aufgabe ist die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, insbesondere die Erarbeitung von Grundlagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen. Diesem Zwecke dienen u.a. der Auf- und Ausbau ökonomischer Modelle, insbesondere in den Bereichen der Konjunktur-, Struktur- und Energieforschung, sowie die Pflege von Datenbanken.

Mitglieder des Vereins können sowohl Firmen als auch Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie soziale und wirtschaftliche Organisationen werden, die an den Zielen des Instituts interessiert sind. Die Mitglieder leisten einen Jahresbeitrag, dessen Höhe der Selbsteinschätzung überlassen bleibt. Den Mindestbeitrag setzt die Mitgliederversammlung jährlich fest, er beträgt derzeit 2 500,- DM. Mitgliedsbeiträge sind Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke zur Förderung der Wissenschaft.

Die satzungsmäßigen Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung hat vor allem folgende Aufgaben:

- Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie über Änderungen der Satzung; Entlastung des Verwaltungsrats und des Vorstandes,
- Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Forschungsbeirats sowie des Rechnungsprüfers.

Verwaltungsrat

Dem Verwaltungsrat obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- Beratung in allen Angelegenheiten des Vereins von besonderem Gewicht oder finanzieller Tragweite,
- Beschlussfassung über den Haushaltsplan,
- Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
- Beschlussfassung über die Berufsordnung für die Wahl des Präsidenten.

Dem Verwaltungsrat sollen mindestens 10, höchstens jedoch 15 Personen angehören, die möglichst aus dem Kreise der Mitglieder zu wählen und geeignet sind, die Belange des Instituts wahrzunehmen und zu fördern. Mitglieder des Verwaltungsrats sind:

Vorsitzender:	Prof. Dr. Harald B. Giesel, Essen
Heinrich Frommknecht, Dortmund	Dr. Kurt Hochheuser, Düsseldorf
	Peter Hohlfeld, Essen
Stellvertretende Vorsitzende.	Helmut Mattonet, Düsseldorf
Dr. Eberhard Heinke, Düsseldorf	Rolf Hermann Nienaber, Essen
Dr. Dietmar Kuhnt, Essen	Heinz Putzhammer, Düsseldorf
Dr. Henning Osthues-Albrecht, Essen	Klaus Schloesser, Düsseldorf
	Dr. Gerd Willamowski, Essen
Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Düsseldorf	Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Prof. Dr. Walter Eberhard, Duisburg	Bonn/Berlin

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er ist Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Dem Vorstand gehören an:

- Prof. Dr. Paul Klemmer (Präsident)
- Prof. Dr. Ullrich Heilemann (Vizepräsident).

Verwaltungsratssitzung und Mitgliederversammlung 2001

Die ordentliche Verwaltungsratssitzung und die Mitgliederversammlung fanden am 3. Juli 2001 in Essen statt. Die durch die Westdeutsche Industrie-Treuhandgesellschaft geprüfte Jahresrechnung 2000 wurde genehmigt, der Haushaltsplan 2002 in der vorgelegten Fassung verabschiedet.

Finanzierung

Das Institut wird finanziert

- aus öffentlichen Zuschüssen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen,
- aus Mitgliedsbeiträgen sowie Einnahmen aus Veröffentlichungen und Vermietung sowie aus sonstigen Erträgen,
- durch Auftragsarbeiten für Bundes- und Landesministerien, für andere Behörden und für die Wirtschaft.

Die finanzielle Entwicklung im Jahre 2001

Das Haushaltsvolumen des Instituts betrug rund 10,5 Mill. DM. Der Zuschuss der öffentlichen Zuwendungsgeber, der gemäß der „Rahmenvereinbarung For-

Vermögensübersicht zum 31. Dezember					
in 1 000 DM					
AKTIVA			PASSIVA		
	2001	2000		2001	2000
I. Anlagevermögen	3 689	3 939	I. Verbindlichkeiten aus Beiträgen Dritter	397	280
II. Umlaufvermögen	434	436	II. Abgegrenzte Verbindlichkeiten	157	256
			III. Vereinsvermögen	3 569	3 839
	4 123	4 375		4 123	4 375

Jahresrechnung

in 1 000 DM					
AUSGABEN			EINNAHMEN		
	2001	2000		2001	2000
1. Personalausgaben	8 142	8 084	1. Vermischte Einnahmen	127	102
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 952	1 692	2. Einnahmen aus Veröffentlichungen	44	24
3. Beiträge an Vereine	24	20	3. Mieten und Pachten	38	36
4. Ausgaben für Investitionen	206	163	4. Zuschüsse aus dem öffentlichen Bereich	6 899	6 812
			5. Sonstige Zuschüsse und Beiträge	176	176
			6. Erstattung von Verwaltungskosten	2	2
			7. Einnahmen aus Arbeitsaufträgen	3 191	2 871
	10 324	9 959		10 477	10 023
Einnahmenüberschuß	153	64	Ausgabenüberschuß	0	0
	10 477	10 023		10 477	10 023

schungsförderung“ je zur Hälfte vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen aufgebracht wird, belief sich auf rund 6,9 Mill. DM, das sind rund 66 vH der Gesamteinnahme. Die Einnahmen aus Arbeitsaufträgen erreichten knapp 3,2 Mill. DM. Größter Auftraggeber war erneut das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Die übrigen Einnahmen – Mitgliedsbeiträge, Erträge aus Veröffentlichungen, Mieteinnahmen u.a. – beliefen sich auf rund 390 000 DM (rund 3,7 vH der Gesamteinnahmen). Der tatsächlich entstandene Aufwand des Jahres 2001 entsprach im institutionellen Haushalt weitgehend dem Voranschlag. Die Personalausgaben, die am Gesamtaufwand des Instituts naturgemäß den größten Anteil haben, erreichten mit rund 8,1 Mill. DM etwa 78 vH der Gesamtausgaben. Der Sachaufwand betrug knapp 2,2 Mill. DM.

Das Anlagevermögen (rund 3,7 Mill. DM) umfasst die Buchwerte der institutseigenen Gebäude, Essen, Hohenzollernstraße 1-3 und Kindlingerstraße 8, die Festwerte der Einrichtung der Bibliothek sowie die Werte der EDV-Anlage.

Das Vereinsvermögen beläuft sich auf rund 3,6 Mill. DM.

Forschungsbeirat

Der Forschungsbeirat hat seine Aufgaben, Anregungen zum Forschungsprogramm des Instituts zu geben, die Forschungstätigkeit kritisch zu begleiten und bei der Berufung eines neuen Präsidenten mitzuwirken, wahrgenommen. Mitglieder des Forschungsbeirats sind gegenwärtig:

Prof. Dr. Joachim Frohn, Bielefeld

Ulrich Hombrecher, Düsseldorf

Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, St. Gallen

Dr. Matthias Köppel, Essen

Prof. Dr. Wim Kösters, Bochum (Vorsitzender)

Prof. Dr. Horst Zimmermann, Marburg

Der Forschungsbeirat tagte im Jahre 2001 zwei Mal und im Jahre 2002 bisher ein Mal. Die Diskussion der Konsequenzen der von der WGL ins Auge gefassten Evaluationskriterien für die Mitgliedsinstitute und der daraus zu ziehenden Folgerungen für den Forschungsbeirat wurde fortgesetzt. Nach den bisherigen Überlegungen der WGL soll der Forschungsbeirat neben der bisherigen Beratungstätigkeit eine permanente Evaluation des Instituts vornehmen. Neben der damit verbundenen Steigerung der Bedeutung seiner Rolle folgt daraus naturgemäß ein höherer Aufwand, der im bisherigen Rahmen an die Grenzen der Möglichkeiten des Forschungsbeirates stößt. Zur Erleichterung seiner Arbeit und zur internen Überprüfung der Umsetzung des längerfristigen Forschungsplans regte er an, im (kurzfristigen) Forschungsplan für das jeweils laufende und folgende Jahr den Bezug der Arbeiten zu den einzelnen Arbeitsfeldern der Forschungsgruppen deutlich zu machen. Der Forschungsplan 2002/03 nimmt diese Anregung auf. – Der Forschungsbeirat regte ferner an, die Forschungsergebnisse stärker als bisher durch Beteili-

gung an Tagungen und durch institutsexterne Publikation in den Wissenschaftsdiskurs einfließen zu lassen. Die Beteiligung des Instituts an DFG-Projekten (SFB 475, Graduiertenkolleg der Universitäten Bochum und Dortmund) wird vom Forschungsbeirat hervorgehoben und begrüßt, gleichzeitig aber auch auf die stärkere Nutzung der DFG-Förderung von Einzelprojekten hingewiesen.

Die Analyse und Bewertung der Forschungstätigkeit wurde mit der Evaluation der Forschungsgruppen „Energiewirtschaft“, „Öffentliche Finanzen und Steuern“ sowie „Handwerk und Mittelstand“ fortgesetzt. Der Beirat stellte wiederum auf die Verbindung der Arbeit zum längerfristigen Forschungsplan ab und betonte die Publikationstätigkeit sowie die Einbindung in den wissenschaftlichen Austauschprozess auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Die Ergebnisse der Evaluation wurden mit dem Vorstand diskutiert. Nach Abschluss der Evaluationsrunde in diesem Jahr ist eine Erörterung der Einschätzungen und Befunde des Forschungsbeirates gemeinsam mit Vorstand und Forschungsgruppenleitern vorgesehen.

Mitarbeiter

Am Jahresende 2001 beschäftigte das Institut 77 Mitarbeiter (einschließlich Vorstand), darunter 43 Wissenschaftler.

Im Jahr 2001 waren im Institut tätig:

Dr. Michael Ackermann (bis 31.12.2001)	Peter Hernold
Dr. György Barabas	Bernhard Hillebrand
Jean-Marc Behringer (seit 01.08.2001)	Klaus Höhner
Michaela Bleuel (seit 15.11.2001)	Peter Hohlfeld
Andrea Böing-Grundmann	Ingrid Hüllen
Christiane Brüggemann (seit 01.10.2001)	Dirk Huchtemann (seit 01.05.2001)
Alena Brüstle	Frank Jacob
Rüdiger Budde	Ronald Janßen-Timmen
Hans Georg Buttermann	Dr. Rainer Kambeck
Hartmut Clausen	Monika Keip (bis 30.04.2001)
Dr. Jochen Dehio	Teemu Kautonen (seit 01.10.2001)
Dr. Roland Döhrn	Prof. Dr. Paul Klemmer
Karl-Heinz Drymalla	Dr. Bernhard Lageman
Wolfgang Dürig	Gabriele Lieber
Dr. Bernd Fritzsche	Klaus Löbbe
Heinz Gebhardt	Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz
Dr. Silke Gehle	Agnes Lohkamp
Rainer Graskamp	Claudia Lohkamp
Brigitte Günnewig	Jürgen Malszewski
Marianne Halstrick-Schwenk	Thomas Michael (seit 01.10.2001)
Prof. Dr. Ullrich Heilemann	Dr. Antoine-Richard Milton
Karl-Heinz Herlitschke	Dr. Waike Moos
Anette Hermanowski	Lutz Morgenroth
	Beate Müller

Heinz Josef Münch	Dr. Torsten Schmidt
Hiltrud Nehls	Dr. Heinz Schruppf
Dr. Uwe Neumann (seit 01.01.2001)	Gisela Schubert
Andreas Oberheitmann	Wolfgang Schütz
Markus Peek (bis 31.03.2001)	Hans-Karl Starke
Gabriele Pomorin	Dieter Stiller
Nils Radmacher-Nottelmann	Dr. Karl-Heinz Storchmann
Omar Ranné (bis 31.01.2001)	(bis 30.11.2001)
Hermann Rappen	Heribert Sunderbrink
Sabine Reinhard	Ullrich Taureg
Dr. Michael Rothgang	Marlies Tepaß
Rosemarie Runkler	Lutz Trettin
Günter Schäfer	Harald Waldt
Dr. Elke Schäfer-Jäckel	Dr. Friederike Welter
Dr. Markus Scheuer	Hartmut Westram
Barbara Schilde	Werner Wichmann
Ingrid Schmidt	Hiltrud Wittke
Joachim Schmidt	

Gastwissenschaftler:

Prof. Stephen Hall, Imperial College of Science, Technology and Medicine, London

Prof. Samarov, MIT, Cambridge, MA, USA

Praktikanten:

Janina Küter (Universität GH Essen), Susanne Niklas (Universität zu Köln), Peter Pollmeier (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Peter Reisewitz (Universität GH Essen), Björn Saß (Universität Bamberg), Torben Schubert (Universität zu Köln), Thorsten Schüler (Ruhr-Universität Bochum), Toni Stocker (Universität Dortmund), Julia Sophie Wörsdorfer (Universität Leipzig), Stefan Zeisberger (Universität Bremen), Jesko Zigan (Landgericht Dortmund)

Studentische Hilfskräfte:

Marius Baader, Arsen Celikel, Stefanie Gude, Elmar Hillebrand, Matthias Peistrup, Christian Schabbel, Thorsten Schüler, Milena Stoitcheva

Aushilfen:

Christoph Hillebrand

Betriebsrat

Der Betriebsrat setzt sich seit der Wahl im Mai 1998 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Peter Hohlfeld (Vorsitzender)

Karl-Heinz Herlitschke (stellvertretender Vorsitzender)

Andrea Böing-Grundmann (seit 16.11.1999)

Frank Jacob (seit 13.12.01)

Ulrike Lehr (bis 30.9.1999)

Dr. Waike Moos (bis 12.12.2001)

Hermann Rappen (seit 1.10.1999)

Dr. Karl-Heinz Storchmann (bis 15.11.1999)

In Besprechungen mit dem Vorstand des Instituts wurden die anstehenden Probleme ausführlich diskutiert und einer Lösung nähergebracht. In mehreren Betriebsversammlungen berichtete der Betriebsrat über seine Tätigkeit und diskutierte die aufgeworfenen Fragen.

Veröffentlichungen

RWI-Mitteilungen	vierteljährlich
RWI-Konjunkturberichte	halbjährlich
RWI-Handwerksberichte	jährlich
RWI-Konjunkturbriefe	unregelmäßig
Schriftenreihe	unregelmäßig
Untersuchungen	unregelmäßig
RWI-Papiere	unregelmäßig
Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand	unregelmäßig
Schriften und Materialien zur Regionalforschung	unregelmäßig

Die RWI-Konjunkturberichte, die RWI-Mitteilungen und die Schriftenreihe sind – auch als Einzelheft – beim Verlag Duncker & Humblot GmbH, Postfach 41 03 29, 12113 Berlin, Telefon: (030) 79 00 06-0, zu beziehen, die übrigen Veröffentlichungen beim Institut.

Gesellschaft der Freunde und Förderer

Die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung wurde im Jahre 1948 gegründet. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, das Institut bei seinen Arbeiten zu unterstützen und die Durchführungen seiner Aufgaben in jeder Weise, insbesondere durch Zuwendung von Geldmitteln, zu fördern und die diesem Zweck dienenden finanziellen und sonstigen Mittel zu beschaffen.

Im Jahre 2001 wurde die Umsetzung des neuen Konzepts der Fördergesellschaft – Stärkung der projektbezogenen internationalen Forschungskooperation, Verbesserung der Präsentation und Disemination seiner Forschungsergebnisse – fortgeführt. Die Fördergesellschaft unterstützte zahlreiche Auslandsreisen zu Forschungsaufenthalten von Institutsmitarbeitern oder deren aktiver Teilnahme an internationalen Tagungen. Förderung erfuhr auch die Ausstattung des RWI im Bereich der EDV sowie der Bibliothek. Weiterbildungsmaßnahmen der RWI-Mitarbeiter wurden ebenso unterstützt wie die Summerschool des RWI „Arbeiten mit

makroökonomischen Modellen“ durch die Vergabe von drei Stipendien, die Studenten und Nachwuchswissenschaftlern die Teilnahme ermöglichten.

Mitglieder der Fördergesellschaft können Einzelpersonen und Firmen, Vereine und Gesellschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts, soziale und wirtschaftliche Organisationen werden.

Die Höhe des Jahresbeitrags bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Der Mindestsatz beträgt für Einzelpersonen 50,- € und für sonstige Mitglieder 250,- €. Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen sind steuerlich abzugsfähig.

Präsident: Dr. jur. Dietmar Kuhnt

Geschäftsführender Vorstand: Manfred Breuer

Die Arbeiten des Instituts

Die Arbeiten der Forschungsgruppen

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Wie in den Vorjahren standen Untersuchungen auf dem Gebiet der Direktinvestitionen sowie die internationale Zusammenarbeit bei der Konjunkturanalyse im Rahmen von *Project LINK* und der Kooperation europäischer Konjunkturforschungsinstitute EUREN im Mittelpunkt der Arbeiten der Forschungsgruppe. Daneben machte die Mitarbeit an den RWI-Konjunkturberichten, der Gemeinschaftsdiagnose und der Strukturberichterstattung einen wesentlichen Teil der Tätigkeiten aus. Zudem war die Forschungsgruppe in der Arbeitsgemeinschaft europäischer Konjunkturforschungsinstitute (AIECE) engagiert.

Internationale Konjunktur

Das Wachstum der Weltwirtschaft kühlte sich 2001 spürbar ab, und zwar in allen Regionen nahezu zeitgleich. Vor allem konnte sich Europa, entgegen angesichts der vielfältigen steuerlichen Entlastungen von Jahresanfang 2001 gehegten Erwartungen, nicht der allgemeinen Abwärtstendenz entziehen. Die Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung nahm in den Konjunkturberichten breiten Raum ein. Dabei wurde die gegenwärtige Schwäche in den Kontext früherer Schwächephasen gestellt, wobei sich zeigte, dass ein ähnlich scharfer Einbruch zuletzt während der ersten Ölkrise beobachtet wurde. Der Welthandel brach indessen diesmal deutlicher ein, als jemals in den vergangenen 30 Jahren beobachtet, was nicht zuletzt an der hohen Parallelität der Abwärtsbewegung in den verschiedenen Ländern liegt. Was deren Ursachen angeht, wurde gefragt, wie weit diese in der hohen Bedeutung zu suchen sind, die multinationale Unternehmen mittlerweile für die weltweiten Anlageinvestitionen haben. Zu vermuten ist, dass diese sich bei ihren Investitionsentscheidungen nicht nur von den Investitionsbedingungen an den jeweiligen Standorten, sondern auch von der Gesamtsituation des Unternehmens beeinflussen lassen. Empirische Belege für solche Zusammenhänge gibt es aber nur wenige. Die Investitionen amerikanischer multinationaler Unternehmen im Ausland entwickeln sich jedoch weitgehend parallel zu denen im Inland, und für deutsche Unter-

nehmen deuten mikroökonomische Angaben auf einen ähnlichen Zusammenhang hin. Verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage im Stammland eines Unternehmens, so strahlt dies offenbar auch auf die Investitionen an anderen Standorten aus. Damit hat die hohe Zahl grenzüberschreitender Unternehmenszusammenschlüsse auch Konsequenzen für die internationale Konjunkturübertragung.

Weiterer Schwerpunkt der Arbeiten zur internationalen Konjunktur im abgelaufenen Jahr war die Frage nach den Auswirkungen der Makropolitik auf die Beschäftigung in verschiedenen Industrieländern, die im Auftrag des *Bundesministeriums der Finanzen* untersucht wurde. Ausgangspunkt der Analyse war eine umfassende Darstellung der Makropolitik in neun Ländern (G7-Länder, Niederlande, Irland) in den vergangenen 20 Jahren. Im nächsten Schritt wurde analysiert, in welchem Umfang die verschiedenen Makropolitiken auf die Beschäftigung wirken. Erste Anhaltspunkte über Politikwirkungen liefern Eingleichungsmodelle, in denen unmittelbar ein Zusammenhang zwischen Makropolitik und Beschäftigungsveränderung hergestellt wird. Was den Einfluss der Finanzpolitik angeht, gelangen diese Rechnungen zu keinen befriedigenden Ergebnissen. Im Gegensatz dazu zeigt sich bei allen Indikatoren der Geldpolitik in der Mehrzahl der betrachteten Länder ein signifikanter Einfluss auf die Beschäftigung in der theoretisch erwarteten Richtung. Ähnliches gilt für die Lohnpolitik. Reale effektive Wechselkurse schließlich wirken sich ebenfalls in fast allen Ländern signifikant auf die Beschäftigung aus, jedoch ist der Erklärungsbeitrag zumeist gering.

Allerdings bringt eine solche isolierte Betrachtung einzelner Politiken selten eine befriedigende Erklärung der Beschäftigungsschwankungen, da gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen naturgemäß außer Betracht bleiben. Um letztere zu berücksichtigen, wurden Simulationen mit ökonometrischen Modellen durchgeführt. Dabei arbeitete die Forschungsgruppe mit *Oxford Economic Forecasting* und *Project LINK* zusammen, die im Rahmen ihrer Mehrländer-Modelle mit den Teilmodellen der betrachteten Volkswirtschaften entsprechende Simulationen durchführten. Diese zeigten Unterschiede in den Reaktionen zwischen den Ländern: In den Vereinigten Staaten reagiert die Beschäftigung im Allgemeinen stärker auf wirtschaftspolitische Maßnahmen als in den anderen Ländern, dies allerdings nicht nur aufgrund der höheren Flexibilität des gesamten Wirtschaftssystems, sondern auch wegen der hohen Kapazitätsauslastung der amerikanischen Wirtschaft in den letzten Jahren, für die die Simulationsrechnungen durchgeführt wurden. Als relativ „politikresistent“ erweist sich die Beschäftigung in Frankreich, wo der Staat in der Vergangenheit dazu tendierte, direkt in den Arbeitsmarkt einzugreifen, z.B. durch eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes. Im Gegensatz dazu ist in Deutschland ein spürbarer Einfluss der Marktpolitik auf die Beschäftigung erkennbar, der jedoch weniger stark ist als in den USA.

Direktinvestitionen

Seit nunmehr sechs Jahren verfügt das RWI über eine mikroökonomische, auf der Auswertung von Geschäftsberichten beruhende Datenbasis zur Internationalisierung der Unternehmen der deutschen Wirtschaft, die „Unternehmensdatenbank Globalisierung“. Sie wurde 2001 aktualisiert und weiterentwickelt, insbesondere im

Bereich des Dienstleistungssektors. Nachdem sich die Auswertungen bislang vorwiegend auf die Evaluierung ihrer analytischen Möglichkeiten konzentrierten, standen nun zwei durch Drittmittel finanzierte Projekte im Mittelpunkt der Forschung, die die Anwendung auf wirtschaftspolitische Fragestellungen zum Gegenstand hatten.

Eine Untersuchung im Auftrag der *Hans-Böckler-Stiftung*, der *IG Bergbau-Energie-Chemie* und des *Verbandes der Chemischen Industrie* befasste sich mit den Bestimmungsgründen und Auswirkungen von Direktinvestitionen der deutschen Chemischen Industrie. Für künftige Arbeiten ist diese Studie insofern richtungsweisend, als in ihr zwei Analyseansätze, die das Institut bislang isoliert verfolgte, verbunden werden: Eine makroökonomische Analyse, basierend auf den Daten der amtlichen Statistik, und mikroökonomische Studien, ausgehend von der „Unternehmensdatenbank Globalisierung“. Wichtigste Ergebnisse der Untersuchung sind, dass sich die (mikroökonomischen) Bestimmungsgründe von Direktinvestitionen in der Chemischen Industrie nicht von denen im übrigen Verarbeitenden Gewerbe unterscheiden, wohl aber die Determinanten der Standortwahl. Chemieunternehmen bevorzugen in erster Linie kaufkräftige Märkte für die Ansiedlung von Tochterunternehmen, während die räumliche Entfernung zu Deutschland – im Gegensatz zu anderen Branchen – keine Rolle spielt. Dabei wirken zunehmende Direktinvestitionen per saldo positiv auf die Beschäftigung in Deutschland, da die negativen Auswirkungen einer wachsenden Zahl von Arbeitsplätzen an ausländischen Standorten durch die Arbeitsplatz schaffenden Effekte höherer Umsätze im Ausland mehr als ausgeglichen werden.

Ausgangspunkt der zweiten angesprochenen Studie sind frühere Untersuchungen, die auf die besondere Bedeutung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung für den Umfang von Direktinvestitionen von Unternehmen hinwiesen. Dies war Anlass, sich in einem weiteren Kontext mit den Besonderheiten der Generierung und Verbreitung von Wissen in multinationalen Unternehmen auseinander zu setzen. Durchgeführt wird diese Studie – in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“ und dem *Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung* – im Auftrag des *Bundesministeriums für Bildung und Forschung*. Empirische Grundlagen bilden zum einen die „Unternehmensdatenbank Globalisierung“, zum anderen eine schriftliche Befragung von forschenden, auslandsaktiven Unternehmen und schließlich eine Auswertung der von diesen angemeldeten Patente, unterteilt nach dem Sitzland des Anmelders. Letzteres erlaubt Rückschlüsse, an welchen Standorten „patentfähiges“ Wissen generiert wird. Erste Auswertungen zeigen, dass eine eigenständige Forschung im Ausland nur bei relativ großen und generell in bedeutendem Maße international operierenden Unternehmen stattfindet. Sie dient vorwiegend der Anpassung von Produkten an die Erfordernisse lokaler Märkte und führt damit seltener zu einer Beantragung von Patenten durch ausländische Tochterunternehmen. Bessere Standortbedingungen für Forschungsaktivitäten haben hingegen, was durch die Umfrage bestätigt wird, eine nachrangige Bedeutung als Determinante der Auslandsforschung. Ein mit Blick auf die Erklärung von Direktinvestitionen interessantes, aber nicht unerwartetes Ergebnis der Studie ist, dass die Möglichkeiten der Internalisierung von *know how*

offenbar eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über die Globalisierung der Forschung spielen.

Außenhandel und internationale Arbeitsteilung

Bereits seit einigen Jahren stehen die Auswirkungen der geänderten internationalen Arbeitsteilung auf die Dynamik des Welthandels und des deutschen Außenhandels auf der Forschungsagenda. Die Stärke des Einbruchs des Welthandels im Jahre 2001 und die Tatsache, dass in fast allen Ländern Einfuhren und Ausfuhren gleichermaßen deutlich zurückgingen, weist darauf hin, dass eine wachsende Segmentierung von Wertschöpfungsketten stattgefunden hat, die Importe und Exporte stärker mit der Binnenkonjunktur schwanken lässt, als dies früher der Fall war. Für Deutschland war allerdings in der Vergangenheit – wegen der Sondereinflüsse der deutschen Wiedervereinigung und zahlreicher Änderungen in der Systematik der Erfassung des Außenhandels zu Beginn der neunziger Jahre – schwer nachzuweisen, ob tatsächlich eine im Zeitverlauf zunehmende Reaktion der Einfuhren auf die Endnachfrage vorliegt. Neuere Rechnungen zeigen, dass in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Elastizität der deutschen Einfuhren auf die Endnachfrage deutlich gestiegen ist.

Wichtiges Instrument zur Analyse der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte sind reale effektive Wechselkurse, die die Forschungsgruppe für die deutsche Wirtschaft insgesamt, darüber hinaus für deren bedeutendste Exportsektoren berechnet. Mit Beginn der Währungsunion wurde dieses Analyseinstrument so modifiziert, dass sich der reale effektive Wechselkurs des Euro berechnen lässt. Abweichend von der Vorgehensweise anderer Institutionen werden dabei regionalisierte Kurse für die einzelnen EWU-Länder errechnet, die Unterschieden in der regionalen Ausrichtung ihres Außenhandels Rechnung tragen und dabei auch Konkurrenzbeziehungen innerhalb der EWU berücksichtigen. Diese regionenspezifischen effektiven Wechselkurse haben sich seit Anfang 1999 bereits deutlich auseinander entwickelt, zum Teil wegen immer noch bestehender Inflationsdifferenzen, zum Teil wegen der unterschiedlichen regionalen Ausrichtung des Exports. Aus der Sicht Deutschlands und Frankreichs betrug die reale effektive Abwertung des Euro gegenüber dem Durchschnitt der wichtigsten Handelspartner seit Anfang 1999 etwa 12 vH; in den Mittelmeerländern, aber auch den Niederlanden dagegen nur rund 5 vH, womit der schwache Euro die einzelnen Mitglieder der EWU in recht unterschiedlichem Maße begünstigte.

Veröffentlichungen

Brüstle, A. und R. Döhrn (2001), Verlängerte Werkbänke? Zur Struktur des deutschen Außenhandels mit den mittel- und osteuropäischen Ländern. *RWI-Mitteilungen* 52: 1–21.

Brüstle, A., R. Döhrn und H. Nehls (2001), Weltwirtschaft in unruhigem Fahrwasser. *RWI-Konjunkturberichte* 52 (1): 9–29.

Brüstle, A., R. Döhrn und H. Nehls (2001), Weltwirtschaft löst sich mühsam aus Talsohle. *RWI-Konjunkturberichte* 52 (2): 103–123.

Döhrn, R. (2001), OECD, EBRD, BIP und G-7: Weitere Organisationen mit regionalem sicherheitspolitischem Bezug. In Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.), *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen*. Hamburg: E.S. Mittler & Sohn, 671–690.

Döhrn, R. (2001), Arbeitsmarktentwicklungen und -strategien: Ein europäischer Vergleich. In R. Hamm und M. Wenke (Hrsg.), *Europäische Grenzregionen – Brückenköpfe für die Integration regionaler Arbeitsmärkte?* Mönchengladbacher Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Praxis 8. Aachen: Shaker, 11–28.

Döhrn, R. (2001), The RWI Data Base on the Globalisation of German Companies. *Schmollers Jahrbuch* 121 (3): 427–434.

Döhrn, R. (2002), Besprechung „G. Hunya (ed.): Integration Through Foreign Direct Investment“. *Kyklos* 55: 121–123.

Döhrn, R., U. Heilemann und G. Schäfer (2001), Geht es auch ohne Expansion des Dienstleistungssektors? In M. Baethge und I. Wilkens (Hrsg.), *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert?* Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen: Leske & Budrich, 269–290.

Döhrn, R. und W. Kösters (2001), Wirtschaftspolitik. In W. Weidenfeld und W. Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001*. Bonn: Europa Union Verlag, 209–216.

Döhrn, R. und H. Nehls (2001), Internationale Konjunktur: Weltwirtschaft löst sich mühsam aus Talsohle. *RWI-Konjunkturbriefe* 3/2001. RWI, Essen.

Döhrn, R., A.-R. Milton and N.A. Radmacher-Nottelmann (2001), The Impact of Trade and FDI on Cohesion. *RWI Papiere* 76. RWI, Essen.

Döhrn, R. unter Mitarbeit von N.A. Radmacher-Nottelmann (2002), Bestimmungsgründe und Auswirkungen von Direktinvestitionen der deutschen Chemischen Industrie. *RWI Papiere* 79. RWI, Essen.

Döhrn, R. unter Mitarbeit von N.A. Radmacher-Nottelmann (2001), Zur Akzeptanz ausländischer Direktinvestitionen in den MOE-Ländern. In R. Caesar und F. Heinemann (Hrsg.), *EU-Osterweiterung und Finanzmärkte*. ZEW-Wirtschaftsanalysen 57. Baden-Baden: Nomos, 101–118.

Radmacher-Nottelmann, N.A. (2001), Wachsende Globalisierung deutscher Dienstleistungsunternehmen – Evidenzen mikroökonomischer Daten. *RWI-Mitteilungen* 52: 73–93.

Radmacher-Nottelmann, N. A. (2002), Besprechung „Henneberger, F., S. Graf und M. Vocke, Globalisierung und Arbeitsmarkt – Auslandsinvestitionen von Dienstleistungsunternehmen und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung“. *Kyklos* 55: 115–116.

Ausgewählte Vorträge

Döhrn, R., Is Germany more sensitive to a global downturn. Vortrag im Rahmen des „6ème Rencontre de conjuncture international: Europe facing up to external challenges“ am 29. Juni 2001 in Paris.

Döhrn, R., Die Osterweiterung der Europäischen Union. Anforderung und Perspektiven für die Beitrittskandidaten und die EU. Vortrag im Rahmen des Seminars „Aktuelle Sicherheitspolitik im Überblick“ am 28. und 29. August 2001 in Bad Kreuznach.

Döhrn, R., Osterweiterung der EU. Vortrag im Rahmen des Essener Wirtschaftsgesprächs „Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren“ am 13. November 2001 in Essen.

Döhrn, R., Internationales Wissensmanagement Multinationaler Unternehmen. Vortrag im Rahmen des Workshop zum Bericht zur Technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands am 16. November 2001 in Karlsruhe.

Heilemann, U., Der Clinton-Aufschwung 1992 bis 2000 – Ursachen und Lektionen. Vortrag im Rahmen der Jahrestagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik am 13. März 2002 in Linz, Österreich.

Nehls, H., U. Heilemann und G. Barabas, Shifts or Breaks? West German Macroeconomic Parameters and European Integration. Vortrag am „Macroeconomic Modelling Seminar“, University of Warwick, 2.–3. Juli 2001 sowie am Forschungsseminar der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg am 13. Februar 2002.

2001 abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Eigentümergevorteile und Auslandsaktivitäten – Mikroökonomische Fundierung der ausländischen Direktinvestitionen deutscher Unternehmen

The Impact of Community Policies other than the Structural Policies on Economic and Social Cohesion. – Lot 1: Trade and FDI

Strukturpolitische Grundlagen einer beschäftigungsfördernden Makropolitik

Bestimmungsgründe und Auswirkungen der Direktinvestitionen der Chemischen Industrie

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Wandel der Kundenbeziehungen und Direktinvestitionen von Dienstleistungsunternehmen. Theoretische Grundlagen und empirische Überprüfung für Deutschland

Erklärungsbeitrag makroökonomischer Faktoren für die Beschäftigungsschwankungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und weiteren ausgewählten Industrieländern

Internationales Wissensmanagement multinationaler Unternehmen

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien

Döhrn, R., Arbeitsgruppe „Technology and Innovation Policy“ bei der OECD

Beteiligung an der Hochschullehre

Döhrn, R., Vorlesung „Konjunkturdiagnose und -prognose“ an der Universität Gesamthochschule Essen

Heilemann, U., R. Döhrn und H. Nehls, Kurs „European Currency Union and Financial Markets“ im Rahmen des Business and Economics Summer Term (BEST) der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg

Kooperationen

Centre d'Observation Economique (COE), Paris

Centro Studi Confindustria, Rom

European Policies Research Center, University of Strathclyde, Glasgow (EPRC)
 Foundation for International Business and Economic Research FIBER, New York
 Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe
 Oxford Economic Forecasting, Oxford
 Prof. Peter Pauly, *Project LINK*, University of Toronto
 Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen

Praktikanten/ Studentische Hilfskräfte

Christian Schabbel, Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
 Milena Stoitcheva, Ruhr-Universität Bochum
 Julia Sophie Wörsdörfer, Universität Leipzig

Konjunktur

Den Mittelpunkt der Arbeiten der Forschungsgruppe bildete die Diagnose und Prognose der Binnenkonjunktur. Dabei wurde erneut eine Reihe aktueller Fragestellungen aufgegriffen, z.B. die Auswirkungen der veränderten statistischen Erfassung der geringfügigen Beschäftigung für den Arbeitsmarkt. Der Weiterentwicklung des methodischen Instrumentariums dienten die Disaggregation des Arbeitsmarktteils des Konjunkturmodells und die Erweiterung seines monetären Teils. Die internationale Zusammenarbeit im Rahmen von EUREN und *Project LINK* wurde intensiviert, und die Arbeiten zur Klassifikation von Konjunkturzyklen im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 475 an der Universität Dortmund fortgeführt.

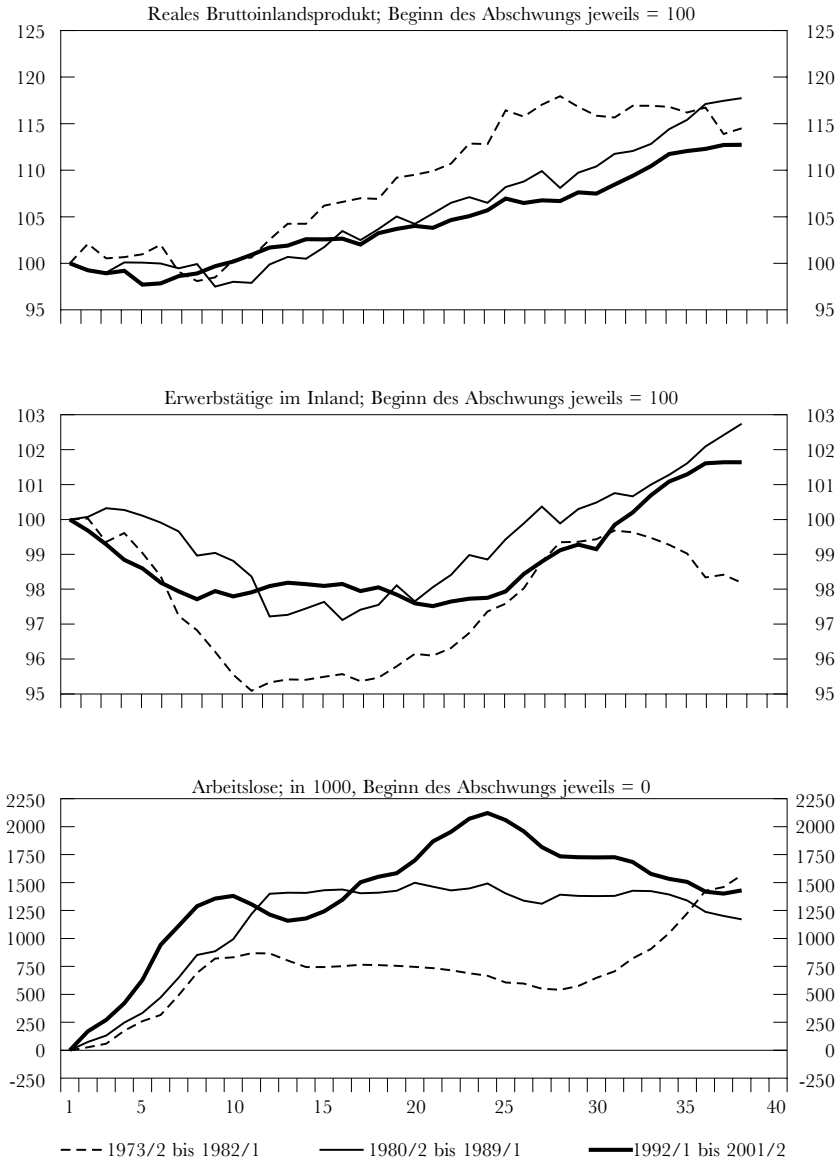
Konjunkturanalyse

Die Konjunkturanalyse war von der erheblichen Abkühlung der wirtschaftlichen Aktivität geprägt, die im Laufe des Jahres 2001 in Deutschland einsetzte. Die Frage nach deren Ursachen nahm breiten Raum in den Konjunkturberichten ein. In diesem Zusammenhang ging es insbesondere darum zu klären, welche Rolle die weltwirtschaftliche Abschwächung spielte bzw. wie groß der Einfluss binnenwirtschaftlicher Faktoren, vor allem der Schwäche der Bauinvestitionen war. Angegangen wurde diese Frage u.a. mit Hilfe des RWI-Konjunkturmodells. Dabei zeigte sich, dass die ungünstigere Weltkonjunktur die deutsche Wirtschaft weniger direkt über den Außenhandel dämpfte – der Außenbeitrag war 2001 sogar nochmals größer als 2000 –, sondern vor allem indirekt aufgrund des starken Einflusses der Außenwirtschaft auf die Investitionsneigung.

Ebenfalls mit Hilfe des Konjunkturmodells werden die Prognosen des Instituts regelmäßig einer systematischen Fehleranalyse unterzogen. Anfang 2000 war mit dem Konjunkturmodell ein Wachstum von 2,5 vH für 2000 prognostiziert worden; die Institutsprognose betrug zu dieser Zeit 2,6 vH. Unter Verwendung der im Frühjahr 2001 vorliegenden Daten für die exogenen Vorgaben – insbesondere bei einem fast doppelt so kräftig gestiegenen Welthandel (13 vH) wie ursprünglich an-

Bruttoinlandsprodukt, Erwerbstätige und Arbeitslose im Zyklenvergleich¹

Saisonbereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – Jeweils 36 Quartale. Bis 1991 früheres Bundesgebiet. – Zahlen für das zweite Vierteljahr 2001 zum Teil geschätzt.

genommen – lieferte das gleiche Modell eine Prognose von 3,3 vH. Gemessen an der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zuwachsrate von 3,0 vH beträgt der Prognosefehler damit nur 0,3 vH-Punkte, was im langfristigen Vergleich eher niedrig ist. Allerdings minderten – wie häufig – Aggregationsgewinne den Fehler der BIP-Prognose, den bei einzelnen Teilaggregaten kam es zu auffälligen Unter- oder Überschätzungen.

Besondere Probleme bereitet aufgrund von Änderungen der statistischen Erfassung – namentlich der geringfügigen Beschäftigung – und der damit verbundenen Revision der Erwerbstätigenstatistik die Beurteilung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Infolge der Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht von geringfügig Beschäftigten („630-Mark-Gesetz“) werden diese in der Erwerbstätigenstatistik vollständiger erfasst als früher, so dass die Gesamtzahl der Erwerbstätigen 1991 um 0,7 Mill. und Anfang 2000 um 2,23 Mill. höher lag als nach der bisherigen Statistik. Dies hat durchaus Auswirkungen auf die Analyse des Arbeitsmarktes. So begann der jüngste Beschäftigungsaufschwung nun bereits im zweiten Quartal 1997, also vier Quartale früher, als zuvor diagnostiziert. Zudem verschoben sich die Relationen in den Veränderungen von Erwerbstätigen- und Arbeitslosenzahlen: Anfang 2000 waren 613 000 Arbeitnehmer mehr als im Vorjahr beschäftigt, gleichzeitig ging die Arbeitslosigkeit nur um 167 000 zurück. Die Diskrepanz erklärt sich vor allem dadurch, dass die Arbeitsaufnahme von geringfügig entlohnenden Personen – z.B. von Schülern, Studenten, Hausfrauen und Rentnern – zwar die Zahl der Erwerbstätigen erhöht, die der Arbeitslosen aber nicht tangiert.

Mitte 2001 wurden auch erstmals detaillierte Angaben zur geringfügigen Beschäftigung für die Jahre 1999 und 2000 veröffentlicht. Von Juni 1999 bis Juni 2000 erhöhte sich deren Zahl um 410 000 auf 4,05 Mill., was 12,7 vH aller Arbeitnehmer ausmacht. Nach Sektoren gegliedert sind 80 vH aller geringfügig entlohnenden Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor beschäftigt, mehr als ein Drittel allein in der Sparte Handel und Verkehr. In der Industrie arbeiten 14 vH; dies entspricht nur 7 vH aller Arbeitnehmer in diesem Bereich. Rund 70 vH aller geringfügig Entlohnenden sind Frauen. Von der Altersstruktur her sind ein Drittel älter als 55 und ein Fünftel jünger als 25 Jahre. Geringfügig Beschäftigte werden also häufig von Unternehmen eingestellt, in denen eine flexible Arbeitsorganisation notwendig ist und in denen keine betriebsspezifischen Qualifikationserfordernisse bestehen. Zudem kommen sie häufig zum Einsatz, um saisonale oder durch Großaufträge bedingte Spitzenbelastungen aufzufangen. Im Konjunkturverlauf werden sie im beginnenden Aufschwung am ehesten eingestellt, im beginnenden Abschwung aber auch als erste entlassen, was den Lag, mit dem der Arbeitsmarkt auf Änderungen des gesamtwirtschaftlichen Aktivitätsniveaus reagiert, verkürzen dürfte.

Die Forschungsgruppe brachte, verstärkt durch Mitarbeiter der Forschungsgruppen „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ sowie „Öffentliche Finanzen und Steuern“, wie in den vergangenen Jahren ihre Analyse der deutschen Konjunktur in die „Gemeinschaftsdiagnose“ (der sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des *Bundesministeriums der Finanzen*) ein. Im Auftrag des *Ministeriums Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen* wurde auch

2001 ein Jahresbericht zur Konjunktur in Nordrhein Westfalen erstellt, der im Jahreswirtschaftsbericht 2002 des Ministeriums veröffentlicht ist.

RWI-Konjunkturmodell

Im Auftrag des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* wurde das RWI-Konjunkturmodell um ein tief disaggregiertes Arbeitsmarktmodell für Prognose- und Simulationszwecke erweitert. Dazu wurde eine umfangreiche, etwa 2 000 Zeitreihen umfassende Datenbasis für alle wichtigen Bereiche des Arbeitsmarktgeschehens aufgebaut. Diese erlaubt eine Untergliederung der Beschäftigungsgleichung des RWI-Konjunkturmodells nach sechs Sektoren sowie nach der Stellung der Erwerbstätigen im Beruf, jeweils differenziert nach Ost- und Westdeutschland. Ein weiterer Modellteil differenziert zwischen dem ersten und dem durch die Arbeitsmarktpolitik vorgegebenen zweiten Arbeitsmarkt. Schließlich wurden die im Modell geschätzten Arbeitsmarktdaten in Einnahmen- und Ausgabenpositionen des Haushaltes der Bundesanstalt für Arbeit umgesetzt.

Im Rahmen der Erweiterung des RWI-Konjunkturmodells um einen monetären Teil wurde eine Gleichung zur Erklärung der nominalen Kapitalmarktzinsen eingeführt. Die Endogenisierung erfolgt mit Hilfe einer Strukturgleichung, ausgehend vom *Feldstein/Eckstein-Ansatz*, dem zufolge die Langfristzinsen durch die Inflationserwartungen, das Geldmengenentwicklung, das Wirtschaftswachstum, die Staatsverschuldung sowie Zinsänderungserwartungen bestimmt werden. Eine entsprechende Gleichung wurde – wie im RWI-Modell üblich – für einen Stützbereich von 40-Quartalen geschätzt und mit Hilfe der *moving window-Technik* auf Stabilität getestet. Da der von Feldstein/Eckstein ursprünglich verwendete Ansatz im Falle der deutschen Zinsen keine befriedigenden Ergebnisse lieferte, wurde eine Reihe von Modifikationen vorgenommen; insbesondere wurden die Geldmenge durch die Kurzfristzinsen ersetzt und die amerikanischen Langfristzinsen als erklärende Variable zusätzlich eingefügt.

Neben dem breiten Einsatz des RWI-Konjunkturmodells innerhalb des Instituts findet es im Bundesministerium der Finanzen, im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, beim IAB, aber auch im akademischen Bereich und bei privaten Banken Verwendung. Seine Bearbeitung wurde von MODLER auf EViews umgestellt, was einen anwenderfreundlicheren Umgang ermöglicht. Das bedeutet insbesondere eine bessere visuelle Darstellung der Einzelgleichungsschätzungen sowie der Modellergebnisse, eine übersichtlichere Erkennung der Modellstruktur (exogene/endogene Variablen) sowie eine verbesserte und ausführlichere Datendokumentation (auch in englisch). Die Präsentation der Ergebnisse erfolgt in der bewährten Weise (automatisierte Datenübertragung in EXCEL-Tabellen). Die Umstellung lässt eine Ausweitung des Anwenderkreises erwarten. Vorgestellt wurde die neue Modellsoftware im Rahmen des jährlichen Anwendertreffens, das am 4. März 2002 stattfand. In diesem Zusammenhang wurde über die jüngsten – oben genannten – Arbeiten und Untersuchungen mit dem Modell berichtet. – Zu erwähnen ist hier auch die Vorbereitung und Mitarbeit an der 14. Summerschool des RWI, der Universität Essen und der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg zu „Arbeiten mit ökonomischen Modellen“.

Arbeiten zur Konjunkturklassifikation

Die Arbeiten zum Teilprojekt „Multivariate Bestimmung und Untersuchung von Konjunkturzyklen“ des SFB 475 wurden weitergeführt. Während sich die bisherigen Untersuchungen überwiegend mit Zyklen in Deutschland beschäftigten, erfolgt nun eine Ausweitung auf andere Länder. Für die Analyse von Konjunkturzyklen in den Vereinigten Staaten wurde damit begonnen, das von *Meyer/Weinberg* (NBER) Mitte der siebziger Jahre vorgestellte und für den Zeitraum 1947 bis 1973 getestete Schema (*recession, recovery, demand pull* und *stagflation*) nachzuvollziehen und bis zum Ende der neunziger Jahre auszudehnen; dabei wurde weitgehend das ursprünglich von *Meyer/Weinberg* vorgeschlagene Variablen-Set genutzt. Es stellte sich jedoch heraus, dass insbesondere die für die sechziger und siebziger Jahre typische Stagflationsphase (stagnierendes Wachstum verbunden mit erheblichen Preissteigerungen) in den nachfolgenden Zyklen kaum noch identifiziert werden konnte und damit dieses Schema insgesamt offenbar nur zeitweilig relevant war. Nach einer Erweiterung der Datenbasis soll nun untersucht werden, ob sich das Schema in ein umfassenderes System einbetten lässt.

In diesem Zusammenhang wurde am 31. Januar/1. Februar 2002 im RWI der Workshop „Klassifikations-/Clustermethoden und Konjunkturzyklenanalyse“ ausgerichtet. Teilnehmer waren neben den am SFB 475-Teilprojekt Mitwirkenden auch eine Reihe ausländischer Gäste und Referenten, die über das Thema aus Sicht der Ökonomie, der Statistik und der Informatik vortrugen. Die Beiträge werden in einem Konferenzband veröffentlicht.

Bei der Klassifikation der aktuellen Konjunkturprognose (2001-4 bis 2003-4) mittels der Diskriminanzanalyse stellt sich der konjunkturelle Abschwung des vergangenen Jahres bei mehrdimensionaler Betrachtung als untypisch dar. Zum einen ist die realwirtschaftliche Schwäche im Vergleich zu anderen Rezessionen nicht sehr ausgeprägt, zum anderen weisen Lohnstückkosten, Inflation und Kurzfristzinsen ungewöhnlich niedrige Werte auf.

Internationale Kooperation

Wie in den vergangenen Jahren wurden die aktualisierten kurzfristigen (Modell-) Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland für den globalen Modellverbund *Project LINK* auf der Frühjahrstagung (bei der UNO, New York) zur Diskussion gestellt. Die Länderkonjunkturberichte der beteiligten Institutionen sowie die zugehörigen Gesamtrechnungen stehen via Internet auch der Allgemeinheit zur Verfügung. Auch wurde die Kooperation mit europäischen Konjunkturforschungsinstituten im Rahmen des Forschungsnetzwerks EUREN verstärkt. In diesem Zusammenhang erschienen zwei Beiträge des RWI in der *Tribune d'EUREN*, einer zwei-monatlich erscheinenden Publikation des *Centre d'Observation Economique* (Paris).

Veröffentlichungen

Arbeitsgruppe Konjunktur (2001), Rezession bald überwunden. RWI-Konjunkturbrief 3/2001. RWI, Essen.

Barabas, G. und U. Taureg (2001), Vierteljährliche Prognose mit dem RWI-Konjunkturmodell 53. RWI, Essen.

Barabas, G. und U. Taureg (2001), Vierteljährliche Prognose mit dem RWI-Konjunkturmodell 54. RWI, Essen.

Döhrn, R., U. Heilemann und G. Schäfer (2001), Geht es auch ohne Expansion des Dienstleistungssektors? In M. Baethge und I. Wilkens (Hrsg.), *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert?* Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Oppladen: Leske & Budrich, 269–290.

Heilemann, U. (2001), Forecasting with macroeconomic models: a report from the trenches. SFB-475 Technical Reports 47. Universität Dortmund. Überarbeitung in RWI-Papier 71, RWI, Essen und im *Journal of International Forecasting* 18: 85–105.

Heilemann, U. (2002), Comment on “Prices in a macroeconomic model” by Katrin Ulrich. In H.-P. Galler and R. Pohl (eds.), *Macroeconomic Modeling for Germany in the framework of Euroland*. Baden Baden: Nomos, erscheint demnächst.

Heilemann, U. (2001), Small is beautiful? – Entwicklungslinien im makroökonomischen Modellbau. *Jahrbücher für Nationalökonomie* 222: 1–27.

Heilemann, U. (2001), Gerhard-Fürst-Preis 2001 des Statistischen Bundesamtes – Laudatio auf die Diplom-Arbeit „Analyse der wirtschaftlichen Situation kleinräumigen Regionen unter besonderer Berücksichtigung multivariater Verfahren – dargestellt für den Freistaat Sachsen“ von Diplom-Volkswirt Christian Zischeck. *Wirtschaft und Statistik* 2001 (12): 988–991.

Heilemann, U. (2002), Good policies and good luck – what the U.S. “fabulous decade” teaches us and what it does not. *Kredit und Kapital* 35, erscheint demnächst.

Heilemann, U. und B. Hillebrand (2001), Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte – Erwartungen und erste Ergebnisse. RWI-Papiere 73. RWI, Essen. In kürzerer Form in H. Berg (Hrsg.), *Deregulierung und Privatisierung: Gewolltes – Erreichtes – Versäumtes*. Schriften des Vereins für Socialpolitik. Berlin: Duncker & Humblot, erscheint demnächst.

Heilemann, U. and H.J. Münch (2002), Classifying the US business cycles 1948–1997 – Meyer/Weinberg revisited. SFB-475 Technical reports. Universität Dortmund, erscheint demnächst.

Heilemann, U. and H.J. Münch (2001), Ifo Data and the German Business Cycle – Results of Multivariate Discriminant Analysis 1961–1997. *Ifo-Studien* 47: 41–63.

Schäfer-Jäckel, E. (2001), Conjoncture de l'économie allemande. Lettre Mensuelle de Conjoncture 439 (September 2001). COE, Paris

Schäfer, G. (2001), Branchenkonjunktur. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 2001*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus, erscheint demnächst.

Schäfer-Jäckel, E. et al. (2001), Baldige Überwindung der Konjunkturschwäche. *RWI-Konjunkturberichte* 52 (1): 31–76.

Schäfer-Jäckel, E. et al. (2001), Vor dem Umschwung? *RWI-Konjunkturberichte* 52 (2): 125–168.

Schmidt, T. (2001), Finanzreformen in der Bundesrepublik Deutschland – Analyse der Veränderung der Finanzverfassung von 1949 bis 1989. Schriftenreihe des RWI 67. Berlin: Duncker & Humblot.

Ausgewählte Vorträge

Heilemann, U., Das neue Ruhrgebiet – Wandel einer Industrieregion. Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung der Nationalbank AG am 9. Mai 2001 in Essen.

Heilemann, U., Ergebnisse und Perspektiven der Klassifikationsanalyse aus ökonomischer Sicht – ein Zwischenbericht. Vortrag im Rahmen der Vollversammlung mit Forschungskolloquium des SFB 475 „Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen“ zum Teilprojekt B3 „Analyse und Prognose makroökonomischer Systeme“ am 17. Januar 2002 an der Universität Dortmund.

Heilemann, U. und H.J. Münch, Multivariate Zyklensklassifikation für Deutschland und die USA. Vortrag im Rahmen des Workshops „Klassifikations-/Clustermethoden und Konjunkturzyklenanalyse“ am 31. Januar 2002 in Essen.

Heilemann, U., Rezession – Was nun? Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2002/3. Vortrag im Rahmen des Konjunkturgesprächs der IHK Ulm am 22. Februar 2002 in Ulm.

Heilemann, U., Das RWI-Konjunkturmodell. Vortrag im Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig am 16. Mai 2002.

Heilemann, U., Haben sich die makroökonomischen Prognosen verbessert? Vortrag im Rahmen des Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsseminars an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 3. Juni 2002.

Schäfer-Jäckel, E., Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Vortrag anlässlich einer Einladung beim Lions-Club, Düsseldorf, am 8. Mai 2001.

2001 abgeschlossene Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose

Jahresbericht zur Konjunkturentwicklung in Nordrhein-Westfalen

Noch nicht abgeschlossene Gutachten/Projekte

Gemeinschaftsdiagnose

Arbeitsmarktstudie für das IAB anhand des RWI-Konjunkturmodells

Multivariate Bestimmung und Untersuchung von Konjunkturzyklen – Teilprojekt B3 im Rahmen des Sonderforschungsbereiches 475 „Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen“

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien:

Heilemann, U., Europäischer Beratender Ausschuss für Statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) bei der Kommission der Europäischen Union

Heilemann, U., Statistischer Beirat beim Statistischen Bundesamt

Heilemann, U., Ausschuss für Ökonometrie des Vereins für Socialpolitik

Heilemann, U., Ausschuss für Wirtschaftspolitik des Vereins für Socialpolitik

Heilemann, U., Wissenschaftlicher Beirat der Hans-Böckler-Stiftung

Heilemann, U., Mitglied der Jury des Gerhard-Fürst-Preises des Statistischen Bundesamtes

Kooperationen

Centre d'Observation Economique (COE), Paris, Centro Studi Confindustria, Rom, London Business School (EUREN)

Prof. Peter Pauly, *Project LINK*, University of Toronto

Ohio Wesleyan University, Delaware, OH

Beteiligung an der Hochschullehre

Torsten Schmidt, Vorbereitung der Vorlesung „Einführung in die Empirische Makroökonomie“

Praktikanten:

Arsen Celikel, Universität Essen

Peter Pollmeier, Westfälische Wilhelms Universität Münster

Toni Stocker, Universität Dortmund

Thorsten Schüler, Universität Bochum

Betreuung von Gästen

Prof. Yao He, Department of Econometrics, Wuhan University

Prof. Dr. Victor Zarnowitz, Foundation for International Business and Economic Research (FIBER), New York

Herr Tatsuya Yonetani, Bank von Japan, Frankfurt a.M.

Herr Dr. Albert Caspers, Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Treffen der Anwender des RWI-Konjunkturmodells 2002 am 4. März 2002

Prof. Dr. Bernd Schips, KOF an der ETH Zürich

Regionalwirtschaftliche Analysen

Die Aktivitäten der Forschungsgruppe konzentrieren sich weiterhin auf die kritische Begleitung der Reformdiskussion der EU-Regionalpolitik. Außerdem ist das Zusammenspiel von sektoralem und regionalem Wandel und seine Gestaltbarkeit in Zukunft ein bedeutender Schwerpunkt. In engem Zusammenhang mit diesen Arbeiten steht die Identifikation und regionalpolitische Bewertung neuer Standort- und Entwicklungsfaktoren, aber auch die Konkretisierung der räumlichen Implikationen des Nachhaltigkeitspostulats. Die räumlich divergierenden Auswirkungen des Strukturwandels fokussieren sich in den regionalen Arbeitsmärkten, die einen weiteren Arbeitsbereich darstellen.

EU-Regionalpolitik

Die kritische Begleitung der EU-Regionalpolitik hat vor dem Hintergrund der geplanten Erweiterung der EU ein neues Gewicht gewonnen. Berechnungen dazu zeigen, dass die Erweiterung einerseits zu scharfen Einschnitten bei der Förderung

bisher begünstigter Regionen in Ostdeutschland, Spanien, Italien und Portugal führen, andererseits aber auch die Höhe der verbleibenden Förderung je Einwohner stark rückläufig sein wird. Gleichzeitig wird von den Beitrittskandidaten einheitlich die Einschränkung der Transferleistungen auf 4 vH des BIP kritisiert. Diese Regelung führt – gerechnet in Transferleistungen je Einwohner – tatsächlich zu einer degressiven Ausgestaltung. Umgekehrt belegen aber gerade die Erfahrungen mit Ostdeutschland, dass sehr hohe Transfers zu Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur führen, die später nur mit der Folge erheblicher Wachstumseinbußen korrigierbar sind. Grundsätzlich bleibt das Problem, dass Beschlüsse über die finanzielle Ausstattung der Strukturfonds bis 2007 nur einstimmig gefasst werden können. Dies birgt ein Konfliktpotenzial, das die Erweiterung noch gefährden kann. Daneben ist zu berücksichtigen, dass es zu einer flächendeckenden Förderung der Beitrittsländer unmittelbar nach ihrer Aufnahme kommen würde. Damit handelt es sich aber nicht mehr um eine Regionalförderung, sondern mehr oder weniger um einen regionalisierten vertikalen Finanzausgleich. Die Forschungsgruppe hat daher vorgeschlagen, dort vorrangig den bisherigen Kohäsionsfonds, der auf der nationalen Ebene ansetzt, einzusetzen. Dies hätte auch den Vorteil, dass pro Beitrittsland nur noch ein Programm auszuarbeiten und von der Kommission zu überwachen wäre.

Regionaler und sektoraler Wandel

Ein zentraler Schwerpunkt der Arbeiten der Forschungsgruppe liegt – gemeinsam mit der Gruppe „Sektorale Strukturanalysen“ – in der Untersuchung der Ursachen und Gestaltungsmöglichkeiten des künftigen regionalen und sektoralen Wandels. Das besondere Augenmerk wird dabei auf Fragestellungen wie die Regionaleffekte der wirtschaftlichen Integration der Beitrittsländer und den Versuch, die Konsequenzen der Globalisierung und Liberalisierung sektoral oder regional sachgerecht zu systematisieren und abzubilden, gelegt. In Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe „Handwerk und Mittelstand“ wird die Standortabhängigkeit des unternehmerischen Gründungsverhaltens ergänzend untersucht. Im Jahr 2001 wurde darüber hinaus eine Untersuchung zum Lahn-Dill-Kreis durchgeführt. Damit wurde ein ländlicher Kreis analysiert, der aber eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie das Ruhrgebiet hatte (hoher Anteil der Stahlindustrie an den Beschäftigten insgesamt). In Hinblick auf das Ruhrgebiet standen Fragen der demographischen Entwicklung im Zentrum der Forschungsarbeiten. Das Ruhrgebiet weist eine Altersstruktur und einen Bevölkerungsrückgang auf, der im übrigen Westdeutschland erst in etwa 20 Jahren eintreten wird. Die besonderen Anpassungsprobleme bei der Infrastruktur und auf den Arbeitsmärkten werden sich hier also bereits in den nächsten Jahren zeigen. Im Kontext mit dieser Untersuchung stehen zwei Arbeiten, die dem Zusammenhang zwischen Demographie und Stadtteilentwicklung am Beispiel Duisburg-Marxloh gewidmet waren. Fortgesetzt wurde zudem das Projekt, in Zusammenarbeit mit dem Kommunalverband Ruhrgebiet eine periodische Strukturberichterstattung für die Region aufzubauen.

Umweltpolitik

In einem anderen Schwerpunkt soll in enger Zusammenarbeit mit den Forschungsgruppen „Energiewirtschaft“ und „Sektorale Strukturanalysen“ den räumlichen Effekten der Ressource Umwelt und der Umweltpolitik nachgegangen sowie

geprüft werden, wie die räumliche Dimension des Nachhaltigkeitspostulats konkretisiert werden kann. Die Forschungsgruppe ist in diesem Bereich insbesondere in Fragen des Umweltschutzes von Flusseinzugsgebieten engagiert. Zwei langjährige Forschungsprojekte in diesem Bereich werden von der *Volkswagen-Stiftung* und dem *Bundesministerium für Forschung und Technologie* gefördert.

Arbeitsmarkt

Ein weiterer Themenbereich zielt schließlich auf die Herausarbeitung der immer wichtiger werdenden Unterschiede in der räumlichen Arbeitsmarktentwicklung. Regionale Arbeitsmärkte spiegeln nicht nur die räumlich divergierenden Ergebnisse des sektoralen Strukturwandels und den Einfluß der Standortfaktoren wider, sondern zeichnen sich zunehmend durch eine Eigendynamik aus. Insbesondere vor dem Hintergrund der stärkeren Betonung des Beschäftigungsziels im Rahmen der EU-Regionalpolitik, die zudem durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik unterstützt wird, werden Grundlagenuntersuchungen zu diesem Bereich immer wichtiger. So wurde im Auftrag des nordrhein-westfälischen *Ministeriums für Arbeit und Soziales* eine repräsentative Unternehmensbefragung auf regionaler Basis zum Ausbildungsverhalten durchgeführt. Eine zweite Studie des gleichen Auftraggebers untersuchte die regionalen Abweichungen bei der Problemgruppenarbeitslosigkeit und den Vermittlungshemmnissen Arbeitsloser.

Veröffentlichungen

Budde, R., S. Gehle und H. Schrupf, *Der Lahn-Dill-Kreis – Analyse und Handlungsempfehlungen*. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 9. RWI, Essen.

Huchtemann, D. (2001), *Neue Ansätze bei der Planung großflächiger Industriegebiete. Das Beispiel newPark in der Emscher-Lippe-Region*. RUFIS – Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik 2001/1. Bochum: ISL-Verlag.

Klemmer, P. (2001), *Steht das Ruhrgebiet vor einer demographischen Herausforderung?* Schriften und Materialien zur Regionalforschung 7. RWI, Essen.

Neumann, U. (2001): *Bevölkerungsentwicklung und Migration – kleinräumige Probleme am Beispiel Duisburg-Marxloh*. Berichte und Beiträge des Dezernats für gesellschaftliche und weltkirchliche Aufgaben. Bistum Essen, erscheint demnächst.

Neumann, U. (2001), *Städte und Stadtteile im Wettbewerb – Die Positionierung Duisburgs im hierarchischen System deutscher Städte und die kleinräumige Differenzierung – dargestellt anhand minimalisierter Strukturindikatoren*. Europolis. N.U.R.E.C. Working Papers 7. N.U.R.E.C., Duisburg.

Neumann, U. (2001), *Stadtteilmonitoring am Beispiel Duisburg Marxloh*. In ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2001), *Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf*. Reader zum Workshop in Hamm/Westfalen. ILS, Dortmund, 25–31.

Neumann, U. (2001): *Wirtschaftsberichterstattung: Globale Einflüsse/regionale bzw. kleinräumige Lösungen*. In Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.) (2001), *Arbeitsgemeinschaft Nord-West*. Bericht der 58. Tagung vom 17. und 18. Mai 2001 in Hagen. VDST, Herne, 77–81.

Neumann, U. (2001), Die britische Enterprise Zone: ein Instrument zur Förderung struktur-schwacher Regionen? *RWI-Mitteilungen* 52 (1): 51–72.

Schrumpf, H. und R. Budde (2001), Die Auswirkungen der Osterweiterung auf die Regionalpolitik der Europäischen Union. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 8. RWI, Essen.

Schrumpf, H., R. Budde und G. Urfei (2001), Gibt es noch ein Ruhrgebiet? Schriften und Materialien zur Regionalforschung 6. RWI, Essen.

Schrumpf, H. und B. Müller (2001), Sparkassen und Regionalentwicklung – Eine empirische Studie für die Bundesrepublik Deutschland. Wissenschaft für die Praxis: Forschung 16. Stuttgart: Deutscher Sparkassen Verlag.

2001 abgeschlossene Gutachten

Der Lahn-Dill-Kreis – Analyse und Handlungsempfehlungen

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Strukturberichterstattung Ruhrgebiet

Rahmenbedingungen und Politikoptionen zur Senkung diffuser Nährstoffeinträge

Effizienz der Wasserversorgung sowie des Gewässerschutzes aus rechtswissenschaftlicher und institutionenökonomischer Sicht – eine theoretische und empirische Analyse

Betriebsbefragung für das IAB-Betriebspanel im Land NRW 2001

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien

Klemmer, P., Beirat für Raumordnung beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Klemmer, P., Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages

Klemmer, P., Wissenschaftlicher Beirat „Globale Umweltveränderungen“ der Bundesregierung

Klemmer, P., Enquete-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ des Landes Nordrhein-Westfalen

Klemmer, P., Umweltökonomischer Beirat beim Statistischen Bundesamt (stellvertretender Vorsitzender)

Klemmer, P., Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung über neue Entwicklungen in der Regionalökonomie

Schrumpf, H., Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung über neue Entwicklungen in der Regionalökonomie

Beteiligung an der Hochschullehre

Schrumpf, H., Seminar über die „Anwendung der Europäischen Strukturfonds im Ruhrgebiet“ an der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg

Sektorale Strukturanalysen

Die Gruppe verfolge im abgelaufenen Jahr die im langfristigen Forschungsplan anvisierten Ziele und Arbeitsschwerpunkte im Rahmen verschiedener, teils drittmitelfinanzierter Projekte weiter. Hierbei geht es zum einen um die Analyse der Formen, Determinanten und Konsequenzen des sektoralen Strukturwandels in der deutschen Wirtschaft, d.h. die mittel- bis langfristigen Umschichtungen zwischen den einzelnen Branchen und die zunehmenden Verflechtungen zwischen ihnen, namentlich zwischen den industriellen und den Dienstleistungsbereichen. Zum anderen sollen die Wechselwirkungen zwischen den strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft einerseits, den langfristig absehbaren Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft andererseits untersucht und geprüft werden, ob sie zu einer – wie auch immer definierten – Nachhaltigkeit beitragen können. Als weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Verbesserung der theoretischen und methodischen Basis der Arbeiten zu nennen. Bei der Umsetzung des Programms wurde wie bisher mit anderen Forschungsgruppen, aber auch mit Externen zusammengearbeitet.

Formen und Determinanten des sektoralen Strukturwandels

Zu den markantesten Erscheinungsformen des sektoralen Strukturwandels gehört zweifellos die wachsende Standortkonkurrenz bzw. die Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Dieses Phänomen konnte am Beispiel von zwei unternehmensbezogenen Dienstleistungssektoren in der vom *Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie* in Auftrag gegebenen „Benchmarking-Studie: Stärkung der internationalen Marktposition von technischen Dienstleistern – ein Vergleich der Wettbewerbsvoraussetzungen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Vereinigte Staaten“ vertieft untersucht werden. Hintergrund war nicht zuletzt, dass der deutsche Außenhandel mit technologischen Dienstleistungen (Patenten, Lizenzen, FuE-, EDV- und Ingenieurleistungen) in den letzten Jahren zunehmende Passivsaldo aufweist. Im EU-Vergleich hat sich die deutsche Position vor allem bei den Einnahmen aus Ingenieur-, aber auch den EDV-Dienstleistungen und den übrigen Schutzrechten verschlechtert, während dies gegenüber den Vereinigten Staaten vor allem bei Patenten und Lizenzen der Fall war. Neben den unternehmensinternen Faktoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit standen vor allem gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen im Vordergrund der Analyse. Sie wurde in Zusammenarbeit mit der *agiplan AG*, Mülheim, durchgeführt, die ihre jahrzehntelangen praktischen Erfahrungen auf internationalen Dienstleistungsmärkten einbrachte.

Zentraler Bestandteil war eine Befragung ausgewählter Unternehmen mit einer dem „Delphi-Verfahren“ ähnlichen Methodik: Ausgehend von den Ergebnissen früherer Fallstudien wurde ein „Interview-Guide“ erarbeitet, der teils geschlossene Fragen enthielt, die anhand einer fünfstufigen Bewertungsskala von „sehr wichtig“ oder „sehr gut“ bis „weniger wichtig“ oder „weniger gut“ beantwortet werden sollten, teils offene Fragen formulierte, die eine qualitative Einschätzung der wirtschaftspolitischen Förderinstrumente und der diesbezüglichen Wünsche und Erwartungen ermöglichen sollten. Dieser Interview-Guide lag den Gesprächen mit etwa 150 leitenden Mitarbeitern ausgewählter Unternehmen und sonstigen Experten zugrunde.

Synopsis der als wettbewerbsrelevant erachteten Faktoren								
	Deutschland		Frankreich		Vereinigtes Königreich		Vereinigte Staaten	
	Beratende Ingenieure	Software	Beratende Ingenieure	Software	Beratende Ingenieure	Software	Beratende Ingenieure	Software
Fachspezifische Faktoren								
Spezialisierung	wichtig	sehr wichtig	wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig
Breites Angebotspektrum			wichtig					wichtig
Referenzen im Inland						wichtig	wichtig	
Referenzen im Ausland	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	wichtig	sehr wichtig	wichtig	wichtig	wichtig
Aktuellster Wissensstand	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig
Planungstiefe			sehr wichtig					
Personelle Faktoren								
Sprachkenntnisse	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig				
Mobilität	sehr wichtig	wichtig	sehr wichtig		wichtig	wichtig		wichtig
Länderkenntnisse			sehr wichtig			wichtig		sehr wichtig
Sitten, Gebräuche	wichtig				wichtig			sehr wichtig
Institutionenkenntnis	wichtig							wichtig
Länderspezifische Verfahrenskennnisse	wichtig				wichtig			
Personalprofile	sehr wichtig		wichtig		sehr wichtig			
Merkmale des Unternehmens								
Image	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig
Finanz. Reputation						sehr wichtig		wichtig
Marktposition Inland								wichtig
Ausländer in Niederlassung		wichtig			wichtig	wichtig		wichtig
Beziehungen zu staatl. Stellen im Ausland	wichtig							
Kosten								
Personal	sehr wichtig	wichtig	sehr wichtig					
Rückendeckung durch Finanzsektor								
Allgemein Bürgschaften	wichtig							
Versicherung	wichtig							
Politische Unterstützung								
Allgemein	wichtig							
Präsenz in Auslandsmärkten								
Niederlassung		sehr wichtig	wichtig			wichtig		sehr wichtig
Eigene Mitarbeiter								sehr wichtig
Partner	sehr wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	wichtig	sehr wichtig		wichtig
Joint Ventures			wichtig					
Netzwerke	sehr wichtig		wichtig	wichtig	sehr wichtig	sehr wichtig	wichtig	sehr wichtig
Pflege von Altkunden	sehr wichtig	sehr wichtig		wichtig		sehr wichtig	wichtig	sehr wichtig
Stellung des Landes								
Allgemein								
Absenderkompetenz	wichtig	sehr wichtig			wichtig	sehr wichtig	wichtig	wichtig
Politische Faktoren								
Allianzen							wichtig	
Bedingungen von Geldgebern	wichtig							

Ergebnisse eigener Unternehmensbefragungen; vgl. Text. – Wichtig = Werte zwischen 4,0 und 4,4, sehr wichtig = Werte zwischen 4,5 und 5,0.

Die Ergebnisse der Befragung bestätigen, dass es sich bei Software- und beratenden Ingenieurdienstleistungen um zwei recht heterogene Beispiele unternehmensbezogener Dienstleistungen handelt, für die jeweils spezifische Faktoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit relevant sind. So ist die seit längerem beklagte Wettbewerbsschwäche der deutschen beratenden Ingenieure zu einem Teil darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen angesichts des guten und sicheren Geschäfts im Inland im Zuge der deutschen Vereinigung kaum gefordert waren, sich auf die sich verschärfenden internationalen Wettbewerbsbedingungen einzustellen – mit dem Ergebnis, dass mangelnde internationale Präsenz und geringe Unternehmensgröße zu den entscheidenden Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit werden konnten. Bei Softwareanbietern lässt sich zwar weiterhin ein enormer Aufholbedarf gegenüber den amerikanischen Wettbewerbern feststellen, gegenüber den beiden großen europäischen Vergleichsländern sind dagegen kaum Defizite nachweisbar.

Bei der Gesamtbewertung der Standortfaktoren, also der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Sitzland der Unternehmen, genießen in beiden Wirtschaftszweigen die Vereinigten Staaten die höchste Wertschätzung. Begründet wurde dies vor allem mit der Größe und der Wirtschaftskraft des Landes, aber auch mit der größeren wirtschaftlichen Freiheit. Von vielen Gesprächspartnern wurde namentlich die geringe Regulierung der Arbeitsmärkte ins Feld geführt, und zwar von denjenigen, die zuvor erklärt hatten, diese spiele für die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt keine Rolle und das Problem bestehe eher darin, Fachkräfte zu rekrutieren bzw. an das Unternehmen zu binden. Mit Verweis auf eine niedrige Steuerbelastung wurden die Standortbedingungen im Vereinigten Königreich als gut bewertet, in Frankreich vor allem von den beratenden Ingenieuren deshalb, weil der Einsatz der Politik für die Branche dort viel stärker ausgeprägt sei als in Deutschland. Insgesamt wird der Standort Deutschland nur teilweise als gut angesehen. Vor allem die beratenden Ingenieure neigen dazu, ihre derzeit schwierige wirtschaftliche Lage vorwiegend auf die schlechten Rahmenbedingungen zurückzuführen; immerhin bewerten die befragten Unternehmen in den Vergleichsländern ihre Standortbedingungen dort deutlich besser. Dies soll nicht bedeuten, dass die festgestellten Schwierigkeiten insbesondere der deutschen beratenden Ingenieure rein subjektiver Natur sind. Die Unternehmen sollten sich jedoch angesichts der Faktoren, die nach den Ergebnissen der Studie tatsächlich über die internatio-

Stellung des eigenen Landes im Hinblick auf wettbewerbsrelevante Rahmenbedingungen im Vergleich zu anderen Ländern		
	Beratende Ingenieure	Softwareunternehmen
Deutschland	Platz 4	Platz 3
Vereinigte Staaten	Platz 2	Platz 1
Frankreich	Platz 2	Platz 1
Vereinigtes Königreich	Platz 1	Platz 1

Eigene Erhebungen.

nale Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter von technischen Dienstleistungen entscheiden, kritisch fragen, was durch bessere Rahmenbedingungen und was durch veränderte eigene Einstellungen und Verhaltensweisen bewirkt werden könnte.

Es bedarf nicht des Hinweises auf das – oftmals missverständene – Schlagwort von der Globalisierung der Wirtschaft, um auf die Bedeutung des Handels für die internationale Arbeitsteilung und den sektoralen Strukturwandel aufmerksam zu machen. Offene Grenzen und ein unverzerrter Wettbewerb verschärfen zwar den wirtschaftlichen Druck auf „strukturschwache“ Branchen und Regionen, beschleunigen aber zugleich das wirtschaftliche Wachstum und schaffen zumindest auf lange Frist neue und attraktive Arbeitsplätze. Vor diesem Hintergrund bemühen sich internationale Organisationen – namentlich die WTO – seit Jahrzehnten, Handelshemmnisse abzubauen, zugleich aber unfaire Handelspraktiken zu verhindern; eines der wichtigsten Instrumente hierzu sind Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen (AD- und AS-Maßnahmen). Im Rahmen des vom *Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie* in Auftrag gegebenen Forschungsvorhabens „Gesamtwirtschaftliche und sektorale Auswirkungen von Schutzzöllen im gewerblichen Bereich“ sollte untersucht werden, in welchem Umfang der deutsche Außenhandel, gegliedert nach bedeutenden Handelspartnern und Branchen bzw. Warengruppen, von AD- und AS-Maßnahmen betroffen ist.

Anhand theoretischer Überlegungen lässt sich nachweisen, wie Unternehmen durch unfaire Handelspraktiken profitieren: Da sie ihre Fixkosten durch den Absatz zu höheren Preisen im Inland abdecken können, ist es ihnen möglich, ihre Ausfuhren so zu gestalten, dass sie nur noch die variablen Kosten zu decken haben. Durch AD- bzw. AS-Maßnahmen soll dem entgegengewirkt werden. Es handelt sich dabei um Zölle oder um Verpflichtungen zur Einhaltung von Mindestpreisen (*undertakings*). Diese Maßnahmen haben von ihrem Selbstverständnis her keinen interventionistischen Charakter und sollen tendenziell wettbewerbsfördernd wirken. Es gibt bisher allerdings noch keine Theorie des unlauteren Wettbewerbs, die sich explizit mit Wettbewerbsverzerrungen durch unfaire Handelspraktiken sowie den mit AD- bzw. AS-Maßnahmen einhergehenden gesamtwirtschaftlichen Wirkungen auseinandersetzt. Insofern muss zur theoretischen Fundierung auf die allgemeinen Außenhandels- und Zolltheorien zurückgegriffen werden: Die Realisierung von Vorteilen der Massenproduktion kann umso eher relevant werden, je liberaler die Außenbeziehungen sind. Dadurch wird allerdings der Markteintritt von Konkurrenten erleichtert, die versuchen, sich durch unfaire Handelspraktiken Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Unlauterer Wettbewerb führt zu einer Verminderung der Weltwohlfahrt, wobei es von den jeweiligen Angebots- und Nachfrageverhältnissen abhängt, wie die Handelspartner davon konkret betroffen werden. Kommt es durch die Einführung von AD- bzw. AS-Maßnahmen zu einer Unterbindung unfaier Handelspraktiken, ist dies im Hinblick auf die Weltwohlfahrt unter Modellbedingungen grundsätzlich positiv zu bewerten.

Die Auswertung umfangreicher Zolldaten der Oberfinanzdirektion Köln bezüglich des Volumens und der Struktur der AD- und AS-Maßnahmen in Deutschland führte zu dem Ergebnis, dass diesem Instrumentarium – gesamtwirtschaftlich be-

trachtet – eine weitaus geringere Bedeutung zukommt, als vielfach angenommen wird: Das von Maßnahmen betroffene Importvolumen (Zollwert) betraf zwischen 1997 und 2000 etwas mehr als 0,1 vH der deutschen Importe insgesamt und 0,25 vH der Importe aus Nicht-EU-Ländern. Auch unter fiskalischem Aspekt fallen die Maßnahmen nur wenig ins Gewicht; das Zollaufkommen belief sich 2000 auf 125 Mill. DM. Die sektorale Betroffenheit ist freilich zum Teil erheblich: Die meisten AD- und AS-Maßnahmen entfielen im Jahre 2000 auf die Warengruppen Fische und Wassertiere, Holz und Holzwaren, Spinnstoffe, Schuhe, Eisen und Stahl, elektrische Maschinen und elektronische Waren und Geräte sowie nicht-schienengebundene Landfahrzeuge. Die regionalen Schwerpunkte der verhängten Maßnahmen lagen bei Norwegen, Polen, China, Indien und Taiwan.

Der Wirkungsanalyse der Maßnahmen sind relativ enge Grenzen gesetzt; dies hängt nicht nur damit zusammen, dass sie im Allgemeinen nur einen geringen Teil einer Branche oder Produktgruppe und häufig nur wenige Anbieter betreffen. Gerade die erfolgreichen Maßnahmen entziehen sich oftmals der Beobachtung, weil die Betroffenen bereits im Vorfeld die missbräuchliche Preisgestaltung einstellen oder der Handel mit den betroffenen Gütern zum Erliegen gebracht wird; beide Fälle werden statistisch nicht erfasst. Generell kann aber festgehalten werden, dass von AD- und AS-Maßnahmen eine breite Palette von Produkten betroffen ist. Gemeinsam sind ihnen ein starker Preisdruck und eine schwache Inlandsnachfrage, verbunden mit dem Zwang zur Rationalisierung und zum Kapazitätsabbau. Immerhin konnten die entsprechenden inländischen Hersteller in den letzten Jahren durch konsequente Rationalisierung ihre Erlösposition verbessern. Investitionsgüter, vor allem aber Dienstleistungen sind deutlich unterrepräsentiert. Letzteres spiegelt die Tatsache wider, dass für die WTO bislang die Liberalisierung des Warenhandels Priorität hatte; erst in den letzten Jahren wendet sich das Interesse verstärkt dem Dienstleistungsbereich zu.

Im Rahmen der sektoralen Strukturanalyse wurden in den letzten Jahren immer wieder einzelne Branchen detailliert analysiert; im Berichtsjahr wurden – neben einer Kurzstudie über die „Gesamtwirtschaftliche und sektorale Wertschöpfung aus der Produktion und Anwendung von Schweißtechnik“ (im Auftraggeber des *Verlags des Deutschen Verbandes für Schweißen und verwandte Verfahren e.V.*) – zwei eher kleinere Forschungsprojekte realisiert, die an aktuellen Problemen der jeweiligen Branche anknüpfen. Hier ist zunächst die seit einigen Jahren krisengeprägte Bauwirtschaft zu erwähnen, die vor massiven Anpassungsproblemen steht. Im Auftrag des *Bundesverbandes der privaten Bausparkassen* wurde – aufbauend auf früheren Studien – das Thema „Gesamtwirtschaftliche und sektorale Wirkungen des Eigenheimbaus“ untersucht. Hierzu wurden die gegenwärtige Situation im Baugewerbe dargestellt und jene Marktsegmente identifiziert, die ein vergleichsweise dynamisches Wachstum versprechen. Darüber hinaus wurden die Auswirkungen des Wohnungsbaus auf den Staatshaushalt betrachtet. Das Baugewerbe stellt – gemessen an der Bruttowertschöpfung und der Beschäftigung – nach wie vor den mit Abstand wichtigsten Zweig des Produzierenden Gewerbes dar. Seine Anpassung an die veränderte Nachfragestruktur und der Abbau der Überkapazitäten sind weit fortgeschritten, so dass mit einer Trendwende zu rechnen ist. Mittelfristig werden wieder steigende

Bauinvestitionen erwartet, da insbesondere in Ostdeutschland noch ein hoher Bedarf an Infrastrukturmaßnahmen besteht. Eigenheime werden weiterhin ein dynamisches Marktsegment bleiben. Die positiven Wirkungen für den Staatshaushalt werden durch die Ausschöpfung der staatlichen Eigenheimförderung deutlich reduziert. Diese Förderung kommt dem Staat deutlich teurer als die des Mietwohnungsbaus. Durch die Umstellung von der steuerlichen Abzugsmöglichkeit auf feste Zulagen im Jahre 1996 hat sich die Förderung des Ein- und Zweifamilienhausbaus aus Sicht des Staates um etwa ein Zehntel „verteuert“. Die Kosten der Förderung im Mietwohnungsbau haben sich durch die gleichzeitig erfolgte Absenkung der Abschreibungssätze – je nach den persönlichen Verhältnissen des Anlegers und der Höhe der Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten – um bis zu ein Drittel verringert.

Von den größeren Forschungsprojekten, die im Verlauf des Jahres 2001 begonnen, aber noch nicht zum Abschluss gebracht wurden, ist in erster Linie die vom *Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie* in Auftrag gegebene und in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. *Robert J. Gordon*, Stanley G. Harris Professor in the Social Science, Northwestern University, Evanston, IL, USA bearbeitete Studie „New Economy – eine Bestandsaufnahme aus deutscher Sicht“ zu nennen. Diesem Thema kommt nach wie vor hohe öffentliche Aufmerksamkeit zu, auch wenn übertriebene Erwartungen – ablesbar an den spekulativ überhitzten Aktienkursen – im Zuge der konjunkturellen Abschwächung inzwischen verblasst sind. Die Kombination aus akzelerierendem Wirtschaftswachstum und monetärer Stabilität gilt als eigentlicher Kern der *new economy*; zu ihren Triebkräften wird vor allem die Entwicklung und Ausbreitung neuer Technologien und namentlich die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) gerechnet; dies habe zur Steigerung der Faktorproduktivität beigetragen und zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen, die Inflationsrate niedrig gehalten und die Realeinkommen nachhaltig erhöht.

Die Existenz einer *new economy* an sich und die Bedeutung der IKT als ihre treibende Kraft sind freilich nicht unumstritten. In der gegenwärtigen amerikanischen Literatur wird eine intensive Diskussion über die Bedeutung zyklischer Komponenten und der Kapitalintensivierung der Produktion auf der einen Seite, den Beitrag des technischen Fortschritts (bzw. der totalen Faktorproduktivität) und fallender IKT-Preise auf der anderen Seite geführt. Andere Autoren machen eher die Öffnung der Grenzen für Güter und Kapital, das investitionsfreundliche Umfeld sowie die Bereitschaft der Unternehmen zu intensivem Wettbewerb und zur permanenten Umstrukturierung für die Existenz einer *new economy* verantwortlich. Verwiesen wird auch auf eine effiziente Makropolitik (fiskalische Konsolidierung und geldpolitische Honorierung) und auf singuläre Ereignisse (Friedensdividende, Rohstoffpreisverfall). Hieran hat sich eine ausgedehnte Debatte um die angemessene Berechnung und statistische Bestimmung der Arbeits- bzw. der totalen Faktorproduktivität angeschlossen.

Aus europäischer – und vor allem aus deutscher – Perspektive ist auf weitere Faktoren hinzuweisen, die zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Beschäftigung beigetragen haben. Zu nennen sind die Erweiterung und Vertiefung der EU, die deut-

sche Wiedervereinigung sowie Strukturreformen, z.B. die Deregulierung verschiedener Bereiche, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die Reformen des öffentlichen Beschaffungswesens oder neue Instrumente der Unternehmensfinanzierung (Neuer Markt, Venture Capital). Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass sich der sektorale Strukturwandel beschleunigt hat, die Zahl der Fusionen und Zusammenschlüsse sprunghaft gestiegen ist und zahlreiche Unternehmen neu gegründet wurden. All dies führte zu einer Intensivierung des Wettbewerbs und zu einem höheren Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und Beschäftigung. Gleichwohl fiel das gesamtwirtschaftliche Wachstum in den meisten europäischen Ländern eher bescheiden aus – und erwies sich als unzureichend, die hohe Arbeitslosigkeit nennenswert abzubauen. Vor diesem Hintergrund wurde die amerikanische Debatte über eine *new economy* in den meisten europäischen Ländern mit wachsender Aufmerksamkeit verfolgt.

Nachdem im Juni 2001 ein Zwischenbericht erstellt und erste Ergebnisse im November 2001 im Rahmen eines vom *Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie* veranstalteten Workshops präsentiert und mit Experten diskutiert werden konnten, wurde die Studie inzwischen dem Auftraggeber zugeleitet. Gleichfalls in den ersten Monaten des laufenden Jahres wurde der Endbericht zum Gutachten „Wirkungsbewertung nationaler Politiken im Zusammenhang mit der Europäischen Beschäftigungsinitiative“ an das *Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung* abgeliefert; Kooperationspartner war die *ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH*, Köln.

Probleme einer nachhaltigen Entwicklung

Als Nachfolgeprojekt zum Forschungsverbund „Innovative Wirkungen umweltpolitischer Instrumente FIU“, den das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* in den Jahren 1996 bis 2000 gefördert hatte, nahm 2001 der BMBF-Förderschwerpunkt „Rahmenbedingungen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften – :[riw]“ seine Arbeit auf; hieran ist das RWI wieder beteiligt. Das Projekt soll – über FIU hinausgehend – nicht nur die Wirkungen traditioneller umweltpolitischer Maßnahmen, sondern auch die umweltbezogenen Effekte anderer Politikfelder analysieren sowie Fragen der Implementierung und der Kontextbedingungen von Regelungen einbeziehen. Ein erstes Einzelprojekt steht unter dem Titel „Internalisierung versus Internationalisierung – Handlungsrahmen für nationale und internationale Umweltpolitik vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und Entwicklung elektronischer Märkte (INVERSI)“; es wird in Zusammenarbeit mit der *Gesellschaft für Arbeits-, Reorganisations- und ökologische Wirtschaftsberatung mbH* (ARÖW), Duisburg, und der *INTEC Consulting GmbH*, Bonn, durchgeführt.

Hintergrund ist die Befürchtung, dass durch die künftige Internationalisierung vor allem auch der elektronischen Märkte die Effektivität eines im Rahmen der Kreislaufwirtschaft in Europa und Deutschland als wesentlich geltenden Instruments der Abfallpolitik, der Rücknahmeverpflichtungen, eingeschränkt wird. Gelangen nämlich zukünftig große Anteile der Handels- und der davon betroffenen Stoffströme über direkte grenzüberschreitende Vertriebswege an die Endverbraucher, könnte ein ernst zu nehmender Defekt bei der Zuweisung von Produktverantwortung auf

treten. In diesem Fall wäre eine Internalisierung negativer externer Effekte nicht mehr möglich, wenn innerhalb des Hoheitsgebietes kein Adressat ausgemacht werden könnte.

Im abgelaufenen Jahr stand zunächst die Aufarbeitung der nationalen und europäischen Rechtslage bei Rücknahmeverpflichtungen und freiwilligen Selbstverpflichtungen im Vordergrund. Diese Regelungen wurden speziell in Bezug auf die Frage ausgewertet, auf welche Weise die Hersteller und Vertreiber zur Internalisierung externer Umweltkosten bei Direktvertriebssystemen verpflichtet werden. Ein weiterer wesentlicher Punkt war die Identifizierung der relevanten Produktgruppen. Als entscheidende Auswahlkriterien wurden die aktuelle und zukünftig zu erwartende Bedeutung des grenzüberschreitenden Direktvertriebs (darunter vor allem *e-commerce*) auf der einen Seite und die Betroffenheit durch bestehende bzw. zu erwartende Rücknahmeverpflichtungen und freiwillige Selbstverpflichtungen auf der anderen Seite herangezogen. Ebenso wurden Daten zur inländischen Marktvorsorgung und zu den Handelströmen sowie Informationen zum *e-commerce* und zum Direktvertrieb zusammengestellt. Es zeigt sich, dass vor allem Computer, Geräte der Unterhaltungselektronik und kleine Haushaltsgeräte, Bücher, CDs, aber auch Textilien und Bekleidung zu den Produktgruppen zählen, bei denen von einem deutlich zunehmendem, auch grenzüberschreitenden Direktvertrieb auszugehen ist.

Ein weiteres Einzelprojekt im Rahmen dieses BMBF-Förderschwerpunkts befasst sich mit den „Einflussfaktoren und Handlungsbedarfen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften – Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Wasserwirtschaft“; es ist auf zwei Jahre veranschlagt und soll in Zusammenarbeit mit ARÖW, dem *Institut für Angewandte Innovationsforschung* (IAI), Bochum, dem *Ruhrverband*, Essen, *Prof. Dr.-Ing. Stein & Partner*, Bochum, und *Recherche Développement International*, Paris, durchgeführt werden. Das Ziel des interdisziplinären Projekts besteht darin, aus institutionenökonomischer Perspektive mögliche Innovationen, ihre Voraussetzungen sowie ihre ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen zu analysieren. Hierzu werden in zwei empirischen Teilstudien die Innovationssysteme der Wasserver- und der Abwasserentsorgung mit ihren Akteuren, ihrem Zusammenwirken und den Rahmenbedingungen untersucht. Dem Forschungsprojekt liegen die Hypothesen zugrunde, dass einerseits das derzeitige Wirtschaften entlang des Stoffstroms „Wasser“ dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung nicht durchweg genügt, andererseits aber mit Hilfe von Änderungen im Bereich der Rahmenbedingungen und des jeweiligen Umfelds der beteiligten Akteure Potenziale für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften realisiert werden können.

In einer ersten Teilstudie „Innovationswirkungen veränderter Rahmenbedingungen in der Wasserversorgung“ soll für aktuell diskutierte bzw. bevorstehende Umbrüche dargestellt werden, welche Chancen und Risiken diese in Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung in sich bergen. Wichtige Veränderungen im institutionellen und marktlichen Umfeld der Akteure der Wasserwirtschaft gehen auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie, die EU-Trinkwasserrichtlinie, die verstärkte Aufgabenübertragung an privatwirtschaftliche Unternehmen sowie das Bestreben, in diesem Bereich, wettbewerbliche Mechanismen zu stärken, zurück.

In der zweiten Teilstudie „Medienübergreifende Umweltpolitik in der Abwasserentsorgung“ wird untersucht, inwieweit eine stärkere Verknüpfung der Innovationssysteme der Abwasser- und Bioabfallentsorgung sinnvoll ist. So ist es derzeit zwar technisch grundsätzlich möglich, Klärschlämme gemeinsam mit Bioabfällen zu vergären (Co-Vergärung), doch stößt dieses Verfahren bislang zumindest auf der Vollzugsebene des Wasser- und des Abfallrechts auf Widerstand. Ein Regulierungsmuster, das von der bestehenden einmedialen Ausrichtung der Entsorgungspolitik abrückt, könnte in Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung einen signifikanten Innovationsschub auslösen.

Der oben genannte [riw] Förderschwerpunkt sieht gleichzeitig im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung eine Beteiligung der einzelnen Teilnehmer in projektübergreifenden Arbeitsgruppen vor. Das Projekt INVERSI ist in zwei Gruppen zu den Themen „Conditions towards innovations for sustainability“ und „Indicators for sustainable development“ eingebunden, wobei sich das RWI speziell in der letzteren engagiert, der Projektpartner ARÖW in der ersten. Im Rahmen dieser Arbeiten sind erste Überlegungen zum Begriff einer nachhaltigen Innovation und zu einem Beitrag, den das Projekt INVERSI zu einem Indikatorensystem nachhaltiger Innovationen leisten kann, erfolgt und auf einem Workshop vorgestellt worden.

Stahlmarktforschung

In der Stahlmarktforschung stehen neben den Entwicklungen auf mittlere Sicht die kurzfristigen Perspektiven der Stahlindustrie im Mittelpunkt. Ursächlich für den Nachfrageeinbruch auf den internationalen Stahlmärkten im Jahr 2001 ist der Übergang der Industrieproduktion von zügiger Expansion zu Stagnation; verstärkt wurde er durch das Ende des weltweiten Booms im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie. Da sich fast alle Länder gleichzeitig in einer Schwächephase befinden, verstärkten sich die Abwärtstendenzen gegenseitig. Der weltweite Walzstahlverbrauch dürfte 2001 dennoch bei rund 765 Mill. t gelegen haben – rund 8 Mill. t mehr als 2000; allein in China wuchs der Verbrauch um 29 Mill. t. Die Rohstahlerzeugung verharrte mit 845 Mill. t auf dem Niveau des Vorjahres. Bei weltweiten Produktionskapazitäten von 1,076 Mrd. t wird deutlich, dass die Stahlunternehmen unter hohem Angebotsdruck stehen. In der Folge erreichten die Stahlpreise im September 2001 den tiefsten Stand seit 20 Jahren.

In Deutschland hat die Produktion im Lauf des Jahres 2001 zunächst deutlich zugelegt, ist dann aber eingebrochen. Insgesamt wurden 44,8 Mill. t Rohstahl, 3,4 vH weniger, und 37 Mill. t warmgewalzte Stahlerzeugnisse, 5 vH weniger produziert als im Jahr 2000, für 2002 wird eine ähnlich hohe Erzeugung für erreichbar gehalten. Eine konjunkturelle Belebung in wichtigen stahlverarbeitenden Wirtschaftszweigen wird wegen des kurzen Vorlaufs (*time to market*) und der starken Anwenderbindung – 75 vH der Stahlproduktion ist zum Zeitpunkt der Erzeugung bereits verwendungsdefiniert – rasch auf die Stahlindustrie durchschlagen. Die Stahleinfuhren werden über 15 Mill. t hinausgehen, wenn es wegen der Importrestriktionen in den Vereinigten Staaten zu Umleitungen auf den EU-Markt kommt, wo die Importe im Jahr 2001 auf 31 Mill. t gestiegen sind – drei Jahre zuvor war es nur

die Hälfte. Die deutschen Stahlausfuhren in Drittländer werden wegen der labilen Marktverfassung auf mittlere Sicht schwach bleiben. Die Präsenz der westeuropäischen wie der deutschen Stahlindustrie auf außereuropäischen Märkten durch Exporte wird aus Kostengründen immer weniger möglich sein, so dass dort eigene oder in „joint venture“ betriebene Produktionsstätten aufgebaut werden müssen; erste Schritte in diese Richtung sind inzwischen unternommen worden. Die Intensität des Wettbewerbs und die Internationalisierung des Geschäfts führen dabei zu einer immer eingeschränkteren Bedeutung der regionalen Wurzeln; das Arbeitsplatzangebot in der deutschen Stahlindustrie wird daher weiter sinken.

Methodische und statistische Basis

Das umfangreiche statistische Instrumentarium wurde weiter gepflegt und fortentwickelt, mit folgenden Schwerpunkten:

- der Aufbau einer konsistenten Reihe von Input-Output-Tabellen ab 1991 nach der harmonisierten Systematik ESVG 95, als Grundlage für die Überarbeitung des disaggregierten ökonometrischen Modells des RWI;
- die Aktualisierung und Erweiterung der Konsumverflechtungs- und der Wirtschaftszweige-Berufe-Matrizen bzw. Wirtschaftszweige-Tätigkeiten-Matrizen;
- die Fortführung der Kapitalbestandsrechnung (basierend auf den Angaben des Statistischen Bundesamtes und des ifo-Instituts);
- die Installation der internationalen BACH-Datei und die Aktualisierung der Bilanz- und Erfolgsrechnungen der Deutschen Bundesbank.

Zur Beobachtung und Analyse der strukturellen Arbeitsmarktentwicklungen wurden stärker als bisher Individualdatensätze herangezogen. Insbesondere das SOEP hat sich hier wegen des Panelcharakters und seiner Aktualität als unverzichtbare Informationsquelle erwiesen. Darüber hinaus wurde auf die IAB-Beschäftigtenstichprobe zurückgegriffen, deren Vorteilhaftigkeit zum einen in sehr genauen Verdienangaben liegt, zum anderen in hohen Fallzahlen, die speziell die Analyse beruflicher und sektoraler Mobilität ermöglichen.

Alle Systeme sollen noch stärker als bisher miteinander verknüpft und um weitere Teilsysteme erweitert werden; auf diese Weise soll der Vielschichtigkeit der Problemlagen und Handlungsbedingungen der Akteure Rechnung getragen werden. Die zunehmende Diskrepanz zwischen dem Erfahrungs- und Erwartungshorizont einerseits, den Gestaltungserwartungen und -möglichkeiten andererseits soll durch die Entwicklung „transportabler“ und kompatibler Systeme vermindert werden. Sie sollen den Rückgriff auf die in anderen Forschungsgruppen oder von Externen entwickelten Systeme ermöglichen („Modelltausch“).

Veröffentlichungen

Clausen, H. (2001), Influencing Factors and Needs for Action on Innovations towards Sustainability – Opportunities for and Limits to Sustainable Water Management. In J. Hemmelskamp (ed.), *Research Initiative on Sustainability and Innovation*. München: Ökom, 51–55.

- Clausen (2001), Rezension der 2. Auflage von A. Endres, Umweltökonomie. *Kyklos* 54 (4): 617–619.
- Clausen, H. (2001), Gutachter empfehlen Öffnung des Wassermarktes. *Ressourcenjournal* 2 (4): 7.
- Clausen, H. (2001), Streit um wasserwirtschaftlichen Ordnungsrahmen. *Ressourcenjournal* 2 (2): 6.
- Clausen, H. und U. Scheele (2001), Benchmarking und Yardstick Competition – Ansätze vergleichenden Wettbewerbs in der Wasserwirtschaft. Wirtschaftswissenschaftlicher Diskussionsbeitrag V-232-01. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.
- Dürig, W. und M. Scheuer (2001), Lehrlingsausbildung im Handwerk. Ein Aufriss der Probleme am Beispiel Sachsens. *Beihfte der Konjunkturpolitik* 51: 163–190.
- Halstrick-Schwenk, M. (2001), Internalisierung versus Internationalisierung – Handlungsrahmen für nationale und internationale Umweltpolitik vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und Entwicklung elektronischer Märkte. In J. Hemmelskamp (Hrsg.), *Forschungsinitiative zu Nachhaltigkeit und Innovation*. Rahmenbedingungen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften. München: Ökom-Verlag.
- Janßen-Timmen, R., H.D. von Loeffelholz und W. Moos (2001), Gesamtwirtschaftliche und sektorale Wirkungen des Eigenheimbaus. RWI-Papiere 72. RWI, Essen.
- Löbke, K. et al. (2001), Die feinkeramische Industrie. Untersuchungen des RWI 38. RWI, Essen.
- Löbke, K. et al. (2002), Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit. Untersuchungen des RWI 39. RWI, Essen.
- Löbke, K. und M. Rothgang (2001), Wandel von „Old“ zu „New Economy“. Forschung und Innovationen in unternehmensbezogenen Dienstleistungen. FuE-Info 2/2001. SV-Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen.
- Löbke, K. und H.K. Starke (2001), Die Lage auf dem deutschen Stahlmarkt: Abschwächung auf hohem Niveau. RWI-Konjunkturbrief 1/2001. RWI, Essen.
- Moos, W. (2001), Wertschöpfung durch Schweißtechnik. *Schweißen & Schneiden* 9: 548–551.
- Moos, W. (2001), Schweißen und Schneiden 2000 – ein durchwachsendes Jahr. *Schweißen & Schneiden* 9: 552–565.
- Rothgang, M. (2001), Innovationsaktivität und Technologieverflechtung in der Technischen Keramik – Eine Analyse auf Basis der Patentstatistik. *RWI-Mitteilungen* 52 (1): 23–50.
- Rothgang, M. und M. Scheuer (2001), Braucht E-Commerce eine eigenständige E-Commerce-Politik? *TA-Datenbank-Nachrichten* 4: 79–89.
- Scheuer, M. and R.J. Gitter (2001), The rise in Czech unemployment, 1998–2000. *Monthly Labor Review* 124 (5): 46–51.
- Scheuer M., und M. Rabinovici (2001), Was zählt beim Export technischer Dienstleistungen? – Ergebnisse einer internationalen Benchmarking-Studie. RWI-Papiere 74: RWI, Essen.
- Scheuer M. und M. Rabinovici (2001), What is important to the Export of Technical Business Services? – Results from an International Benchmarking Study. RWI-Papiere 75: RWI, Essen.

Ausgewählte Vorträge

Clausen, H., Beitrag des Projekts „Nachhaltige Wasserwirtschaft“ zu einem Indikatorensystem nachhaltiger Innovationen. Vortrag im Rahmen des Workshops der Arbeitsgruppe „Indicators for sustainable innovation“ am 29./30. November 2001 an der Universität Kaiserslautern.

Clausen, H., Einführungsvortrag zum Projekt „Nachhaltige Wasserwirtschaft“ im Rahmen des Auftaktseminars zum BMBF Förderschwerpunkt „Rahmenbedingungen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften – RIW“ am 17./18. Mai 2001 im Kloster Banz.

Halstrick-Schwenk, M., Einführungsvortrag zum Projekt „Internationalisierung versus Internalisierung (INVERSI)“ im Rahmen des Auftaktseminars zum BMBF Förderschwerpunkt „Rahmenbedingungen für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften – RIW“ am 17./18. Mai 2001 im Kloster Banz.

Halstrick-Schwenk, M., Nachhaltigkeit und Perspektiven der Beschäftigung. Vortrag im Rahmen des Workshops des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle zum Thema „Der Umweltschutzsektor und seine Bedeutung für den Arbeitsmarkt“ am 21./22. Juni 2001 in Halle.

Halstrick-Schwenk, M., Beitrag des Projekts INVERSI zu einem Indikatorensystem nachhaltiger Innovationen. Vortrag im Rahmen des Workshops der Arbeitsgruppe „Indicators for sustainable innovation“ am 29./30. November 2001 an der Universität Kaiserslautern.

Löbbecke, K., Structural reforms and structural adjustment in Germany: Is there a „new economy“? Statement to the meeting with the Indian delegation, 28. Mai 2001 at Essen.

Löbbecke, K., Der deutsche Stahlmarkt in den Jahren 2000 bis 2002. Vortrag im Rahmen der Branchenkonferenz der IG Metall am 10. September 2001 in Hagen.

Löbbecke, K., Outsourcing und industrielle Restrukturierung. Beitrag zum Workshop „Dienstleistungen: Beschäftigungspotentiale im internationalen Vergleich“ am 11. September 2001 in Berlin.

Löbbecke, K., „New Economy“ – eine Bestandsaufnahme aus deutscher Sicht. Präsentation ausgewählter Ergebnisse einer Studie am 9. November 2001 in Berlin.

Löbbecke, K., Ziele und Bilanz der Strukturpolitik. Beitrag zum 5. Essener Wirtschaftsgespräch am 13. November 2001 im RWI.

Scheuer, M., German Business Services on a Global Market. XIth Conference of RESER at the Graduate School of Business of Grenoble – ESC Grenoble, 25/26 October 2001.

2001 abgeschlossene Gutachten

Strukturpolitische Grundlagen einer beschäftigungsfördernden Makropolitik – Theoretische Grundlagen und empirische Erfahrungen

Gesamtwirtschaftliche und sektorale Auswirkungen von Schutzzöllen im gewerblichen Bereich

Benchmarking-Studie: Stärkung der internationalen Marktposition von technischen Dienstleistern – ein Vergleich der Wettbewerbsvoraussetzungen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Vereinigte Staaten

Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich: zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit

Die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Wirkungen des Eigenheimbaus

Gesamtwirtschaftliche und sektorale Wertschöpfung der Schweißtechnik

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

New Economy – eine Bestandsaufnahme aus deutscher Sicht

Internalisierung versus Internationalisierung – Handlungsrahmen für nationale und internationale Umweltpolitik vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und Entwicklung elektronischer Märkte

Internationales Wissensmanagement multinationaler Unternehmen

Einflussfaktoren und Handlungsbedarfe für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften – Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Wasserwirtschaft

Indicators for Sustainable Innovations

Wirkungsbewertung nationaler Politiken im Zusammenhang mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie

Optionen für die projektbezogene Technologieförderung in NRW vor dem Hintergrund nationaler und internationaler Erfahrungen

Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien

Scheuer, M., Services World Forum, Member of the Board

Kooperationspartner

agiplan AG, Mülheim

Blank, Prof. Dr. Jürgen, Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

European Policy Research Centre, Glasgow

Gesellschaft für Arbeits-, Reorganisations- und ökologische Wirtschaftsberatung (ARÖW), Duisburg

Gesellschaft für Innovationsberatung (IBI), Düsseldorf

Gitter, Robert J., Professor of Economics, Ohio Wesleyan University, Delaware, OH

Gordon, Robert J., Stanley G. Harris Professor of the Social Science, Northwestern University, Evanston, IL, and NBER

Institut für angewandte Innovationsforschung (IAI), Bochum

Institut Recherche Développement International, Paris

INTEC Bonn

ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Köln

O'Farrell, Patrick N., Professor of Economics, Heriot-Watt University, Edinburgh

Ruhrverband, Essen

Scheele, apl. Prof. Dr. Ulrich, Institut für Volkswirtschaftslehre I, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Stein, Prof. Dr. Dietrich, Ruhr-Universität Bochum

Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen

WSF Wirtschafts- und Sozialforschung Dr. W. Friedrich, Kerpen

Beteiligung an der Hochschullehre

Europäische Integration. Hauptseminar im Sommersemester 2001, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Herr Dr. Hartmut Cluasen.

Praktikanten/ Studentische Hilfskräfte

Björn Saß

Energiewirtschaft

Energieversorgung und Energiepolitik in Deutschland und Europa stehen vor grundlegenden Umorientierungen: Seit nunmehr vier Jahren gilt für die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft das neue Energiewirtschaftsrecht. Die wettbewerbliche Öffnung der Märkte, mit der die bislang geschlossenen Versorgungsgebiete beseitigt und den Strom- und Gasverbrauchern die freie Wahl ihres Versorgungsunternehmens ermöglicht wurde, ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern gilt – wenn auch mit unterschiedlicher Dynamik und Ausgestaltung – zumindest für alle Mitgliedstaaten der EU; sie ist Teil eines umfassenden politischen Willens zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes und letztlich eines vereinten Europas. Darüber hinaus stellt die Umweltpolitik, insbesondere die Klimaschutzpolitik neue Forderungen an das Energiesystem, die langfristig zu einer deutlichen Stärkung umweltschonender Erzeugungs- und Verbrauchsstrukturen führen sollen. Dabei werden sowohl im internationalen Rahmen wie auch auf nationaler Ebene zusätzliche Maßnahmen ins Auge gefasst, die von ordnungsrechtlichen Ge- und Verboten über zusätzliche Steuern und Abgaben, freiwilligen Selbstverpflichtungen bis hin zum Handel mit Emissionsrechten reichen.

Diese Veränderungen begründen auch für empirische Arbeiten neue Forschungsfelder, die im mittelfristigen Forschungsplan mit den folgenden Arbeitsschwerpunkten umrissen worden waren:

- Analyse von Energieangebot und -nachfrage einschließlich der damit verbundenen Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen (Energie und Umwelt);
- Liberalisierung der Märkte für Strom- und Gas einschließlich der sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Wirkungen;
- problemorientierte Weiterentwicklung der Modellinfrastruktur.

Auch wenn aufgrund aktueller Projekte eine unmittelbare Umsetzung des mittelfristigen Forschungsplans nicht immer möglich ist, so bilden die angesprochenen Schwerpunkte eine wichtige Leitlinie für die Bewerbung um und die Auswahl von Forschungsaufträgen.

Energie und Umwelt


Im Rahmen der Analysen von Energieangebot und -nachfrage einschließlich der damit verbundenen Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen wurden in den letzten Jahren nicht nur kognitive, sondern vor allem auch instrumentelle Fragen

behandelt. Insbesondere wurden jene Maßnahmenbündel und Instrumente, die in der wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion als geeignet angesehen werden, um die mit dem Verbrauch von Energie verbundenen Umweltbelastungen zu verringern, im Hinblick auf ihre ökologischen und ökonomischen Wirkungen analysiert. Eine herausragende Bedeutung hat dabei im letzten Jahr der Emissionshandel eingenommen. Ausgelöst wurde die Instrumentendiskussion durch das Grünbuch der EU-Kommission zum Emissionshandel vom April 2001 und den Richtlinienvorschlag zur Einführung eines EU-weiten Handels mit Treibhausgasen vom Oktober 2001. Grundsätzlich gilt der Handel mit Emissionsrechten als effizientes Instrument, um ein Reduktionsziel kostenminimal zu erreichen: Auf dem Markt für Emissionsrechte bildet sich ein Gleichgewichtspreis, bei dem jede zusätzliche Nachfrage nach Emissionsrechten höhere Kosten verursacht als die Verringerung der Emissionen und jedes zusätzliche Angebot höhere Vermeidungskosten induziert, als vom Markt honoriert wird. In diesem Modell enthält der Preis für Emissionsrechte alle Informationen, die für die Investitions- und Verbrauchsentscheidungen der Marktteilnehmer von Bedeutung sind. Insbesondere beeinflusst er das Wirtschaftlichkeitskalkül der Marktteilnehmer in der Weise, dass ein anvisiertes Minderungsziel mit den geringsten Zusatzkosten erreicht wird. Ähnlich effizient ist nur noch ein Abgabensystem, jedoch ohne die beim Emissionshandel gegebene ökologische Treffsicherheit.

Die grundsätzlichen Vorzüge des Emissionshandels sind insofern kaum strittig. Allerdings stellt sich bei der konkreten Einführung eine Vielzahl von Umsetzungsproblemen, was seine Effizienz und Akzeptanz erheblich beeinflussen kann. So soll nach den Vorstellungen der EU-Kommission der Handel ab dem Jahr 2005 auf Anlagen der Energiewirtschaft, der Eisenmetallerzeugung und -verarbeitung, der mineralverarbeitenden Industrie sowie der Zellstoff, Papier- und Pappeerzeugung begrenzt werden, zudem nur CO₂ umfassen und auf Anlagen und Unternehmen innerhalb der EU beschränkt bleiben. Minderungsmöglichkeiten, die aus *Joint Implementation (JI)* oder *Clean Development Mechanismen (CDM)* resultieren und nach dem Kyoto-Protokoll und den Vereinbarungen von Bonn und Marrakesch möglich sind, sollen nicht in den Handel einbezogen werden.

Diese Eingrenzung des Emissionshandels mag zwar aufgrund der anderenfalls erheblichen Überwachungskosten gut begründet sein, verringert jedoch die Liquidität des Marktes beträchtlich und konzentriert den Handel auf jene Produktionssegmente, die relativ hohe Vermeidungskosten aufweisen. Da sich der Preis für Emissionsrechte nach den Zusatzkosten der letzten vermiedenen Emission richtet, ist zu erwarten, dass die Begrenzung auf die genannten Anlagen vergleichsweise hohe Preise für Emissionsrechte zur Folge hat. Folglich werden in einem Emissionshandel nach den Vorschlägen der EU-Kommission in Deutschland vor allem die in der reinen Strom- und Wärmeerzeugung, in der Kraft-Wärme-Kopplung und in wichtigen energieintensiven Prozessen eingesetzten Energieträger Stein- und Braunkohle zusätzlich belastet. Bereits bei einem Lizenzpreis von mehr als 43 €/t CO₂ wird sich im Rahmen des bestehenden Kraftwerksparks die Rangfolge der eingesetzten Kraftwerke (*merit order*) zu Gunsten von Erdgas nachhaltig verändern. Dies gilt erst recht bei einem veränderlichen Kraftwerkspark, da durch den Bau

EU-weiter Emissionshandel und Kosten der Stromerzeugung bei unterschiedlichen CO ₂ -Lizenzpreisen			
in €/MWh			
	5 €/t CO ₂	10 €/t CO ₂	30 €/t CO ₂
Belgien	1,51	3,02	9,06
Dänemark	3,72	7,44	22,31
Deutschland	3,15	6,30	18,91
Finnland	1,53	3,05	9,15
Frankreich	0,42	0,84	2,53
Griechenland	4,28	8,55	25,66
Irland	3,79	7,59	22,77
Italien	2,69	5,37	16,11
Niederlande	3,37	6,73	20,20
Österreich	1,12	2,25	6,74
Portugal	2,92	5,84	17,51
Schweden	0,22	0,45	1,34
Spanien	2,33	4,67	14,00
Vereinigtes Königreich	2,34	4,69	14,06

Eigene Berechnungen. 

neuer und die Stilllegung alter Kraftwerke ein CO₂-Handelsregime seine durchgreifende Wirkung entfalten kann. Folglich ist bei einem CO₂-Emissionshandel nach dem Vorschlag der EU-Kommission im Bereich der Stromerzeugung vor allem mittel- und langfristig eine Verdrängung von Stein- und Braunkohle durch Erdgas zu erwarten.

Trotz Anpassung des Kraftwerksparks können die Zusatzkosten auch bei Berücksichtigung der Erlöse aus dem Verkauf von Emissionsminderungen in der Stromerzeugung grundsätzlich nicht vollständig neutralisiert werden. Der Kostenimpuls ist naturgemäß durch die CO₂-Lizenzpreise, vor allem aber durch die Struktur des Brennstoffeinsatzes in den einzelnen Mitgliedstaaten determiniert. Länder mit einem vergleichsweise hohen Anteil von CO₂-haltigen Energieträgern haben nach diesem Konzept überproportionale Zusatzkosten zu tragen, solche mit einem relativ hohen Anteil von Atomstrom oder regenerativen Energiequellen nur marginale. So induziert ein EU-weiter Emissionshandel z.B. in Deutschland im Vergleich etwa zu Schweden, dessen Stromerzeugung nahezu ausschließlich auf Wasserkraft und Kernenergie basiert, mehr als zehn Mal so hohe Zusatzkosten.

Diese Preissteigerungen addieren sich zu den direkten Belastungen der Unternehmen, die aus der Teilnahme am Emissionshandel und der Lizenzpflicht resultieren. Die Belastungen sind in jenen Sektoren besonders ausgeprägt, die ihren Energiebedarf überdurchschnittlich durch CO₂-haltige Festbrennstoffe decken. Dazu gehören in Deutschland insbesondere die Stahlerzeugung auf Basis des Oxygenverfahrens.

rens und die Zementproduktion. Das Emissionshandelssystem ähnelt in seinen Wirkungen insofern der ökologischen Steuerreform: Es induziert eine stärkere Spreizung der sektoralen Produktionskosten und beschleunigt über die CO₂-Minderungen hinaus den Strukturwandel, in dessen Folge energieintensive Produktionssegmente zurückgedrängt werden. Darüber hinaus werden im Inland erzeugte Produkte zunehmend durch Importe aus Drittländern ersetzt, die möglicherweise in Anlagen mit erheblich niedrigerer Energieeffizienz hergestellt werden (*leakage*-Problem).

Diese negativen Wirkungen sind allerdings nicht unvermeidbare Resultate des Emissionshandels an sich, sondern Ausfluss des Richtlinienentwurfs, insbesondere der Beschränkung auf Unternehmen der Energiewirtschaft und energieintensive Produktionsprozesse. Würde man stattdessen den Markt umfassend definieren, insbesondere auch Minderungspotenziale außerhalb der EU zum Handel zulassen, könnten die Kosten deutlich gesenkt werden. Außerdem wird in dem Entwurf nicht ausreichend berücksichtigt, dass ein Emissionshandel mit den übrigen Instrumenten der Klimaschutzpolitik kompatibel sein muss. Besondere Beachtung verdienen dabei jene Maßnahmen, die im deutschen Klimaschutzprogramm eine wichtige Funktion besitzen, wie die ökologische Steuerreform, das Erneuerbare-Energien Gesetz (EEG), das Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, die Energiesparverordnung oder die Klimavereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft.

Gerade die zuletzt genannte Maßnahme gilt – gemessen an den bislang erreichten Emissionsminderungen – als besonders wirksam. Wie sich anhand der zwischen 1997 und 2001 erstellten insgesamt vier Monitoring-Berichte belegen lässt, konnten zwischen 1990 und 1999 die CO₂-Emissionen um 65 Mill. t, zwischen 1995 und 1999 allein um 7 Mill. t verringert werden. Diese Erfolge sind auf eine Vielzahl von Maßnahmen entweder zur Steigerung der Energieeffizienz oder zur Verdrängung CO₂-reicher durch -ärmere Energieträger zurückzuführen. Für die Ge-

Selbstverpflichtung und absolute CO ₂ -Minderung					
1995 bis 1999; Abweichung gegenüber dem Basisjahr in Mill. t					
	1995	1996	1997	1998	1999
Beobachtet					
Industrie	-35	-41	-33	-35	-41
Elektrizitätswirtschaft	-22	-11	-24	-16	-24
Insgesamt	-57	-52	-57	-51	-65
Bereinigt					
Industrie	-35	-41	-42	-46	-53
Elektrizitätswirtschaft	-26	-28	-30	-30	-25
Insgesamt	-61	-69	-72	-76	-78
Eigene Berechnungen					

sambilanz sind jedoch nicht nur die Minder-, sondern auch die durch Produktionssteigerungen induzierten Mehremissionen zu berücksichtigen, die kompensierend wirken. So nahm die Stromerzeugung in öffentlichen Kraftwerken zwischen 1995 und 1999 um knapp 32 TWh zu, was bei einem Ausstoß von 590 g/kWh gleichbedeutend mit einem Anstieg der CO₂-Emissionen um knapp 19 Mill. t ist. Dass per saldo die CO₂-Emissionen dennoch deutlich reduziert werden konnten, unterstreicht den Erfolg der bislang getroffenen Maßnahmen.

Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte

Eine vergleichbare Herausforderung für die empirisch orientierte Energieforschung stellt die wettbewerbliche Öffnung der Strom- und Gasmärkte dar. Dem bisherigen Forschungskonzept folgend sollen dabei nicht nur die Auswirkungen auf die Energiewirtschaft im engeren Sinn, sondern auch die sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Wirkungen in den Blick genommen werden. Von besonderer Bedeutung für die Öffnung der Märkte ist ein diskriminierungsfreier Netzzugang. Das Energiewirtschaftsgesetz legt den Grundsatz fest, dass die Netzbetreiber anderen Unternehmen einen diskriminierungsfreien Netzzugang gewähren müssen. Dessen konkrete Ausgestaltung ist nicht gesetzlich geregelt, sondern wird zwischen den Vertragspartnern verhandelt, wobei die Verbändevereinbarung selbst wie auch die ergänzenden Regelungen wichtige Grundsätze für diese Vertragsbeziehungen festlegen, ohne selbst unmittelbar rechtlich bindend zu sein.

Auch nach der *Essential Facilities Doctrine* spielt die Regelung der Entgelte für den Zugang zu der wesentlichen Einrichtung eine tragende Rolle, da diese letztlich über den Netzzugang entscheidet. Dabei kann das Bundeskartellamt auf der Grundlage des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen das Netzentgelt nach dem Vergleichsmarktkonzept überprüfen, wobei zwischen einem räumlichen, zeitlichen und sachlichen Vergleich unterschieden wird. Nach Ansicht des Bundeskartellamtes ist der räumliche Vergleich der „in der Praxis häufigste und bei der Überprüfung der Netznutzungsentgelte vorrangig anzuwendende Vergleich“. Das Kartellamt gesteht aber zu, dass sich Nutzungsentgelte aufgrund objektiver Merkmale voneinander unterscheiden können, z.B. aufgrund der spezifischen Struktur der Versorgungsgebiete (Abnehmer-, Einwohnerdichte). Preisunterschiede zwischen Netzbetreibern sind folglich nur dann gerechtfertigt, wenn sie auf solchen strukturelle Besonderheiten beruhen.

Eine Korrelationsanalyse zwischen Netznutzungsentgelten ausgewählter Versorgungsunternehmen und den zugehörigen gebietsstrukturellen Faktoren für das Jahr 2000 zeigt allerdings, dass diese nur einen geringen Beitrag zur Erklärung der Varianz der Netzentgelte liefern. Mithin kann der Unterschied zwischen den Nutzungsentgelten nicht auf strukturelle Gegebenheiten zurückgeführt werden. Dennoch lässt die Differenz zwischen den beobachteten und den unter Rückgriff auf die strukturellen Besonderheiten berechneten Netzentgelten einen systematischen Zusammenhang erkennen: Die Netzentgelte liegen in Ostdeutschland signifikant höher als in Westdeutschland. Auch wenn ein Teil dieser Unterschiede auf die dort in den letzten zehn Jahren durchgeführten Modernisierungen zurückzuführen ist, die hohe Abschreibungen (Kapitalkosten) nach sich ziehen, so zeigen die Analysen,

Netznutzungsentgelte für Niederspannung				
2000 (Jahresmitte); in DM/MWh				
	Beobachtet	Berechnet ¹	Abweichung	
			absolut	in vH
Baden-Württemberg	109,57	113,68	-4,11	-3,6
Bayern	124,27	125,94	-1,67	-1,3
Berlin	117,00	117,71	-0,71	-0,6
Brandenburg	197,47	112,57	84,90	75,4
Bremen	118,05	109,93	8,12	7,4
Hamburg	124,10	109,55	14,55	13,3
Hessen	127,80	133,30	-5,50	-4,1
Mecklenburg Vorpommern	169,01	125,64	43,37	34,5
Niedersachsen	133,12	130,20	2,93	2,2
Nordrhein-Westfalen	109,22	103,10	6,12	5,9
Rheinland Pfalz	109,36	112,35	-2,99	-2,7
Saarland	120,09	125,14	-5,05	-4,0
Sachsen	159,67	91,01	68,65	75,4
Sachsen-Anhalt	158,20	106,82	51,38	48,1
Schleswig Holstein	141,62	138,87	2,75	2,0
Thüringen	165,53	104,22	61,31	58,8

Eigene Berechnungen. – ¹Unter Berücksichtigung struktureller Merkmale der Versorgungsgebiete; vgl. Text.



dass von einem diskriminierungsfreien Netzzugang gegenwärtig noch nicht gesprochen werden kann. Diese Feststellung wird im Übrigen durch die von den Kartellbehörden inzwischen angestregten Missbrauchsverfahren belegt.

Methodische Grundlagen

Die Analysen stützen sich zu einem erheblichen Teil auf das in der Forschungsgruppe entwickelte Modellsystem, das die Wechselwirkungen zwischen energiewirtschaftlichen, sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen abbilden soll. Entstanden ist es aus der Erfahrung der Energiepreissprünge Mitte und Ende der siebziger Jahre, wurde Mitte der achtziger Jahre im Auftrag des *Bundesministeriums für Wirtschaft* entwickelt, und umfasst inzwischen über den Energieverbrauch hinaus ein Modell des Energieangebots, ein Emissionsmodell und seit kurzem auch ein Modell zur Flächennutzung in Deutschland. Um diese Modellinfrastruktur für die inhaltlichen Schwerpunkte nutzen zu können, müssen Modellteile nicht nur ständig aktualisiert, sondern vor allem problemorientiert überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Insofern gehören diese Arbeiten neben den inhaltlichen Fragen zu den Schwerpunkten.

Im Mittelpunkt steht dabei gegenwärtig der Aufbau eines Energiemodells für die 15 Mitgliedstaaten der EU. Damit sollen etwa die Auswirkungen von EU-weiten

Maßnahmen zur Reduktion der sechs Klimagasen oder die strukturellen Veränderungen der Energiemärkte in einem europäischen Binnenmarkt näher analysiert werden. Der formale Aufbau des Systems orientiert sich an der bislang für Deutschland genutzten Modellkonzeption, verbindet also in einem integrierten Ansatz die Ebenen von Energieangebot und -verbrauch, von sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen sowie von Änderungen der Marktformen und Umweltwirkungen. Nach Abschluss dieser Arbeiten soll ein Instrumentarium verfügbar sein, mit dem nicht nur die Energieverbräuche erklärt, sondern auch die sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen energie- und umweltpolitischer Maßnahmen für die 15 EU-Mitgliedstaaten analysiert werden können. Erste Schritte dazu wurden mit der Analyse des EU-Richtlinienentwurfs zur Einführung eines EU-weiten Emissionshandels (s.o.) bereits getan.

Veröffentlichungen

Buttermann, H.G. und B. Hillebrand (2002), Die Klimaschutzzerklärung der deutschen Industrie vom März 1996 – eine abschließende Bilanz. Monitoring-Bericht 2000. Untersuchungen des RWI 40. RWI, Essen.

Buttermann, H.G. und B. Hillebrand (2002), CO₂-Emissions in German Industry form 1990 to 1999. RWI-Papiere. RWI, Essen, erscheint demnächst.

Heilemann, U. und B. Hillebrand (2001), Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte – Erwartungen und erste Ergebnisse. RWI-Papiere 73. RWI, Essen.

Heilemann, U. und B. Hillebrand (2002), Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte – Eine erste Bilanz. In H. Berg (Hrsg.), Deregulierung und Privatisierung: Gewolltes – Erreichtes – Versäumtes. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. 287. Berlin: Duncker & Humblot, 29–58.

Heilemann, U. und B. Hillebrand (2001), Positive Zwischenbilanz der deutschen Strommarktliberalisierung. *Neue Zürcher Zeitung*, Ausgabe vom 1./2. September.

Hillebrand, B. (2002) Das Modellsystem des RWI. In J. Frohn, P. Chen, W. Lemke und M. Pullen (Hrsg.), *Abschätzungen der Auswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen zur Erreichung von Umweltzielen mit Hilfe ökonomischer Modelle* – Endbericht. Heidelberg: Physica, erscheint demnächst.

Hillebrand, B. (2001), Monopoly in der Energiewirtschaft. *Die Zeit*, Ausgabe vom 16. Dezember.

Oberheitmann, A., zusammen mit Ph. Andrews-Speed et al. (2001), Guangdong sheng fadiance yinru jingzheng jizhi wenti yanjiu (Untersuchung der Probleme der Einführung von Wettbewerb im Elektrizitätssektor in Guangdong). Arbeitspapiere des Power Economic Research Center of the State Power Corporation 2001-100010-D01012). Beijing.

Oberheitmann, A. (2001), Ökonomische Aspekte möglicher umweltpolitischer Maßnahmen zur SO₂-Emissionsreduktion in China. *ASIEN* 78: 5–24.

Oberheitmann, A. (2001), WTO and implications for the Chinese environment policy. *ASIEN* 81: 81–102

Oberheitmann, A. (2001), China's Hunger nach Energie. *Überblick* 37 (4): 41–45.

Ausgewählte Vorträge

Hillebrand, B., Nachhaltige Mobilität. Vortrag im Rahmen des Workshops „Nachhaltigkeit im Verkehr“ am 1. Februar 2001 im Umweltbundesamt, Berlin.

Hillebrand, B., Zukunft der Energieversorgung. Vortrag im Rahmen des Workshops „Zukunft der Energieversorgung“ des Innovationsbeirats der Landesregierung von Baden-Württemberg und des wissenschaftlich-technischen Beirats der Bayerischen Staatsregierung am 10. Mai 2001 in Heidelberg.

Hillebrand, B., Strukturelle Auswirkungen der Energierechtsreform. Vortrag im Rahmen des Arbeitskreises „Räumliche Aspekte neuer Entwicklungen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung am 7. Dezember 2001 in Hannover.

Hillebrand, B., Ergebnisse und Auswirkungen der ökologischen Steuerreform. Vortrag im Rahmen des Workshops „Perspektiven der ökologischen Steuerreform“ der Friedrich Ebert Stiftung am 16. Januar 2002 in Berlin.

Oberheitmann, A., Implications of the WTO-Entry for China's Environmental Policy – Facts and Recommendations. – The World Trade Organisation: an Introduction into its History, Organisation, Principles and Functions. – WTO: Trade, Environment and Development. – Development of Green Agriculture: Strategies and Experiences in Foreign Countries. Vier Lehrveranstaltungen im Rahmen des Tagesseminars auf dem „International Training Workshop on China's Accession to the WTO: Trade and Environment Issues“ der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) am 10./11. Mai 2001 in Lijiang, VR China.

Oberheitmann, A., Zu den Auswirkungen des WTO-Beitritts auf die Umweltpolitik Chinas. Vortrag im Rahmen des „Mittagsforums“ der Fakultät für Ostasienwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum am 5. Dezember 2001.

2001 abgeschlossene Gutachten

Vierter Monitoring-Bericht zur CO₂-Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge

Klimaschutzkonzept für Nordrhein-Westfalen

Verknüpfung von Umweltindikatoren und Modellen

Implikationen des WTO-Beitritts Chinas auf die chinesische Umweltpolitik

Noch nicht abgeschlossene Gutachten

Energiebroschüre Nordrhein-Westfalen 2001

Ein Energiedateninformationssystem für Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland

Ein Energiemodellinformationssystem für Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland

Fortsetzungsauftrag zu Verknüpfung von Umweltindikatoren und Modellen

Chinese Environmental Policy: Meeting the Challenges and Taking the Opportunities of WTO – Part I: Energy Sector

Klimaschutz und Emissionshandel – Probleme und Perspektiven

Zertifikatehandel für CO₂-Emissionen auf dem Prüfstand – Ausgestaltungsprobleme des Vorschlags der EU für eine Richtlinie zum Emissionshandel

Kooperationen

Prof. Dr. Joachim Frohn, Universität Bielefeld, Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie

Prof. Dr. Wolfgang Ströbele, Universität Münster, Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie

Prof. Dr. Bernd Meyer, Universität Osnabrück, Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie und empirische Wirtschaftsforschung

Praktikanten/ Studentische Hilfskräfte

Christop Hillebrand

Handwerk und Mittelstand

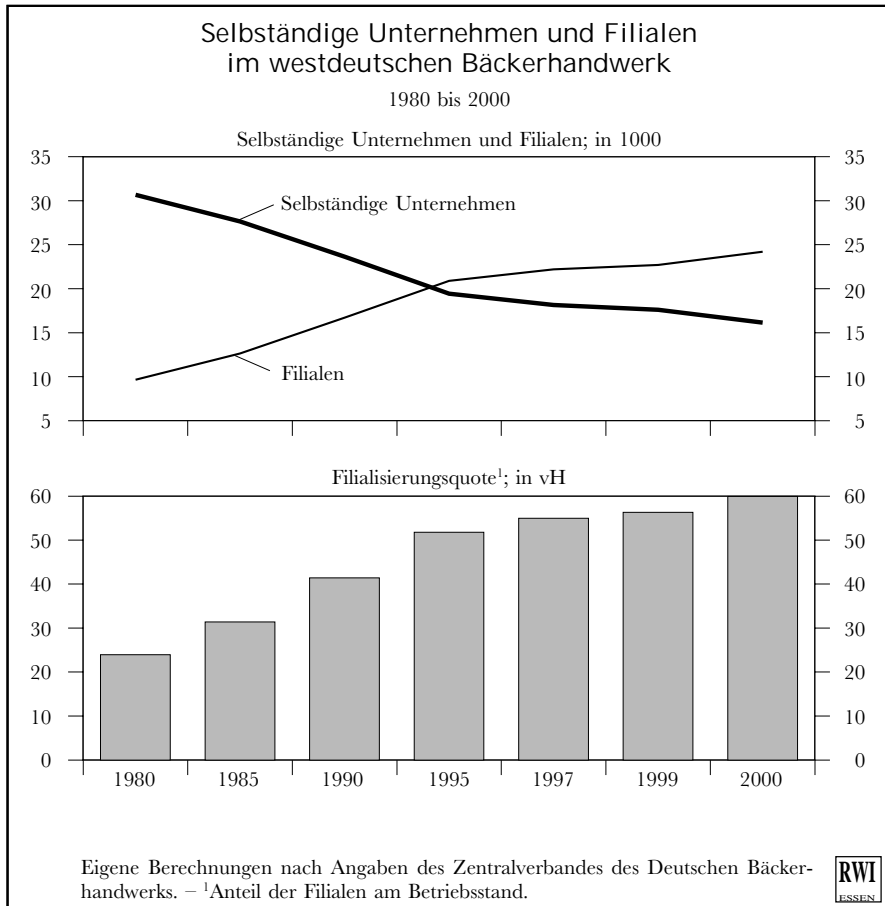
Die Arbeit der Forschungsgruppe ist drei Schwerpunkten zuzuordnen:

- Analyse des strukturellen Wandels und der konjunkturellen Entwicklung der Handwerkswirtschaft;
- Untersuchung der Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in der Branchenentwicklung im Informationszeitalter;
- Gründungs- und Entrepreneurshipforschung.

Eine ständige Aufgabe der Forschungsgruppe besteht darüber hinaus in der Pflege und im Ausbau der Datenbasis der Handwerks- und KMU-Strukturforschung. Hierbei wird verstärkt auf neue, früher nicht zugängliche Datenquellen zurückgegriffen, z.B. auf faktisch anonymisierte Mikrodaten der amtlichen Statistik.

Handwerksforschung

Die Handwerkswirtschaft ist in den zurückliegenden Jahren deutlich hinter der Gesamtwirt zurückgeblieben; ihr realer Umsatz ist von 1996 bis 2000 jährlich um 0,1 vH zurückgegangen, die Beschäftigung um 2,3 vH. Beides ist vor allem auf die anhaltende Krise der Bauwirtschaft zurückzuführen, in der es in allen Bundesländern – besonders ausgeprägt aber in Ostdeutschland – zu stark rückläufigem Umsatz und Beschäftigung gekommen ist. Des Weiteren hat die Struktur der volkswirtschaftlichen Belegung in den zurückliegenden Jahren auch andere wesentliche Teile der Handwerkswirtschaft – die Konsumgüterhandwerke und die haushaltsorientierten Dienstleister – benachteiligt. Große Teile des Handwerks sind somit unter einen verstärkten Anpassungsdruck geraten. Zur Intensivierung des Wettbewerbs haben überdies tiefgreifende Wandlungen des wirtschaftlichen Umfelds beigetragen. Die neuen IuK-Technologien dringen auch in die Handwerkswirtschaft vor und führen zur Restrukturierung von Geschäftsfeldern und betrieblichen Abläufen. Reorganisationsprozesse in der Industrie – z.B. in der Produktion und im Absatz in der Automobilindustrie – ziehen erhebliche Auswirkungen auf Teile des



Handwerks (Zulieferer) nach sich. Die zunehmende Integration der europäischen Märkte führt insbesondere in den deutschen Grenzregionen dazu, dass Handwerksbetriebe aus den Nachbarländern verstärkt auf die deutschen Märkte drängen. Die handwerkliche Zulieferwirtschaft sieht sich in verstärktem Maße der Konkurrenz von Unternehmen aus osteuropäischen und Schwellenländern ausgesetzt. Zugleich bringen die Europäisierung und die Globalisierung der Märkte aber auch erhebliche Chancen für die Handwerkswirtschaft mit sich.

Die Forschungsgruppe untersucht die Wandlungen im Handwerk unter dem Einfluss nachfrage- und angebotsseitiger Faktoren auf sektoraler wie auf betrieblicher Ebene. Da sich hierbei die Situation in den 94 Gewerke äußerst unterschiedlich darstellt, lassen sich diese Wandlungen nur in ausgewählten Segmenten der Handwerkswirtschaft untersuchen. Hierbei stehen in der laufenden Forschungsarbeit zunächst die Nahrungsmittelhandwerke und die von diesen bedienten Märkte – insbesondere das Bäcker- und das Konditorenhandwerk –, die Bau- und baunahen Handwerke und das überwiegend dem Handwerk zuzurechnende Kfz-Gewerbe

im Zentrum des Interesses, auf die zusammen rund 65 vH des Handwerksumsatzes entfallen. Später sollen ergänzend weitere Handwerkszweige wie die Druckhandwerke einbezogen werden, aber auch „traditionelle“, die Marktnischen besetzen, wie die Musikinstrumentenhersteller.

Der strukturelle Wandel im Handwerk schlägt sich in Veränderungen der betrieblichen Organisationsformen nieder, die sich zwischen den Handwerkszweigen unterscheiden. In einer Auftragsarbeit wurden dieser Strukturwandel und die Wettbewerbssituation im Bäckerhandwerk untersucht. Dort führt die weite Verbreitung von Aufbackstationen und industriell vorgefertigten Teiglingen aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Skaleneffekten im Vertrieb zu einer rasch fortschreitenden Filialisierung. Während es sich 1980 nur bei knapp 25 vH aller Bäckereien um Filialen handelte, lag dieser Anteil im Jahr 2000 bereits bei 60 vH. Die großen Bäckerunternehmen vereinen wachsende Anteile von Umsatz und Beschäftigung auf sich. Die Filialisierung war in den neunziger Jahren zunehmend dadurch gekennzeichnet, dass immer mehr Filialen auf eine relativ kleine Zahl von Unternehmen entfielen. Anders dagegen verläuft die betriebliche Restrukturierung im Kfz-Gewerbe: Sie wird in starkem Maße durch die Durchsetzung schlanker Distributionssysteme durch die Hersteller geprägt. Die Netze der Vertragswerkstätten wurden stark ausgedünnt, und die überlebenden haben in beträchtlichem Maße in ihre Einrichtungen investiert. Die Tendenz zu einer „Zweiklassengesellschaft“ von gut ausgestatteten Vertrags- und weniger gut ausgerüsteten freien Werkstätten hat sich akzentuiert. In den kommenden Jahren wird es allerdings voraussichtlich zu starken Veränderungen im Kfz-Distributionssystem kommen, falls die Pläne der EU-Kommission zum Verbot der exklusiven Herstellerbindung der Vertragshändler umgesetzt werden.

In einem laufenden Projekt „Konsumverhalten und Handwerksnachfrage“ wird die Nachfrage der privaten Haushalte nach Waren und Leistungen des Handwerks unter Nutzung von faktisch anonymisierten Mikrodaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) analysiert. Es wird in diesem Zusammenhang auch zu prüfen sein, ob die RWI-Konsumverflechtungstabellen als analytisches Instrument einsetzbar sind. Ein bedeutender Teil des Handwerks (rund die Hälfte des Umsatzes) ist dem Konsumgütergewerbe zuzuordnen. Größere Marktanteile entfallen auf die Unternehmen auf den Nahrungsmittelmärkten (Bäcker, Fleischer), aber auch in den Segmenten des gehobenen Bedarfs (Textil, Bekleidung, Musikinstrumente, Schmuck) bieten Handwerker Produkte und Leistungen an. Zu den haushaltsnahen Dienstleistungen sind die Reparatur- und die Reinigungshandwerke zu zählen. Die Ergebnisse der EVS erlauben es, die Ausgabenarten, unterschieden nach Haushaltstypen, einzelnen Handwerkszweigen zuzuordnen. Hierdurch wird es möglich, Zusammenhänge zwischen dem Wandel der Konsumentennachfrage und des Handwerks zu erkunden. Zu analysieren ist hierbei unter anderem, wie sich die veränderten Muster und Determinanten des Konsumverhaltens auf die Konsumgüterhandwerke auswirken. Ergänzt um Informationen aus anderen statistischen Quellen bietet sich so die Gelegenheit, ein umfassendes Bild der Nachfrageentwicklung und der Wettbewerbsbedingungen der konsumnahen Handwerke zu gewinnen.

In dem gemeinsam mit Prof. Dr. U. Döring, *Universität Lüneburg*, durchgeführten Projekt wird anhand von Betriebsvergleichen der Landesgewerbeförderungsstelle für das nordrhein-westfälische Handwerk (LGH) die Ertrags- und Kostensituation im Bäckerhandwerk über einen Zeitraum von 15 Jahren nachgezeichnet. Die jährlichen Erhebungen der LGH dienen vornehmlich dazu, den Unternehmen und Betriebsberatern Anhaltspunkte für den Vergleich von Kennzahlen für Betriebe gleicher Größenordnung zur Verfügung zu stellen. Die erhobenen Daten sind allerdings nur sehr bedingt repräsentativ. Trotzdem enthalten sie wertvolle Informationen über die Kostenstruktur von Handwerksunternehmen, die durch die Forschung bislang allenfalls ansatzweise genutzt worden sind. In dem Projekt wird analysiert, wie sich die Kostenarten im Zeitablauf verändert haben, welche Unterschiede dabei zwischen den Größenklassen auszumachen und auf welche Faktoren diese zurückzuführen sind.

Branchenevolution

Die Folgen der informationstechnischen Revolution stehen im Forschungsbereich *KMU und Branchenevolution im Informationszeitalter* im Mittelpunkt des Interesses. Moderne IuK-Technologien und das Internet bewirken nicht nur die Entstehung neuer, sondern auch tiefgreifende Wandlungen bestehender Branchen. Sie münden in eine teilweise Neuordnung der Branchenstruktur. Enthierarchisierung, Fraktalisierung und Virtualisierung der Unternehmen können die volkswirtschaftliche Position von KMU auf längere Sicht stärken. Dem stehen allerdings gegenläufige Tendenzen eines zunehmenden Gewichts global operierender Großunternehmen auf vielen Märkten gegenüber. Das bislang erst ansatzweise genutzte Potenzial der neuen Informationstechnologien eröffnet KMU also neue Chancen im Wettbewerb, aber auch die Möglichkeit, untereinander bzw. mit Großunternehmen Symbiosen einzugehen. Im Forschungsschwerpunkt werden diese Prozesse auf Basis industrie- und marktökonomischer Ansätze analysiert.

Der Branchenstrukturwandel ist nicht zuletzt durch eine Bedeutungszunahme der zwischen Markt und Hierarchie angesiedelten Koordinationsformen gekennzeichnet. Diese stellen an sich keine neuartigen Phänomene dar, sondern waren in ähnlicher Weise schon für die Industriewirtschaft des frühen 20. Jahrhunderts typisch. Indessen verändert sich derzeit die „technologische Geschäftsbasis“ von Unternehmensnetzwerken durch die weite Verbreitung der neuen IuK-Technologien grundlegend. Durch die alleinige Betrachtung der Unternehmensgrößenstrukturen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist dieser Restrukturierungsprozess allerdings nicht zufriedenstellend zu erfassen. Hierfür sind Strategien zu entwickeln, welche es gestatten, neben Markt- auch nichtmarktliche Transaktionen (Netzwerkbeziehungen) zwischen den Unternehmen auf der Meso- (Branche, Markt) bzw. der Mikroebene (einzelnes Unternehmen) zu erfassen. Die Entwicklung entsprechender Erfassungsinstrumente ist eines der Themen, die im Forschungsschwerpunkt „Branchenevolution“ bearbeitet werden. Ein zweites ist die damit im Zusammenhang stehende Erfassung der Virtualisierungstendenzen in der Wirtschaft und die Analyse virtueller Unternehmen.

Virtuelle Unternehmen stellen für die Zukunft ein bedeutendes Teilphänomen einer umfassenderen volkswirtschaftlichen Virtualisierung dar. Unter virtuellen

Unternehmen sind DV-basierte, temporäre, projekthafte, nicht-hierarchische Kooperationsverbände von rechtlich selbständigen Unternehmen zu verstehen, die mittels gemeinsamer IuK-Architektur ihre Kernkompetenzen bündeln, um individuell auf Kundenbedürfnisse abgestimmte Waren und Dienstleistungen zu erstellen. Sie werden oftmals gerade für KMU als geeignete Organisationsform erachtet, weil sie erhebliche Potenziale zur Minimierung der Transaktions- und Organisationskosten in sich bergen. Die wissenschaftliche Diskussion darüber hat in jüngster Zeit stark an analytischer Tiefe und Breite gewonnen. Von der Existenz einer einheitlichen Position der Wissenschaft zu ihren Ursprüngen, Konstruktionsprinzipien und Funktionsmechanismen kann indessen keine Rede sein; die gängigen Konzepte offenbaren erhebliche Forschungslücken. So ist das Verhältnis zwischen notwendiger Vertrauensbildung in virtuellen Unternehmen und zeitlicher Begrenzung des Engagements der Akteure analytisch und empirisch zu bestimmen sowie die Steuerungsmechanismen (z.B. die Rolle von Autorität und Hierarchie).

Dem Forschungsschwerpunkt ist auch ein im August 2001 abgeschlossenes Gutachten für das *Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur* zuzuordnen, welches die inhaltliche Basis für den „Mittelstandsbericht 2000“ des Freistaats bildet. Die Arbeit enthält eine auf der amtlichen Statistik fußende differenzierte Analyse der Rolle von KMU im sektoralen Strukturwandel in Thüringen. Ausführlich wird die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in den neunziger Jahren untersucht. Bei der Beurteilung von Chancen, Risiken und Optionen der thüringer Wirtschafts- und Mittelstandspolitik stand die Überlegung im Mittelpunkt, dass es heute nicht mehr ausschließlich darum geht, den teilungsbedingten Rückstand zu den westdeutschen Bundesländern aufzuholen, sondern zugleich den Modernisierungsherausforderungen der Informationsgesellschaft in angemessener Weise zu entsprechen. Auf breiter Ebene flossen Erkenntnisse der nationalen und internationalen KMU-Strukturforschung in die Analyse ein. Sie mündeten in Handlungsempfehlungen, welche insbesondere die Bedeutung staatlicher Hilfen bei der Entwicklung regionaler Kooperationsverbände zwischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, der produktionsorientierten Dienstleistungswirtschaft und Einrichtungen der Wissenschaft hervorheben.

Die zunehmende Komplexität des technischen Fortschritts, verbunden mit der Notwendigkeit zu branchen- und sektorübergreifender FuE, überfordert bisweilen selbst die mit umfangreichen finanziellen Ressourcen ausgestatteten, weltweit agierenden Großunternehmen. Aufgrund ihrer eingeschränkten Ressourcenbasis sehen sich insbesondere KMU mit Nachteilen konfrontiert. Staatliche Programme zur Förderung von Technologieprojekten zielen deshalb darauf ab, die FuE- und die Innovationstätigkeit von KMU zu stimulieren. In diesem Zusammenhang wurde in Kooperation mit der Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“ die Expertise „Optionen projektbezogener Technologieförderung vor dem Hintergrund nationaler und internationaler Erfahrungen“ für das *Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen* erstellt. Aufgabe war es, Förderinstrumente – nicht rückzahlbare Zuschüsse, (bedingt) rückzahlbare Zuschüsse, zinsverbilligte Darlehen, eigenkapitalfähige Nachrangdarlehen, Beteiligungsfinanzierung usw. – auf ihre Stärken und Schwächen sowie praktische Nutz-

barkeit im nordrhein-westfälischen Kontext hin zu überprüfen. Die Darstellung schließt mit praktischen Empfehlungen zur Ausgestaltung eines neuen Technologieprogramms des Landes.

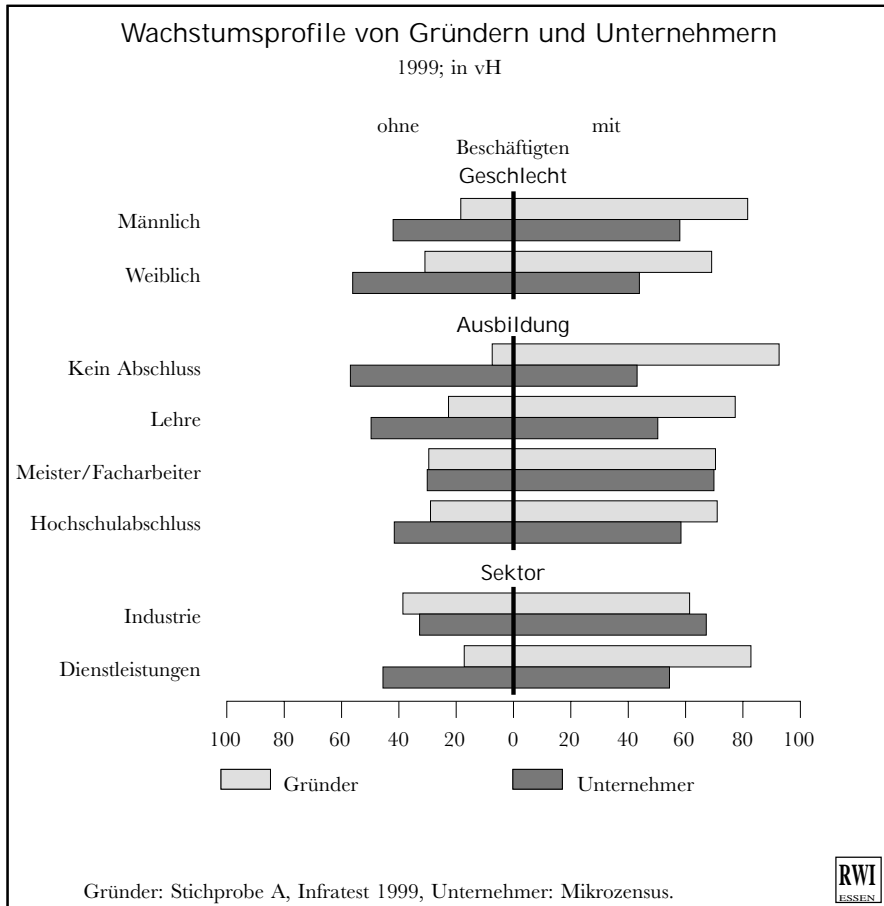
Gründungsforschung

Die Milieus, in denen sich unternehmerisches Handeln vollzieht und Entscheidungen getroffen werden, sind stets komplex, so dass kausale Erklärungen, die sich lediglich auf ausgewählte Faktoren stützen, in der Regel zu kurz greifen und Gefahr laufen, die vielfältigen Wechselwirkungen zu vernachlässigen. Theoretisch lassen sich die Prozesse, die zur Herausbildung bestimmter Handlungsmuster führen, aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. Betriebswirtschaftliche Theorieansätze beziehen sich auf das individuelle Verhalten bzw. Entscheidungsfindung und stellen so den Unternehmer in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen.

Demgegenüber heben kontextgebundene Theorieansätze – dazu zählt die Institutionenökonomik – strukturelle Faktoren und das externe Umfeld in unterschiedlich weiter Betrachtung als Einfluss unternehmerischen Handelns in KMU hervor, wengleich nicht übersehen werden darf, dass menschliches Handeln unabhängig vom spezifischen Umfeld letztlich auf gemeinsame Grundprinzipien zurückzuführen ist. Aufgrund der Komplexität des zu erklärenden Phänomens und seines Prozesscharakters liefert jedoch letztlich keiner der theoretischen Ansätze eine „erschöpfende“ Gesamtansicht, sondern die einzelnen Erklärungsansätze verhalten sich in erheblichem Maße komplementär zueinander.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Differenzierung der Gründungslandschaft stellt sich die Frage nach der langfristigen Wachstumsfähigkeit von Neugründungen und ihrem tatsächlichen volkswirtschaftlichen Beitrag. Hier zeigt ein Vergleich von Wachstumsabsichten potenzieller Gründer mit den Wachstumspfaden etablierter Unternehmer, dass zwar drei Viertel aller werdenden Gründer – solche, die sich in der Umsetzung ihrer Vorhaben befinden – später Beschäftigte einstellen wollen, mithin Wachstumsabsichten verfolgen, aber nur wenig mehr als die Hälfte aller bestehenden Selbständigen tatsächlich mehrere Personen beschäftigt. Zudem unterscheiden sich die Wachstumskonfigurationen von werdenden Gründern und Selbständigen, wobei das Geschlecht, die Ausbildung und die Branche offensichtlich eine wichtige Rolle bei der Realisierung von Wachstumsvorhaben bzw. der Veränderung ursprünglicher Orientierungen spielen.

Wachstumspfade hängen dabei stark von persönlichen Einflüssen wie der Zufriedenheit des Unternehmers mit der derzeitigen Situation ab. Zugleich deuten Faktoren wie die wachsende Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen oder die stellenweise zu beobachtende Erosion des Normalarbeitsverhältnisses auch in anderen europäischen Industrieländern darauf hin, dass Selbständigkeit mehr und mehr zu einer Episode im beruflichen Leben wird und nicht (mehr) per se mit langfristigen Wachstums- und Expansionsplänen einher gehen muss. Gerade das Aufkommen neuer selbständiger Tätigkeiten am unteren Rand der Einkommensskala verwischt die Grenzen zwischen selbständiger und abhängiger Tätigkeit, Selbständigkeit ist dann ein „Überlebensjob“ und keine Berufung, Teilzeit- oder Nebener-



werbsunternehmertum ist häufig durch die Suche nach zusätzlichen Einkommensquellen motiviert. Selbst dort, wo Gründung die Erfüllung eines „Lebenstraums“ ist, müssen keine langfristigen Wachstumspläne vorliegen.

Diese Ergebnisse werfen die grundsätzliche Frage nach den Möglichkeiten auf, Wachstumsabsichten zu realisieren. Die Gründe dafür dürften sowohl im unternehmensexternen Umfeld – z.B. im eingeschränkten Zugang zu dafür notwendige Ressourcen – liegen als auch in der individuellen Wahrnehmung von Wachstumsbarrieren im Verlaufe des Gründungsprozesses, die zur Revision ursprünglicher Ziele bewegen. In diesem Sinne kann die Gründung als ein offener Lernprozess betrachtet werden, in dem anfängliche Erfahrungen negativ oder positiv auf anfängliche Ziele einwirken. Fallstudien mit Unternehmern verdeutlichen den „Triggereffekt“ eines raschen Gründungserfolges, so dass Gründer ohne Wachstumsabsichten „plötzlich“ eine Unternehmensexpansion planen. Damit stellt sich hier aber auch die – bislang von der Forschung nicht abschließend beantwortete – Frage nach den Möglichkeiten der Politik, Unternehmenswachstum zu fördern.

Von besonderem Interesse ist die Frage nach der Bedeutung institutioneller Einflüsse auf das Gründungsgeschehen und unternehmerisches Verhalten. In zwei Forschungsprojekten wird diesem Thema speziell für Gründerinnen und Unternehmerinnen nachgegangen. Das vom *Bundesministerium für Bildung und Forschung* geförderte Projekt „Gründerinnen in Deutschland: Potenziale und das institutionelle Umfeld“, das in Kooperation mit dem *Institut für Mittelstandsforschung* an der Universität Mannheim bearbeitet wird, konzentriert sich auf das institutionelle Umfeld in Deutschland. Hier stellt sich die Frage, inwieweit durch eine bessere Ausschöpfung des Gründerinnenpotenzials entscheidende Impulse für Innovation und Beschäftigung geschaffen werden können. Im Rahmen des von der *EU* geförderten internationalen Projektverbunds „Female Entrepreneurship in Transition Economies: The Example of Ukraine, Moldova and Uzbekistan“ werden Unternehmensstrukturen, Entwicklungsverläufe, Handlungsstrategien und das institutionelle Umfeld für Gründerinnen und Unternehmerinnen in osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsländern (Ukraine, Moldawien, Usbekistan) theoretisch und empirisch analysiert. Beteiligt sind neben dem RWI (Koordination) Forscher/-innen aus England und den drei Projektländern.

Der Einfluss von kulturellen und institutionellen Faktoren – in diesem Fall von Vertrauen – auf wirtschaftliches Handeln steht im Vordergrund des gleichfalls international vergleichend angelegten Forschungsprojektes „Unternehmerisches Handeln und Vertrauen: Struktur und Genese wirtschaftlicher Transaktionsmuster in „Low-trust“- und „High-Trust-Milieus Ost- und Westeuropas“, das von der *Volkswagenstiftung* im Rahmen ihres Schwerpunktes „Einheit in der Vielfalt? Grundlagen und Voraussetzungen eines erweiterten Europas“ gefördert und vom RWI und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen koordiniert wird. Beteiligt sind daneben Forscher/-innen aus England, Italien, Estland und Russland. Der Blick auf das Umfeld ist in Osteuropa besonders wichtig, da die institutionellen Rahmenbedingungen Präsenz oder Absenz unterschiedlicher Formen des Vertrauens in das wirtschaftliche Verhalten der Unternehmen bzw. ihre Einschätzung des „Risikogehaltes“ der Umwelt beeinflussen und damit bestimmte Ausprägungen wirtschaftlichen Handelns mit bedingen. Unternehmerisches Handeln sieht sich unter diesen Umständen mit anderen Restriktionen und Normierungen konfrontiert als in etablierten Marktwirtschaften. Das Untersuchungsdesign sieht für dieses Projekt eine Kombination von Literaturstudien in England und Italien, standardisierten und qualitativen Unternehmensstudien und Expertenbefragungen in Deutschland, Estland und Russland vor.

Veröffentlichungen

Dürig, W. (2001), *Handwerk und Handwerksorganisation in Lettland*: das Partnerschaftsprojekt zwischen der Handwerkskammer Frankfurt/Oder und der Lettischen Handwerkskammer LAK Latvijas Amatniecibas kamera. Gutachten im Auftrag der Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung (SEQUA) Essen, 2001.

Dürig, W. (2001), Die wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks in Nordrhein-Westfalen 2000 im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.), *Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen*. Ergebnisse der Handwerksstatistik 2000/2001. WHKT, Düsseldorf, 1–31.

Dürig, W. (2001), Das Handwerk im Strukturwandel Nordrhein-Westfalens – eine Zwischenbilanz der letzten 10 Jahre. In Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.), *Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Handwerksstatistik 2000/2001*. WHKT, Düsseldorf, 33–85.

Dürig, W. und M. Scheuer (2001), Lehrlingsausbildung im Handwerk: ein Aufriss von Problemen am Beispiel Sachsens. *Beihfte zur Konjunkturpolitik* 51: 163–190.

Lageman, B. (2001), Unternehmensgründungen in Deutschland: Empirie, politische Gestaltung und Förderung. In J. Merz (Hrsg.), *Existenzgründung 2: Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen*. Schriften des Forschungsinstituts Freie Berufe 12. Baden-Baden: Nomos, 199–223.

Smallbone, D., A. Slonimski, N. Isakova and F. Welter (2001), The center-periphery distinctions in the development of small and medium enterprises. In: Materials of the international scientific and practice conference “Problems of regional economics: theory and practice”, 15–16 November, Gomel, Belarus, 31–37.

Smallbone D. and F. Welter (2001), The distinctiveness of entrepreneurship in transition economies. *Small Business Economics* 16 (4): 249–262.

Smallbone D. and F. Welter (2001), The Role of Government in SME Development in Transition Countries. *International Small Business Journal* 19 (4): 63–77.

Smallbone D., F. Welter, N. Isakova and A. Slonimski (2001), SMEs and economic development in Ukraine and Belarus: Some policy perspectives. *MOCT – MOST: Economic Policy in Transition Economies* 11: 252–274.

Tretin, L. und S.C. Chakraborty (2000), Calcutta/Kolkata – Perspektiven einer indischen Metropole im 21. Jahrhundert. *Geographische Rundschau* 53 (7-8): 56–63.

Welter, F. (2001), Das Gründungspotential in Deutschland: Konzeptionelle Überlegungen, empirische Ergebnisse. In H. Klandt, K. Nathusius, J. Mugler und H.A. Heil (Hrsg.), *Gründungsforschungs-Forum 2000. Dokumentation des 4. G-Forums*, Wien, 5./6. Oktober 2000. FGF Entrepreneurship-Research Monographien 26. Lohmar, Köln: Josef Eul, 31–46.

Welter, F. (2001), Would-be Entrepreneurship in Germany. In P. Kuopusjärvi (ed.), *RENT XV – Research in Entrepreneurship and Small Business*. 15th Workshop. Conference Proceedings. Turku, Vol. II, 113–126.

Welter, F. (2001), Innovationsprozesse in KMU – konzeptionelle Überlegungen. In J.-A. Meyer (Hrsg.), *Jahrbuch der KMU-Forschung 2001*. München: Vahlen, 213–220.

Welter, F. und D. Smallbone (2001), Entrepreneurship and Enterprise Strategies in Transition Economies: An Institutional Perspective. In P. Kuopusjärvi (ed.), *RENT XV – Research in Entrepreneurship and Small Business*. 15th Workshop. Conference Proceedings. Turku, Vol. I, 452–463.

Ausgewählte Vorträge

Dürig, W., Projektprüfung und Trägeranalyse in Kammerpartnerschaftsprojekten. – Beiträge der ausländischen Partner in Kammerpartnerschaftsprojekten. Zwei Kurzvorträge bei einer Tagung der Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung (SEQUA) beim DIHK am 8. Februar 2001 in Bonn.

Dürig, W., Überlegungen zur Einführung eines Studienganges „Lebensmittelwirtschaft“ an der Fachhochschule Bremerhaven. Vortrag beim Workshop zur Einführung eines Studienganges Lebensmittelwirtschaft an der Hochschule Bremerhaven am 5. März 2001.

Dürig, W., Die Datenbasis der Handwerksforschung des RWI. Vortrag vor einer Delegation von Statistikern und empirischen Wirtschaftsforschern aus der VR China am 9. Mai 2001 im RWI.

Dürig, W., Datenverfügbarkeit und Datenqualität im Handwerk. Vortrag anlässlich der Tagung des Betriebswirtschaftlichen Arbeitskreises des Verbandes Deutscher Zahntechniker Innungen am 4. Oktober 2001 in Dreieich.

Lageman, B., Die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen: Stärken, Schwächen, Handlungsbedarfe. Referat auf der zweiten Sitzung der Enquête-Kommission 3/2 „Wirtschaftsförderung in Thüringen“ des Thüringer Landtags am 1. Februar 2001 in Erfurt.

Lageman, B., Die Gründungssituation in Deutschland. Vortrag auf der Konferenz „Neue Herausforderungen für die Finanzierung von Handwerk und Mittelstand“ im Rahmen der Mitteldeutschen Handwerksmesse am 26. Februar 2001 in Leipzig.

Lageman, B., Podiumsdiskussion anlässlich des DtA-Forums „Wirtschaftsfaktor Unternehmerin“ am 19. September 2001 in Berlin.

Lageman, B., KMU-Forschung in Deutschland und im RWI: Konzeptionelle Ansätze, Datenbasis und Methoden. Vortrag vor einer Delegation von Statistikern und empirischen Wirtschaftsforschern aus der VR China am 9. Mai 2001 im RWI.

Welter, F., Anforderungen an die Projektplanung und Nachhaltigkeit in der Projektarbeit. Kurzvorträge auf dem Kammertag der Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung (SEQUA) beim DIHK am 8. Februar in Bonn.

Welter, F., Nascent Entrepreneurship in Germany. Entrepreneurship Research Seminar, INSEAD, Fountainebleau, May, 30, 2001.

Welter, F., Who wants to grow? Growth intentions and growth profiles of (nascent) entrepreneurs in Germany. Paper presented to the Babson College-Kauffman Foundation Entrepreneurship Research Conference, June 13-16, 2001 Jönköping.

Welter, F., Mittelstandsförderung in Deutschland – Überblick, neue Trends, kritische Anmerkungen“, Japanisch-Deutsches Internationales Symposium „Innovative Förderungskonzepte für den Mittelstand“ am 21. September 2001 im Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB).

Welter, F., Neue Informationstechnologien und Wandel der betrieblichen Strukturen – Renaissance der KMU? Vortrag auf dem „Roundtable Mittelstand“ am 18. Oktober 2001 in Bonn.

Welter, F., Paneldiskussion zu „Business Development Services als neuer Ansatz zur KMU-Förderung“, auf der Fachkonferenz „Neue Ansätze der Privatsektorförderung in der internationalen Zusammenarbeit“, am 13. November 2001 in Berlin.

Welter, F., Entrepreneurship and Enterprise Strategies in Transition Economies: An Institutional Perspective. – Would-be Entrepreneurship in Germany. Zwei Vorträge bei RENT XV, November 22-23, 2001 in Turku.

2001 abgeschlossene Gutachten/Projekte

Mittelstandsbericht Thüringen 2000

Optionen für die projektbezogene Technologieförderung in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund nationaler und internationaler Erfahrungen

Das handwerkliche Gründungsgeschehen im Spiegel der Handwerksrolle des Kammerbezirks Düsseldorf

Noch nicht abgeschlossene Gutachten/Projekte

Wirkungsbewertung nationaler Politiken im Zusammenhang mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie

Female Entrepreneurship in Transition Economies: the example of Ukraine, Moldova and Uzbekistan

Unternehmerisches Handeln und Vertrauen - Struktur und Genese wirtschaftlicher Transaktionsmuster in „Low-trust“- und „High-trust-Milieus“ Ost- und Westeuropas

Innovation, Small and Medium Enterprises and Economic Development in Ukraine and Belarus

Gründerinnen in Deutschland: Potenziale und das institutionelle Umfeld

The Nascent Entrepreneur – Planungs- und Entscheidungsprozesse in der Vorphase von Gründungen

Strategie, KMU und Umfeld – Handlungsmuster und Strategiegeneese in kleinen und mittleren Unternehmen

Sachverständigentätigkeit in parlamentarischen Gremien

Lageman, B., Mitglied der Enquête-Kommission 3/2 „Wirtschaftsförderung in Thüringen“ des Thüringer Landtags als Sachverständiger

Mitarbeit in wissenschaftlichen Gremien

Dürig, W., Arbeitskreis „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Lageman, B., Arbeitskreis „Regionalpolitik“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Lageman, B., Arbeitskreis „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Lageman, B., Entrepreneurial Research Consortium (ERC)

Lageman, B., „Roundtable Mittelstand“ (Leitung des Gesprächskreises von Mittelstandsexperten aus Wissenschaft und Praxis)

Lageman, B., Arbeitskreis „Handwerk und Wissenschaft“ des Nordrhein-Westfälischen Handwerkskammertages

Lageman, B., Projektbeirat des von der EU geförderten „Kompetenzzentrums Oberhausen“

Trettin, L., VGDH – Verband der Geographen an Deutschen Hochschulen in der DGfG – Deutschen Gesellschaft für Geographie

Trettin, L., Arbeitskreis Industriegeographie des VGDH

Welter, F., Academy of Management

Welter, F., Arbeitsgemeinschaft „Aktivierung endogener Potentiale in Nordrhein-Westfalens Regionen durch Existenzgründungen“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Welter, F., Entrepreneurial Research Consortium (ERC)

Welter, F., European Association for Comparative Economic Studies (EACES)

Welter, F., International Council of Small Business (ICSB)/European Council of Small Business (ECSB)

Kooperationspartner

Prof. D. Smallbone, Centre for Enterprise and Economic Development Research (CEEDR) an der Middlesex University Business School in Hendon, London

Dr. Elena Aculai, Institute of Economics, Moldovan Ministry of Economy / Moldovan Academy of Sciences, Kishinev, Moldawien

Dr. habil Alexander Chepurenko, Russian Independent Institute for Social and Nationalities Problems, Centre for Private and Small Entrepreneurship, Moskau

Prof. Dr. Hans-Hermann Höhmann, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Dr. Nina Isakova und Dr. Igor Egorov, STEPS Centre, National Academy of Sciences, Kiew, Ukraine

Dr. René Leicht, ifm – Institut für Mittelstandsforschung, Mannheim

Dr. Gabi Dei Ottati, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Florenz

Prof. Dr. Paul Reynolds, Babson-College Boston und London Business School

Dr. Natalja Schakirova, Tadbirkor Ayol, Taschkent, Usbekistan

Prof. Dr. Klaus Semlinger, FHTW, Berlin

Dr. Anton Slonimski, National Academy of Sciences, Minsk, Weißrussland

Prof. Dr. Rolf Sternberg, Wirtschafts- und sozialgeographisches Institut, Universität Köln

Prof. Dr. Urve Venesaar, Estnische Akademie der Wissenschaften, Tallinn

Beteiligung an der Hochschullehre

Welter, F., Unternehmerisches Handeln in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – Ein Praxisseminar. Sommersemester 2001, Lehrauftrag und Lehrveranstaltung an der Universität Lüneburg

Welter, F., Unternehmensgründungen – Theoretische und praktische Aspekte. Wintersemester 2001/2002, Lehrauftrag und Lehrveranstaltung an der Universität Lüneburg

Betreute Gastwissenschaftler

Wirtschaftsgeographische Exkursion von Prof. Dr. Schmude, Universität Regensburg (15 Teilnehmer)

Olga Krasovskaya und Alexander Lugovyi, STEPS, Akademie der Wissenschaften, Kiew, Ukraine

Forschergruppe des „China Economic Information Network“ (10 Teilnehmer)

Öffentliche Finanzen und Steuern

Konjunkturelle Implikationen der Finanzpolitik

Im Zuge der laufenden Konjunkturforschung hat die Gruppe die gesamt- und finanzwirtschaftlichen Wirkungen der Konsolidierungspolitik sowie die Möglichkeiten und Grenzen konjunkturstützender Maßnahmen analysiert. Es wurde insbesondere dargelegt, dass der von der Bundesregierung zugesagte forcierte Konsolidierungskurs zwar das Risiko einer Überschreitung der Defizitobergrenze erheblich verringert, er aber – zumindest kurzfristig – mit spürbaren Wachstums- und Beschäftigungseinbußen verbunden ist. Gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen würde eine stärkere Ausweitung zukunftsträgiger Ausgaben in Sach- und Humankapital eher Rechnung getragen, zumal nach den erheblichen Investitionskürzungen der neunziger Jahre in wichtigen Infrastrukturbereichen zunehmend Engpässe auftreten, die die Wachstumsperspektiven beeinträchtigen.

Ob die Bundesregierung ihre Zusage, bereits im Jahr 2004 einen nahezu ausgeglichenen Gesamthaushalt vorzulegen, tatsächlich einhalten kann, ist indes fraglich. Wird im Rahmen einer wachstumsorientierten Konsolidierungsstrategie auf weitere Abgabenerhöhungen verzichtet, ist dies nur dann erreichbar, wenn im Aufschwung auf allen Haushaltsebenen strengste Ausgabendisziplin gewahrt wird und wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion in der mittleren Frist um durchschnittlich $2\frac{1}{2}$ vH oder mehr wächst. Mit Blick auf die in den neunziger Jahren realisierten Zuwächse – das Trendwachstum lag deutlich unter 2 vH – ist es unsicher, ob die Wirtschaft auf den erwarteten Wachstumspfad von $2\frac{1}{2}$ vH einschwenkt. Die angestrebte Begrenzung des Anstiegs der Staatsausgaben auf knapp 2 vH je Jahr erscheint jedenfalls äußerst ehrgeizig, denn die Einsparbemühungen müssten verglichen mit der Konsolidierungsphase von 1995 bis 2000 nochmals intensiviert werden.

Mit ihren Konsolidierungszusagen hat sich die Bundesregierung selbst in eine Zwickmühle gebracht. Hieraus kann sie sich nur befreien, indem sie Voraussetzungen dafür schafft, dass sich die Haushaltslage nach der konjunkturbedingten Anspannung dank höheren Wachstums und intensiverer Konsolidierungsanstrengungen nachhaltig verbessert; dabei ist es erforderlich, den investiven Ausgaben, die die Wachstumskräfte stärken, eine höhere Priorität einzuräumen und die Einsparungen auf die konsumtiven Ausgaben zu beschränken. Die Glaubwürdigkeit dieser Politik könnte durch eine verbindliche Begrenzung des Ausgabenanstiegs gesichert werden; immerhin würde damit der Abbau des strukturellen Defizits in mittlerer Sicht gesetzlich verankert. Der Staat würde so erstmals verpflichtet, auch bei anziehender Konjunktur, wenn sich die Haushaltslage auf Grund konjunktur-

bedingter Mehreinnahmen und arbeitsmarktbedingter Minderausgaben bessert, auf Sparkurs zu bleiben.

Steuerschätzung

In Anknüpfung an methodische Schwerpunkte des langfristigen Forschungsplans wurde die Treffsicherheit der Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, zu dem seit langem auch das Institut gehört, analysiert und aufgezeigt, dass den Schätzungen eine hohe Prognosegenauigkeit attestiert werden kann; dies gilt unbeschadet der Tatsache, dass sich diese Mitte der neunziger Jahre zeitweise verschlechtert hat. Letzteres ist indes nicht nur dem Arbeitskreis anzulasten, denn seine Schätzungen sind grundsätzlich bedingte Prognosen, die neben den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben der Bundesregierung i.d.R. die Berechnungen des Bundesministerium der Finanzen zu den Steuerrechtsänderungen zugrundelegen. Die Schätzfehler resultieren zum Teil aus der Überschätzung des Wirtschaftswachstums, in stärkerem Maße sind sie in der fehlerbehafteten Quantifizierung der in den neunziger Jahren in immer rascherer Folge vorgenommenen Steuerrechtsänderungen, in der unzureichenden Kenntnis steuertechnischer Sonderentwicklungen sowie – z. T. daraus abgeleitet – in falschen Annahmen über Steuerelastizitäten begründet. Aufgrund der Interdependenzen zwischen diesen Faktoren sowie mangels exakter Berechnungen der Steuerrechtsänderungen und nicht ausreichend aufbereiteter Steuerstatistiken lassen sich die Fehler zwar nicht eindeutig zuordnen, doch zeigt die Analyse, dass aufkommensmindernde Faktoren bei den Veranlagungssteuern, insbesondere die starke Inanspruchnahme der Investitionsförderung in Ostdeutschland sowie die Verrechnung von Verlustvorträgen, deutlich unterschätzt wurden. Diese Sondereinflüsse sind inzwischen entfallen.

Angesichts der genannten Defizite lässt sich das Steueraufkommen grundsätzlich nur innerhalb gewisser Fehlermargen prognostizieren; so resultieren z.B. aus der komplizierten, zu Beginn des Jahres 2001 in Kraft getretenen Reform der Unternehmensbesteuerung Prognoserisiken. Gleichwohl dürfte sich die Treffsicherheit der Prognosen insofern erhöhen, als das Tempo der Steuerrechtsänderungen voraussichtlich nachlassen wird und das Steuersystem nach dem Auslaufen der steuerlichen Ostförderung wieder in stärkerem Maße auf seine primäre Funktion, die allgemeine Haushaltsfinanzierung, beschränkt wird. Ungeachtet dieser Beurteilung sind aber weitere Verbesserungen angezeigt, insbesondere mit Zielrichtung auf eine zeitnähere, hinreichend disaggregierte Datenbasis.

Verteilungswirkungen des Steuersystems

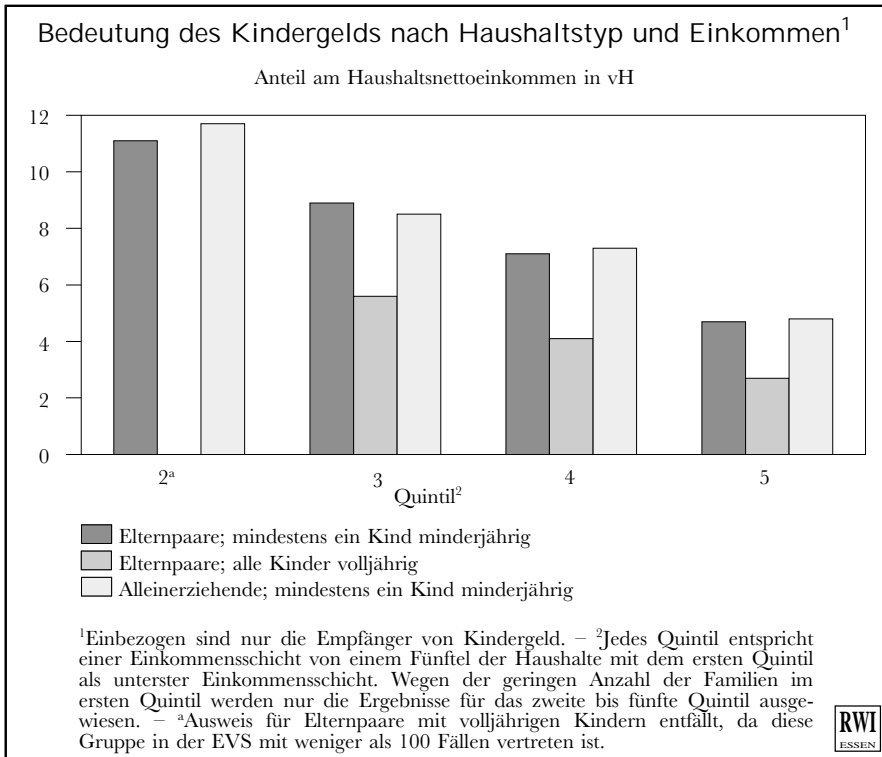
Mit Blick auf Verteilungsaspekte hat die Forschungsgruppe die Redistributionseffekte der drei wesentlichen Komponenten der Besteuerung der privaten Haushalte untersucht: die persönliche Einkommensteuer, die Mehrwertsteuer und die Kfz-bezogenen Steuern (Kfz-Steuern und Mineralölsteuern auf Kraftstoffe). Datenbasis waren die seit Mitte bzw. Ende der neunziger Jahre als *Scientific-Use-Files* zugänglichen haushaltsbezogenen Datensätze der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) 1993 und 1998 sowie das Sozio-ökonomische Panel (SOEP). Dabei wurden Einkommensschichten, Haushaltstypen und Erwerbsstatus unterschieden.

Die persönliche Einkommensteuer hat einen überraschend geringer Umverteilungseffekt: Der Unterschied der Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung vor und nach Steuern macht gerade 7 vH aus. Daran gemessen würde eine Einkommensteuer mit einem Einheitssatz (*flat-rate*) von 17 vH die gleiche Umverteilung bewirken wie die derzeit bestehende.

In Bezug auf den Zusammenhang zwischen Einkommensteuerbelastung und Höhe des Einkommens, Haushaltstyp und der sozialen Gruppe werden gegenwärtig in der Öffentlichkeit drei Themen kontrovers diskutiert: die Besteuerung von Ehepaaren, der Familienleistungsausgleich und die Besteuerung von Alterseinkommen. Gegen das gegenwärtige Ehegattensplitting wird eingewendet, dass es die Ehe an sich und weniger die Erziehungsleistungen der Eltern honoriere. Während formal gesehen durch die Einführung einer individuellen Besteuerung der Ehepartner ein Betrag in der Größenordnung von 20 bis 25 Mrd. € frei würde und gezielt zur Entlastung der Familien eingesetzt werden könnte, verbleibt bei Berücksichtigung der verfassungsmäßig erforderlichen Freistellung des gemeinsamen Existenzminimums der Ehepartner lediglich ein Betrag von 7,5 Mrd. €. Bei Umsetzung gemäßigerer Vorschläge wie des so genannten Realsplitting läge der für die direkte Förderung der Familien frei werdende Betrag sogar nur in einer Größenordnung um 2 bis 3 Mrd. €, der noch deutlich reduziert würde, wenn älteren Ehepaaren, insbesondere denen, die Kinder großgezogen haben, weiterhin das Splitting eingeräumt würde. Insgesamt zeigt die Auswertung, dass bei Einführung der Individualbesteuerung eine begrenzte Umverteilung im Wesentlichen von einkommensstarken zu -schwachen Familien stattfände, aber kaum die beabsichtigte Umverteilung von den kinderlosen Haushalten zu den Familien.

Der wesentliche Teil des Familienleistungsausgleichs erfolgt über das einkommensunabhängige Kindergeld. Über alle Haushalte betrachtet wirkt es zwar verteilungsneutral, da das Vorhandensein von Kindern mit der Höhe des Einkommens des Haushalts positiv korreliert ist, doch innerhalb der Familien ist das es deutlich einkommensangleichend, da die relative Entlastung mit steigendem Einkommen zurückgeht.

Die derzeit praktizierte Besteuerung von Alterseinkünften aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) wird kritisiert, weil sie das Korrespondenzprinzip der Einkommensbesteuerung verletze, nach dem im Zeitablauf beim Einzelnen entweder die Beiträge oder die Renten als Einkommensbestandteile der Besteuerung zu unterwerfen seien. Durchschnittlich wird aber nur etwa ein Achtel der gesamten (von Arbeitnehmern und Arbeitgebern) in die GRV eingezahlten Beiträge einkommensteuerlich belastet, und die ausgezahlten Renten werden praktisch nicht besteuert. Die Verletzung des Korrespondenzprinzips könnte vermieden werden, wenn ein nachgelagertes Besteuerungsverfahren angewendet würde, in dem die Beiträge komplett von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgezogen und die ausgezahlten Renten in vollem Umfang besteuert würden. Ein solches Verfahren hätte 1998 die Steuereinnahmen aufgrund der Freistellung der Beiträge um rund 24 Mrd. € reduziert und aufgrund der Besteuerung der Renten um 14 Mrd. € erhöht. Dabei wäre die Steuerbelastung der Rentner z.T. deutlich höher, die der Er-



werbstätigen spürbar geringer ausgefallen. Erzielte zum Beispiel ein verheiratetes Rentnerpaar ein Einkommen aus der GRV in Höhe von knapp 17 000 € im Jahr, würde eine volle Besteuerung der Rente ihr Nettoeinkommen gegenüber der geltenden Regelung um knapp 6 vH (85 € p.M.) reduzieren. Umgekehrt würde ein berufstätiges Ehepaar mit Durchschnittseinkommen und mit 2 Kindern um etwa 5 vH seines Nettoeinkommens bzw. um 125 € p.M. entlastet.

Ähnlich wie im Fall der Einkommensteuer bestehen auch hinsichtlich der Mehrwertsteuer in der Öffentlichkeit überzogene Vorstellungen über deren Umverteilungswirkungen. Nach den Untersuchungen kompensiert ihre nur leichte Regressivität in Gestalt eines Umverteilungseffekts von 3 vH, der nicht zuletzt durch den ermäßigten Satz auf Lebensmittel und die Freistellung von Wohnmieten begrenzt wird, etwa die Hälfte der Progressionswirkung der Einkommensteuer (7 vH s.o.).

Die die Kfz-bezogenen Steuern wirken insgesamt regressiv. Erwartungsgemäß sind Eigentümer von Pkw deutlich stärker belastet als Haushalte ohne. Immerhin überrascht es, dass Pkw-Eigner im untersten Zehntel der Einkommensverteilung im Durchschnitt rund 7,5 vH ihres Nettoeinkommens für diese Steuern aufwenden, während dieser Anteil für den Durchschnitt aller Haushalte bei 3 vH liegt.

In zeitlicher Perspektive lassen sich seit der deutschen Einigung drei Tendenzen bei der Verteilung der Steuerbelastung erkennen:

- die Verschiebung der Steuerlast von den direkten zu den indirekten Steuern, wie sie nicht zuletzt in der Rückführung des Spitzensteuersatzes von derzeit 53 vH auf 42 vH im Jahr 2005 sichtbar wird;
- die Verstärkung der Förderung der Familien und
- das Aufkommen „grüner“ Steuern.

Allerdings zeigt sich, dass Änderungen in den Verteilungswirkungen des Steuersystems zwischen 1993 und 1998 verglichen mit dem Einfluss der durch die Marktbedingungen ausgelösten Entwicklungen auf die Einkommensverteilung vernachlässigbar waren.

Tax Compliance Cost

Im Gegensatz zu den Verteilungswirkungen des Steuersystems interessieren sich Wissenschaft und Steuerpolitik bislang kaum für seine Transaktionskosten. Insbesondere werden die Wechselwirkungen vernachlässigt, die zwischen Steuerpolitik, -verwaltung und dem Verhalten der Steuerpflichtigen bestehen und zu erheblichen Kosten führen können. Inwieweit das kodifizierte Steuersystem mit dem praktizierten übereinstimmt, hängt nämlich wesentlich von der Leistungsfähigkeit der Verwaltung und der Befolgung durch die *Zensiten* (*compliance*) ab.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Steuerreformen wurde ein längerfristiges Forschungsprojekt fortgeführt, das die Effizienz und Effektivität der Steuererhebung untersucht. Die Effizienz wird daran gemessen, inwieweit die Transaktionskosten der Besteuerung – bei gegebenem Aufkommen – gering gehalten werden können. Ein Urteil hierüber setzt neben der Quantifizierung der Transaktionskosten eine Analyse ihrer Bestimmungsgründe voraus. Maßstab für die Effektivität ist die Ausschöpfung des Einnahmepotenzials unter den gegebenen steuerlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedingungen. Im Einzelnen geht es hier darum, die „Aufkommenslücke“ zu schätzen und Maßnahmen zu ihrem Abbau zu diskutieren.

Demographischer Wandel

Die Analyse der finanz- und gesamtwirtschaftlichen Folgen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bilden einen langfristigen Schwerpunkt der Arbeiten der Forschungsgruppe. Im Einzelnen wurden Notwendigkeit und Kosten der Zuwanderung, die demographische Transition Ostdeutschlands sowie föderale Aspekte des demographischen Wandels thematisiert.

Angesichts der aus der Bevölkerungsentwicklung resultierenden Arbeitsmarkt-„Erfordernisse“ auf der einen Seite und der EU-Erweiterung auf der anderen wurden die Implikationen einer verstärkten Zuwanderungssteuerung und -begrenzung untersucht. Dabei wurde deutlich, dass die vorliegenden Szenarien von 100 000 bis 300 000 Immigranten p.a. vielfach isolierte, mehr oder weniger realistische Setzungen unter mehr oder weniger plausiblen Annahmen darstellen. Dies gilt auch für empirische Abschätzungen zum (Netto-) Migrationspotenzial bei Arbeitnehmerfreizügigkeit im Zuge der EU-Osterweiterung. Ungeklärt ist ihre Kompatibilität

mit der ökonomisch-gesellschaftlichen Sphäre; insbesondere sind langfristig Wachstumsniveau und -struktur der Volkswirtschaft und damit auch die Arbeitskräftenachfrage unbestimmt. Zusätzlich sind die empirischen Schwierigkeiten bei der Prognostizierbarkeit schon von kurz- und erst recht von längerfristigen Arbeitsmarktentwicklungen zu berücksichtigen; denn *es ist offen, ob zukünftig mehr Gartenarchitekten oder Gärtner gebraucht werden* (Krugman).

Fragen und Probleme ergeben sich auch aufgrund von Alternativen zur arbeitsmarktgesteuerten Zuwanderung und den möglichen Optionen zu deren Umsetzung. Bedarfe resultieren aus dem demographischen Rückgang des heimischen Arbeitskräfteangebotes nicht zwangsläufig: z.B. sind 200 000 aus dem Ausland zuwandernde Arbeitskräfte, wie sie in Bevölkerungsprojektionen angenommen werden, rechnerisch äquivalent mit der Verlängerung der Arbeitszeit der Inländer um acht Stunden im Jahr oder mit der Verringerung des Urlaubs um einen Tag. Alternativen zur Immigration wären auch eine Erhöhung der Produktivität der Erwerbstätigen oder ein Anstieg der Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen. Inwieweit diese für sich genommen oder in Kombination miteinander überhaupt und in welcher Frist realistischerweise zu Gebote stehen und welche Rückwirkung z.B. eine verstärkte Frauenerwerbstätigkeit auf die Geburtenrate hätte, wurde bislang kaum angesprochen bzw. diskutiert.

Die Arbeitsmarktforschung geht von einem rechnerischen Arbeitsmarktausgleich zwischen 2008 und 2015 aus; Wachstumsbeschleunigung verkürzte die Zeit bis dahin noch um einige Jahre. Bei erhöhter Erwerbsquote erfolgt der Ausgleich später; dies gilt auch bei einem schwächeren Wirtschaftswachstum. Früher oder später erscheint insoweit eine Arbeitsmigration erforderlich; allerdings ist zumindest in diesem Jahrzehnt eine Kontingentierung notwendig, wenn auch die in der Öffentlichkeit bestehenden Vorstellungen von 10 000 bis zu 20 000 Arbeitskräften entschieden zu gering erscheinen.

Insgesamt sind freilich die Probleme insofern beherrschbar, als sie sich vor allem in den nächsten acht bis zehn Jahren stellen – einem Zeitraum, in dem bis zur Gewährung der vollen Freizügigkeit für die EU-Beitrittsländer Übergangsregeln greifen dürften. Kurz: Zuwanderungssteuerung ist unter den gemachten Annahmen nötig – Kontingentierung eines wesentlichen Teils der Migration in einer Übergangsphase bis etwa 2010 möglich.

Die diskutierten Steuerungskriterien, z.B. Alter, schulische und berufliche Qualifikation, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse, zielen grundsätzlich auf eine möglichst rasche und dauerhafte Integration gut ausgebildeter Zuwanderer in den Arbeitsmarkt, was zwangsläufig den Abschied vom Rotationsprinzip bedeutet und aufgrund der erheblichen Integrationsdefizite der schon ansässigen Immigranten und ihrer Kinder in den Arbeitsmarkt bzw. in das Bildungs- und Ausbildungssystem nahe liegt; dies unterstreichen auch die vorgeschlagenen Gewichtungen der Kriterien.

Die Erfahrungen in Ländern mit explizit arbeitsmarktgesteuerter Zuwanderung wie den Vereinigten Staaten – die auch auf einem vom Institut organisierten Work-

shop präsentiert und diskutiert wurden – zeigen indes erhebliche Schwierigkeiten mit einem derartigen kriterienbasierten Zuwanderungsregime. Alle Kriterien sind nach den jeweiligen Interessenlagen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer manipulierbar. Es besteht so seit langem eine erhebliche Diskrepanz zwischen den formalen Kriterien und den effektiven Arbeitsmarkterfordernissen, nach denen schließlich die Unternehmen die etwaigen Zuwanderer einstellen.

Als Fazit dieser Arbeiten ist festzuhalten, dass Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich ist, wenn auch stärker arbeitsmarktpolitische Alternativen und Optionen in Bezug auf das heimische Potenzial berücksichtigt werden sollten. Eine Feinsteuerung der arbeitsmarktspezifischen Zuwanderung ist abzulehnen, die Politik sollte nicht über eine Rahmensteuerung hinaus reichen.

Im demographischen Wandel verändern sich Lebenserwartung bzw. Sterblichkeit in der Bevölkerung und damit auch die Anforderungen an das Gesundheitswesen. Die Forschungsgruppe untersuchte diese Zusammenhänge für die alten und neuen Bundesländer, die durch erhebliche Unterschiede und Brüche gekennzeichnet ist.

Nach einem bemerkenswerten Nachhol- und Überholprozess der DDR gegenüber der Bundesrepublik bei der Lebenserwartung der männlichen und weiblichen Bevölkerung zwischen 1950 und 1970 veränderten sich die Relationen bis zur deutschen Einigung wieder erheblich zu Ungunsten der ostdeutschen Bevölkerung. 1990 betrug die Lebenserwartung ostdeutscher Männer 70 Jahre (gegenüber 72,5 bei westdeutschen) und die ostdeutscher Frauen 76,2 Jahre (79). Im Zuge des Aus- und Aufbaus der Gesundheitsversorgung in Ostdeutschland konnte die Sterblichkeit in der dortigen Bevölkerung wieder gesenkt und die Lebenserwartung erhöht werden. So hat sich die Differenz der Lebenserwartungen deutlich verringert, obwohl nach der Vereinigung zunächst ein erheblicher Anstieg der Sterblichkeit in Ostdeutschland zu beobachten war. Die Zunahme ist maßgeblich auf die verringerte Mortalität hochbetagter Menschen zurückzuführen. In der früheren DDR noch besonders von Defiziten in der Gesundheitsversorgung betroffen, konnte dieser Personenkreis am stärksten vom Versorgungsausbau profitieren.

Die demographischen Veränderungen hatten erwartungsgemäß merklichen Einfluss auf die Gesundheitsausgaben. So ist z.B. der Anteil der über 60-jährigen von 1991 bis 1998 um 3,2 vH-Punkte auf 22,5 vH gestiegen, was – für sich genommen – zu um mehr als 6 vH höheren Leistungsausgaben geführt und die ohnehin defizitäre Finanzsituation noch verschärft hat. In Westdeutschland wuchs der Anteil im gleichen Zeitraum lediglich um 1,7 vH-Punkte auf 22,4 vH. Nach den vorliegenden amtlichen Bevölkerungsvorausrechnungen ist für die absehbare Zukunft davon auszugehen, dass die Bevölkerung in Ostdeutschland schneller altern wird und der Anteil älterer Menschen stärker zunimmt als in Westdeutschland. Die Ausgaben der GKV werden allein dadurch bis 2005 um etwa 850 Mill. DM bzw. rund 2 vH stärker ansteigen als die in Westdeutschland, so dass sich die Ungleichgewichte zwischen Einnahmen und Ausgaben noch verstärken. Längerfristig werden indes die Unterschiede wieder abgebaut, wenn sich die Altersstrukturen angleichen, wie die Vorausrechnungen unterstellen.

Die Haushalte der Gebietskörperschaften (Bund, Ländern und Gemeinden) werden vom demographischen Wandel in unterschiedlicher Weise betroffen. Die jeweiligen Konsequenzen hängen vor allem von der konkreten Ausgestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab (vertikale Perspektive). Die Bevölkerungsentwicklung verläuft zudem räumlich selektiv und bewirkt damit fiskalische Disparitäten auf Länder- und Gemeindeebene (horizontale Perspektive). Der demographische Wandel wird das Steueraufkommen schrumpfender und alternder Gemeinden ungünstig beeinflussen, zum einen wegen der regionalen Nachfrageausfälle, zum anderen wegen der relativ geringeren „Einkommensteuerproduktivität“ einer alternden Bevölkerung. Dieser Einnahmeschwäche stehen aber keine entsprechenden Minderausgaben durch den Abbau kommunaler Leistungen gegenüber, denn ein Rückbau öffentlicher Infrastruktureinrichtungen ist nur sehr langsam und mit erheblichen Transaktionskosten zu bewältigen. Im Falle von Netzinfrastrukturen (z.B. Straßen, Kanalisation) muss die Dichte trotz sinkender Nutzung i.d.R. aufrecht erhalten werden. Demgegenüber kostet die Umnutzung von Punktinfrastrukturen (z.B. Schulen, Jugendzentren, Sportplätze) Zeit und Geld. Hinzu kommen neue Anforderungen an die kommunalen Haushalte, die u.a. aus der Alterung der Bevölkerung (z.B. steigende Hilfen zur Pflege), verbesserter Standards (z.B. Ganztagsbetreuung von Kindern) oder der Notwendigkeit einer wirksamen Integrationspolitik resultieren können. Es zeichnet sich damit ab, dass die divergierende Bevölkerungsentwicklung fiskalische Disparitäten auf Länder- und Gemeindeebene tendenziell verschärft und neue erzeugt. Es bleibt zu untersuchen, inwieweit ein Ausgleich durch die bestehenden Mechanismen – Länderfinanzausgleich (LFA) und kommunaler Finanzausgleich – möglich ist und welche finanz- und gesamtwirtschaftlichen Implikationen sich aus den mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben und dem Maßstäbengesetz reduzierten Ausgleichsintensitäten dieser Systeme in Zukunft ergeben.

Länderfinanzausgleich und Einwohnerwertungen

Die Forschungsgruppe setzte sich auch im Jahr 2001 unter Allokationsaspekten mit Fragen des LFA auseinander. Die Ergebnisse wurden nicht nur in die Anhörung des Sonderausschusses des Deutschen Bundestages zum Maßstäbe- bzw. Finanzausgleichsgesetz eingebracht, sondern fanden ihren Niederschlag auch in weiteren Veröffentlichungen. Ein Schwerpunkt bildete dabei die Frage, inwieweit die in den einzelnen Regelungen unterstellten Mehrbedarfe auf kommunaler und Länderebene (Stadtstaaten) empirisch belegt und quantifiziert werden können.

Die strukturellen Besonderheiten der Stadtstaaten führen dazu, dass ohne Einwohnergewichtung ihre Finanzkraft im LFA überzeichnet würde, da sich in den Flächenstaaten ein Nivellierungseffekt durch die Existenz verdichteter, eher aufkommensergiebiger und weniger verdichteter, eher aufkommensschwacher Gebiete ergibt. Ihre Quantifizierung kann deshalb nur auf der Basis eines finanzkraftorientierten Ansatzes erfolgen, der keine Bedarfelemente berücksichtigt.

Ein indirekter Finanzkraftvergleich fiktiver Stadtstaaten (Hannover, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Köln, Stuttgart und München) mit den westdeutschen Flächenländern (ohne Vergleichsstädte) ergab, dass ein Gewichtungsfaktor von 1,36 (1992) bis

1,43 (1995) angemessen wäre. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass der bisherige Gewichtungsfaktor von 1,35 nicht willkürlich bestimmt ist, sondern die strukturell bedingten Finanzkraftunterschiede zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern angemessen repräsentiert. Ein Vergleich von 1992 und 1995 zeigte aber auch, dass sich die sozioökonomischen Grundlagen für die Einwohnergewichtung auch relativ kurzfristig durchaus ändern können. Demographische, wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklungen beeinflussen das Ergebnis. Aktuell ist etwa zu fragen, welche Auswirkungen die Maßnahmen im Rahmen der Steuerreform 2000 auf die Finanzkraftunterschiede haben könnten.

Pflege und Erweiterung von Datenbanken

Zu den laufend aktualisierten Datenbanken für die konjunkturelle Beobachtung und die Beurteilung der öffentlichen Finanzen treten zunehmend Pools für die Flächenländer sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände, vor allem Nordrhein-Westfalens, auch unter demographischen Aspekten. Sie werden jeweils mit Hilfe von Angaben aus der Finanzstatistik ergänzt und erweitert und erfassen neben den finanzwirtschaftlichen Daten auch Angaben zu den sozioökonomischen Rahmenbedingungen (u.a. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Siedlungsstruktur). Unter dem Eindruck des Einbruchs der öffentlichen Investitionstätigkeit werden Daten zur Infrastrukturausstattung einbezogen. Die Datenbanken werden auch um sozioökonomische Indikatoren (Sozialstruktur, Finanzwirtschaft, Arbeitsmarkt usw.) ergänzt. Darüber hinaus werden die Datengrundlagen auf dem Gebiet der Steuer-Transfer- und Verteilungsanalysen durch die Beschaffung und Auswertung aktueller Angaben, wie der EVS und des SOEP, ausgebaut. Es ist angestrebt, im nächsten Schritt auch entsprechende amtliche Angebote für Mikrodaten aus Steuerstatistiken heranzuziehen.

Veröffentlichungen

Arbeitsgruppe Konjunktur (2001), Rezession bald überwunden. RWI-Konjunkturbrief 2/2001. RWI, Essen.

Budde, R. S. Gehle, H.D. von Loeffelholz, W. Moos und H. Schrupf (2001), Die landes- und regionalpolitische Bedeutung des Flughafens Düsseldorf. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 4. RWI, Essen.

Gebhardt, H. (2001), *Finanzpolitik* (Aktualisierung). Studienwerk der Bankakademie, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Bankakademie, Frankfurt a.M.

Gebhardt, H. (2001), Haushaltspolitik. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 2001*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus, erscheint demnächst.

Gebhardt, H. (2001), Methoden, Probleme und Ergebnisse der Steuerschätzung. *RWI-Mitteilungen* 52 (1): 127–147.

Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz und K. Sieveking (2002). Arbeitsmarktgesteuerte Zuwanderung – Szenarien der Zuwanderung sowie rechtliche und institutionelle Aspekte ihrer Steuerung. Schriftenreihe des RWI 68. Berlin: Duncker & Humblot, erscheint demnächst.

Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz und K. Sieveking (2001). Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung. *Wirtschaftsdienst* 81 (7): 380–389.

- Hernold P., (2001), Gesundheitsversorgung in den neuen Bundesländern: Anhaltende Finanzierungsprobleme und struktureller Reformbedarf. *RWI-Mitteilungen* 52 (3): 149–172.
- Janßen-Timmen, R., H.D. von Loeffelholz und W. Moos (2001), Gesamtwirtschaftliche und sektorale Wirkungen des Eigenheimbaus. RWI-Papiere 72. RWI, Essen.
- Loeffelholz, H.D. von (2001), Perspektiven und Optionen der Vermögensbesteuerung in Deutschland. In A. Truger (Hrsg.), *Rot-Grüne Steuerreformen – Eine Zwischenbilanz*. Marburg: Metropolis, 229–247.
- Loeffelholz, H.D. von (2001), Wirtschaftliche Auswirkungen von Zuwanderungen – Kosten der Nicht-Integration von Migranten. In U. Mehrländer und G. Schultze (Hrsg.), *Einwanderungsland Deutschland – Neue Wege nachhaltiger Integration*. Bonn: Dietz., 92–117.
- Loeffelholz, H.D. von (2001), Isolierte Annahmen. Von der Arbeitsmarktsteuerung der Migration zur Strukturlenkung? – Implikationen einer „neuen“ Zuwanderungspolitik. *Treffpunkt* 2001 (3): 35–37.
- Loeffelholz, H.D. von (2001), Kosten der Nicht-Integration von Migranten. *Beihefte der Konjunkturpolitik* 52: 191–212.
- Loeffelholz, H.D. von und H. Rappen (2002), Wie wird die Finanzkraft im Länderfinanzausgleich gemessen und wie stark sollte sie ausgeglichen werden? Loccumer Protokolle. Erscheint demnächst.
- Loeffelholz, H.D. von und H. Rappen (2002), Einwohnerwertung und Finanzkraft. In M. Junkernheinrich (Hrsg.), *Sonderbedarfe im bundesstaatlichen Finanzausgleich*. Erscheint demnächst.
- Loeffelholz, H.D. von und H. Rappen (2002), Bevölkerungsentwicklung und Kommunale Finanzkrise – Ver- oder Entschärfung durch die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung in Deutschland. In M. Junkernheinrich (Hrsg.), *Bevölkerungsentwicklung, Finanzkrise und Gemeindefinanzreform*. Erscheint demnächst.
- Schäfer-Jäckel, E. et al. (2001), Baldige Überwindung der Konjunkturschwäche. *RWI-Konjunkturberichte* 52 (1): 31–94.
- Schäfer-Jäckel, E. et al. (2001), Vor dem Umschwung? *RWI-Konjunkturberichte* 52 (2): 124–168.

Ausgewählte Vorträge

- Gebhardt, H., Perspektiven und Optionen der deutschen Finanzpolitik. Vortrag an der Fachhochschule Gelsenkirchen am 21. Juni 2001.
- Heilemann, U., Vortrag bei der Sitzung der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ zu Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung von Zuwanderungen am 14. März 2001 in Berlin.
- Heilemann, U., Zuwanderung nach Deutschland – Szenarien und Kriterien aus Arbeitsmarktsicht. Vortrag im Rahmen der Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI am 3. Juli 2001 in Essen.
- Heilemann, U., German migration policy at crossroads. Vortrag am American Institute for Contemporary German Studies am 8. August 2001 in Washington.

Heilemann, U., Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung – Erfordernisse und Grenzen. Vortrag im Rahmen der Podiumsdiskussion Zuwanderer der IHK Ulm am 5. November 2001 in Ulm.

Loeffelholz, H.D. von, Zu den Perspektiven und Optionen der kommunalen Finanzpolitik. Vortrag bei der Konferenz des Deutschen Städtetags am 25. Januar 2001 in Berlin.

Loeffelholz, H.D. von, P. Hernold, Berufliche Integration von ausländischen Zuwanderern. Vortrag bei der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ bei Bundesministerium des Innern am 14. März 2001 in Berlin.

Loeffelholz, H.D. von, Kosten der Nicht-Integration von Zuwanderern. Vortrag bei der 64. Wissenschaftlichen Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute „Migration in Europa“ am 27. April 2001 in Berlin.

Loeffelholz, H.D. von, Vortrag beim öffentlichen Hearing zum Entwurf eines Maßstäbegesetzes (Bundesrats-Drucksache 161/01), veranstaltet vom Sonderausschuss Maßstäbegesetz/Finanzausgleichsgesetz des Deutschen Bundestags am 22. Mai 2001 in Berlin.

Loeffelholz, H.D. von, Ökonomische Implikationen von Migration und Integration ausländischer Einwanderer. Vortrag im Volkswirtschaftlichen Kolloquium der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum am 29. Mai 2001.

Loeffelholz, H.D. von, Wirtschaftswachstum und Sozialpolitik im Spannungsfeld zwischen Demographie und Globalisierung. Vortrag bei der Vertreterversammlung der Versicherungsvertreter der Bundesknappschaft am 23. August 2001 in Berlin.

Loeffelholz, H.D. von, Von der klassischen Arbeitsmigration der alten Bundesrepublik zum neuen Migrationsregime der „Berliner Republik“. Vortrag bei der Tagung „Einwanderungspolitik“ des Landesentrums Zuwanderung Nordrhein-Westfalen am 30. Oktober 2001 in Köln.

Loeffelholz, H.D. von, Wirksamkeit der Eigenheimzulage. Vortrag bei einem Workshop des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen am 31. Oktober 2001 in Düsseldorf.

Loeffelholz, H.D. von, Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung nach Deutschland. Vortrag bei der internationalen Konferenz „Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung - Neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen“, veranstaltet vom RWI und dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) der Johns Hopkins University, Baltimore, MD, and Washington, DC, am 8. November 2001 in Essen.

Loeffelholz, H.D. von, Konsolidierungspolitik: Schulden- und Infrastrukturabbau? Vortrag im Rahmen des 5. Wirtschaftsgesprächs mit den Freunden und Förderern des RWI zum Thema „Bilanz der rot-grünen Bundesregierung und Agenda für die nächste Legislaturperiode“ am 13. November 2001 in Essen.

Loeffelholz, H.D. von, Bevölkerungsentwicklung und kommunale Finanzkrise. Vortrag bei der kommunal-finanzpolitischen Tagung „Bevölkerungsentwicklung, Finanzkrise und Gemeindefinanzreform“, veranstaltet von der Stadt Essen in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. M. Junkernheinrich am 19. November 2001 in Essen.

Loeffelholz, H.D. von, Zuwanderung – Gewinn oder Belastung für unser Land? Vortrag bei der Friedrich Ebert-Stiftung im Rahmen des Bonner Dialogs am 22. November 2001 in Bonn.

2001 abgeschlossene Gutachten/Stellungnahmen

Gemeinschaftsdiagnose

Die Einwohnerwertung der Stadtstaaten – Eine finanzwissenschaftliche Überprüfung des Gewichtungsfaktors

Gesamtwirtschaftliche und sektorale Wirkungen des Eigenheimbaus

Verteilungswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen im konjunkturellen Zusammenhang

New Economy – eine Bestandsaufnahme aus deutscher Sicht

Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit

Empirische Analyse der effektiven Inzidenz des deutschen Steuersystems im Zeitablauf

Demographische Entwicklung im Ruhrgebiet und Kommunal финанzen

Berufliche Integration von Zuwanderern

Stellungnahme zum Entwurf eines Maßstäbegesetzes (Bundesrats-Drucksache 161/01), erstattet dem Sonderausschuss Maßstäbegesetz/Finanzausgleichsgesetz des Deutschen Bundestags zur Anhörung vom 22. Mai 2001 in Berlin

Stellungnahme zur Wirksamkeit der Eigenheimzulage, erstattet zum internen Workshop des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen „Wirksamkeit der Eigenheimzulage“ am 31. Oktober 2001 in Düsseldorf

Noch nicht abgeschlossene Gutachten/Projekte

Gemeinschaftsdiagnose

Compliance Cost des Steuersystems

Mitarbeit im Arbeitskreis Steuerschätzung

Wirkungsbewertung nationaler Politiken im Zusammenhang mit der Europäischen Beschäftigungsinitiative

Kooperationen

Mit dem Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen zu Möglichkeiten und Grenzen von arbeitsmarktgesteuerter Zuwanderung

Mit dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) der Johns Hopkins University, Baltimore and Washington, DC, USA, im Rahmen des u.a. vom German Marshall Fund finanzierten Forschungsprojekts „Managing Immigration for Economic Growth“

Beteiligung an der Hochschullehre

Kambeck, R., Finanzwissenschaftliches Seminar „Finanzpolitik und gesamtwirtschaftliche Stabilisierung“ zusammen mit B. Linscheidt und A. Truger für Prof. Dr. Klaus Mackscheidt

Loeffelholz, H.D. von, Vorlesungen zu „Aktuellen Problemen der Wirtschafts- und Finanzpolitik“ (SS 2001) und zur „Angewandten Wirtschaftsforschung zur Finanz- und Sozialpolitik“ (WS 2001/2002) im Rahmen des Graduiertenkollegs „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Bochum und Dortmund

Betreuung von Gästen (Auswahl)

Delegation der Französischen Botschaft in Berlin anlässlich eines Informationsbesuchs zum Stand und zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen, der Finanz- und der Steuerpolitik in Deutschland am 12. März 2001

Delegation der Föderation der Indischen Handelskammern und Industrieverbände (FICCI) anlässlich eines Informationsbesuchs zum Strukturwandel in Deutschland und zur Entwicklung von Schlüsselbranchen am 28. Mai 2001

Fünftes Wirtschaftsgespräch des RWI zum Thema „Bilanz der rot-grünen Bundesregierung und Agenda für die nächste Legislaturperiode“ am 13. November 2001

Veranstaltung/Beteiligung an Workshops

Strukturpolitische Grundlagen einer beschäftigungsfördernden Makropolitik. RWI-Workshop am 10. November 2000

Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung. Neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen. RWI-Workshop in Zusammenarbeit mit dem AICGS am 8./9. November 2001

Praktikanten und studentische Hilfskräfte

Frau Janina Küter, Universität Essen

Herr Baader, Universität Duisburg

Herr Schüller, Universität Bochum

Herr Zeisberger, University of Bath; Vereinigtes Königreich, und Universität Bremen

Promotionsvorhaben

P. Hernold, Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und öffentliche Ausgabenentwicklung

Summerschool „Arbeit mit ökonomischen Modellen“

Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Essen und der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg vom 17. bis 21. September 2001 zum vierzehnten Mal weitgehend nach den Mustern der Vorjahre durchgeführt. So konzentrierte sich die „Summerschool“ in der praktischen Arbeit auf die technische Bearbeitung des RWI Konjunkturmodells bis hin zu Prognosen und Simulationen für die Gestaltung und Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Der theoretische Teil wurde erneut durch eine Darstellung der Integration des RWI-Konjunkturmodells in den internationalen Modellverbund *Project LINK* sowie durch eine Einführung in die Kointegrationstheorie ergänzt; zu dem zuletzt genannten Thema trug wiederum Prof. Dr. *Jürgen Wolters*, Freie Universität Berlin, vor. Die Teilnehmer stammten aus dem deutschsprachigen Raum und kamen aus Wirtschaft, Verwaltung, unabhängigen Forschungseinrichtungen sowie verstärkt aus Hochschulen (Studenten und Mittelbau); sie konnten einen unmittelbaren Eindruck von der Anwendung ökonomischer Modelle gewinnen und darüber hinaus selbständig Prognosen und Simulationen durchführen.

Die Arbeiten anderer Gruppen

Statistik

Zu den *primären Aufgaben* der Abteilung gehören die Beschaffung und Erfassung von Zahlen sowie die Aktualisierung von Datenbeständen, die überwiegend in relationalen Datenbanken bereit stehen. Ziel ist die Aufbereitung und Berechnung der Werte nach den Anforderungen der Forschungsgruppen, die Ergebnisse überwiegend in Tabellenform und als Arbeitsgrafiken benötigen. Die sorgfältige Aufbewahrung und Dokumentation vorhandener Quellen mit statistischen Informationen soll Datensuchenden in Verbindung mit fachkundiger Beratung das Auffinden nachgefragter Zahlen erleichtern und Datensicherheit gewährleisten.

Die *Schwerpunkte der Arbeiten* bildeten im Jahr 2001 Auswertungen, die aus Stichproben gewonnen wurden. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (Erhebungsjahre 1993 und 1998) des Statistischen Bundesamtes wurden datenbankmäßig aufbereitet und mit Abfragemöglichkeiten für die Bearbeiter ausgestattet. Die Daten des Mikrozensus aus den Erhebungsjahren von 1989 bis 1997, des Sozio-ökonomische Panels (SOEP, DIW) und des Betriebspanells 2000 (IAB) wurden teilweise bereits als SPSS-Anwendung geliefert oder in das Programm eingestellt. Für eine Befragung, die das RWI Ende des Jahres durchführte, wurde eine SPSS-Anwendung zu Analyse Zwecken vorbereitet.

Für die Forschungsgruppe „Öffentliche Finanzen und Steuern“ wurden die Ergebnisse der EVS 1998 in einer Datenbank aufbereitet, um durch Abfragen die „effektive Inzidenz des deutschen Steuersystems“ analysieren zu können. Im Rahmen eines Projekts zur Ermittlung von *tax compliance costs* wurden amtliche Quellen ausgewertet, die Aufschluss über die administrativen Kosten der Steuererhebung und die der Finanzgerichtsbarkeit geben. Nach vorgegebenen Kriterien wurden für eine Umfrage zu den Steuerbefolgungskosten privater Haushalte Adressen nach dem Zufallsprinzip ermittelt und für die Serienbriefverarbeitung vorbereitet. Für das Thema „Berufliche Integration von Zuwanderern“ wurden u. a. Daten aus dem SOEP selektiert. Des Weiteren stellte die Abteilung aus den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose für nordrhein-westfälische Städte und Kreise in Verbindung mit einer Analyse der EVS 98 Informationen mit Blick auf Steuerverpflichtungen der privaten Haushalte nach Altersstruktur zusammen, und für eine Untersuchung des Zusammenhangs von Bevölkerungsentwicklung und Kommunalfinzen im Ruhrgebiet wurden Daten aus dieser Prognose des LDS und der aktuellen Gemeindefinanzdatenbank für NRW aufbereitet. Von den weiteren Arbeiten ist die Zusammenstellung der finanziellen Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen seit 1964 hervorzuheben.

Auch für die Forschungsgruppe „Regionalwirtschaftliche Analysen“ wurden 2001 Mikrodaten bearbeitet, insbesondere für die Analyse der Strukturen der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen aus einer Umfrage des IAB sowie für die Untersuchung der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen aus der Arbeitgeberbefragung (IAB-Betriebspanel) 2000. Außerdem wurden die Daten des Statistischen Bundesamtes zur 9. koordinierten Bevölkerungsprognose für Deutschland 1998 bis 2050

um die Ergebnisse für die Bundesländer erweitert und in einer Datenbank mit dynamischer Abfrage zur Verfügung gestellt. Weiterhin konnte die Datenbank der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Angaben des Landesarbeitsamtes NRW um die Jahrgänge 1999 und 2000 nach Geschlecht, Alters-, Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen nach den Systematiken WZ79 und WZ93 erweitert werden. Zu dem monatlich gepflegten Bestand der Strukturdaten nach Arbeitsamtsbezirken in Nordrhein-Westfalen wurde eine weitere Datenbank mit monatlichen Arbeitslosendaten für die Gemeinden in Deutschland nach Zugang und Bestand ab Januar 1999 erstellt.

Die Arbeiten für die Forschungsgruppe „Konjunktur“ erstreckten sich im Wesentlichen auf Aktualisierung und Aufbereitung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der Preisindices, des Auftragsengangs und des Umsatzes im Produzierenden sowie im Baugewerbe und auf das Konjunkturmodell. Weiterhin wurden Prüfmaße für Prognosevergleiche ermittelt. Im Rahmen der Mitarbeit an der „Summer school“ wurden die Gleichungen des Konjunkturmodells in der neuen Version des Zeitreihenanalyzesystems EViews zur Durchführung stochastischer Simulationen implementiert. Intensive Daten- und Textrecherche wurde für *Project LINK* anlässlich des *Spring Meeting* (April 2001) geleistet.

Für die Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“ wurde die Datenaufbereitung für die Erstellung von Branchenanalysen fortgesetzt. Außerdem wurden aus der aktuellen „Bach-Datei“ der Deutschen Bundesbank durch ein Verkettungsverfahren jährliche Veränderungsdaten der Bilanzdaten von Unternehmen errechnet sowie Daten zur Entwicklung der elektronischer Märkte im Hinblick auf internationale Umweltpolitik erfasst.

Der Aufbau einer Datenbank „Energiebilanz“ stand im Mittelpunkt der Tätigkeiten für die Forschungsgruppe „Energiewirtschaft“. Dabei wurden Zuordnungen so festgelegt, dass trotz Wechsel in der Klassifizierung der Wirtschaftszweige und Zusammenfassung der Energieträger zu Hauptgruppen Zeitreihen per Abfrage ausgewiesen werden können. Auch die Energieverbrauchs-Datenbank erfuhr eine Überarbeitung, um Daten direkt für das Energiemodell aufzubereiten.

Für die Forschungsgruppe „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ wurde neben der monatlichen Aufbereitung von Daten, die IWF, OECD und EUROSTAT veröffentlichen, mit dem Aufbau einer zentralen Datenbank mit internationalen VGR-Daten aus den jeweiligen nationalen Quellen, die wegen der Aktualität aus dem Internet abgefragt werden, begonnen. Ebenfalls monatlich wurden die Außenhandelsdaten Deutschlands nach Ländern, Gütergruppen- und Warenverzeichnis zur Verfügung gestellt. Weiterhin erfolgte die Berechnung der nominalen und realen effektiven Wechselkurse und die Übertragung der wichtigsten Bilanzdaten von Unternehmen aus den Geschäftsberichten in die „Unternehmensdatenbank Globalisierung“.

Nach Anforderungen der Forschungsgruppe „Handwerk und Mittelstand“ wurden Hochrechnungen für die Entwicklung der Beschäftigten und des Umsatzes im

Bundesgebiet nach der Systematik WZ93 durchgeführt und die auf Basis der handwerksbezogenen Systematik der Gewerbebranche bestehenden Datenbestände fortlaufend aktualisiert. Die Resultate des Mikrozensus aus den Erhebungsjahren von 1989 bis 1997 wurden zur Analyse als faktisch anonymisierte Daten in SPSS zur Verfügung gestellt. Schließlich wurden im Rahmen des Gutachtens zum „Mittelstandsbericht Thüringen“ aus der 9. koordinierten Bevölkerungsprognose, der Erwerbsstatistik und den Veröffentlichungen des „Arbeitskreises VGR“ Daten nach Bundesländern zusammengestellt.

Die *technische Ausstattung* erfuhr im Hardwarebereich entscheidende Verbesserungen, nachdem mehrere leistungsfähigere PCs angeschafft wurden, von denen einer mit einem CD-Brenner zur Datensicherung ausgestattet ist. Die Umstellung auf das Betriebssystem Windows2000 hatte zur Folge, dass insbesondere auf DOS basierende Software angepasst oder ausgetauscht werden musste. Die Version von EViews erschloss neue Möglichkeiten insbesondere beim Implementieren von Modellgleichungen. Mit Clementine 6.0, das die Integration unterschiedlicher Anwendungssoftware zulassen soll und Ende des Jahres geschult und installiert wurde, sollen die Vorzüge des *Data-Mining* erprobt werden.

EDV

Nach der Ersatzbeschaffung von etwa einem Drittel wurden sämtliche PCs in der zweiten Jahreshälfte auf das Betriebssystem Windows2000 umgestellt; dabei erwies es sich als notwendig, bei einer Reihe von weiterhin genutzten Geräten insbesondere Arbeitsspeicher- und Plattenerweiterungen vorzunehmen. Wie geplant wurde im Anschluss an den Systemtausch im Clientbereich auch ein entsprechender Wechsel im Serverbereich vorgenommen. Ein neuer File- und Printserver wird ab Ende des Jahres nicht mehr mit einer neuen Version von NOVELL betrieben, sondern jetzt ebenfalls unter Windows2000. Damit können aufgrund der Kompatibilität beider Seiten viele der sich bietenden Vorteile genutzt werden. Weiterhin wurde eine Client-gestützte Virensoftware durch eine zentrale Serverversion abgelöst und damit die Verantwortlichkeit der PC-Nutzer für einen ständig aktualisierten Virenschutz verringert.

Um Engpässe bei den beiden UNIX-Maschinen zu überwinden, wurden Erweiterungen bei Festplattenkapazitäten vorgenommen und bei einem Server auf eine schnellere CPU hochgerüstet; gleichzeitig erfolgte der teilweise Übergang auf SOLARIS 8. Zwecks einer besseren Integration von UNIX und Windows wurde die NFS-basierte Software von PC-Netlink abgelöst. Auch im UNIX-Bereich wird der Virenschutz durch das unmittelbar am Internet-Gateway erfolgende Scannen von SMTP-, FTP- und HTTP-Informationen unterstützt.

Der Zugriff auf CD-Informationen wurde dadurch schneller und komfortabler, dass ein eigenständiger CD Rom-Server im Netz zur Verfügung gestellt wurde.

Von den zahlreichen organisations- und verwaltungstechnischen Aufgaben der DV-Gruppe sind besonders zu erwähnen:

- die Bereitstellung der zentralen Server unter UNIX und Windows2000/NOVELL;
- die Mitarbeit an der 14. Summerschool des RWI, der Universität GH Essen und der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg;
- die Begleitung einer Reihe von Arbeiten der Forschungsgruppen, der technischen Abteilungen sowie der Verwaltung.

Grafik

Aufgabenschwerpunkte der Abteilung Grafik sind die Bereitstellung von Grafiken für Text- und DTP-Programme sowie für PC-gestützte Präsentationsprogramme. Darüber hinaus werden auch weiterhin Folien für Overhead-Projektion erstellt. Die hierzu verwendeten Programme können auch unter dem im Jahr 2001 als Standard-Betriebssystem eingerichteten Windows2000 eingesetzt werden. Mit diesem Betriebssystem wird der Austausch von Grafikdateien dadurch erleichtert, dass keine Konvertierung von verschiedenen Schriftsystemen (PostScript nach TrueType) mehr vorgenommen werden muss, was sich in der gestiegenen Quantität direkt in Textverarbeitungsprogrammen verwendeter Dateien niederschlägt.

Bibliothek

Aufbau und Organisation der Bibliothek des RWI orientieren sich an den spezifischen Aufgaben des Instituts: sie dient in erster Linie den wissenschaftlichen Mitarbeitern als Informationsquelle, steht darüber hinaus aber auch externen Interessenten als Präsenzbibliothek zur Verfügung.

Neben wirtschaftswissenschaftlicher Literatur wird aufgrund der empirisch ausgerichteten Arbeiten des Instituts eine Vielzahl von Wirtschaftsstatistiken bezogen. Hierzu zählen neben den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, die nahezu vollständig gesammelt werden, zahlreiche Publikationen der Statistischen Landesämter, der Bundesministerien und anderer Bundes- bzw. Landesbehörden sowie Verbandsstatistiken. Für internationale Vergleiche und weltwirtschaftliche Themen stehen Originalstatistiken einiger Länder (z.B. Vereinigte Staaten, Großbritannien) und Veröffentlichungen internationaler Organisationen, speziell der OECD, der UN, des IMF sowie der Europäischen Gemeinschaften zur Verfügung. Darüber hinaus kann die Bibliothek auf einen Bestand von rund 300 nationalen und internationalen ökonomischen Zeitschriften zurückgreifen. Aufgrund eines umfangreichen Schriftenaustausches stehen zahlreiche Publikationen anderer wissenschaftlicher Einrichtungen und Universitätsinstitute zur Verfügung.

Der Zuwachs an Neuzugängen bei Monographien lag im Jahr 2001 bei rund 2 300, so dass sich der Gesamtbestand der Bibliothek auf nunmehr etwa 87 000 Bände beläuft. Im Berichtszeitraum wurden zudem rund 4 200 unselbständige Artikel aus Zeitschriften und Sammelwerken aufgenommen, so dass Ende des Jahres 55 000 Titelnachweise für Online-Recherchen im eigenen Bestand zur Verfügung standen.

Ein Schwerpunkt der Arbeiten im Jahr 2001 war die Bereitstellung von Online-Zeitschriften und -Datenbanken für die Institutsmitarbeiter. Neben Zugriffsmöglichkeiten auf die bibliographische Datenbank ECONLIT und das NBER konnte ein institutsweiter Volltextzugang zu zunächst ca. 20 Zeitschriften hergestellt werden. Eine beträchtliche Erweiterung ist für 2002 geplant.

Katalogisierung der Bibliotheksbestände, Ausleihe und Periodikaverwaltung erfolgen seit 1997 mit der Bibliothekssoftware BibliothecaWin. Grundlage für die sachliche Erschließung ist der vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung erstellte Thesaurus Wirtschaft.

Wie in den Vorjahren wurde die Bibliothek wiederum von einer großen Anzahl externer Besucher aus den Bereichen Wissenschaft – Universitäten und Fachhochschulen –, Wirtschaft und Bildung benutzt. Vor allem bei Diplomarbeiten und Dissertationen konnte Hilfestellung geleistet werden. Das Spektrum der Anfragen reichte dabei von der allgemeinen Nachfrage nach Veröffentlichungen des Instituts über Themen, die das Institut traditionell bearbeitet, z.B. Stahlindustrie, regionale Aspekte, oder die das Institut in den letzten Jahren ausführlich behandelt hat – Umweltökonomie, Strukturberichterstattung, Europäische Integration –, bis hin zu Literaturrecherchen zu spezifischen Problemstellungen, die sich häufig an aktuellen Fragen orientieren.

Die rasante Entwicklung neuer elektronischer Informationssysteme, die zunehmende Verfügbarkeit von Informationen über das Internet und die damit verbundene verstärkte Nachfrage nach aktuellen Informationen haben zu einer veränderten Aufgabenstellung moderner Bibliotheken von der klassischen Bestands- hin zur Beschaffungsorientierung geführt. Diese neuen Rahmenbedingungen zeigen sich besonders deutlich in wissenschaftlichen Spezialbibliotheken wie der des RWI. Da es dem einzelnen Wissenschaftler vielfach kaum noch möglich ist, aus der Fülle der verfügbaren Angebote die für seine Arbeit relevanten Informationen selbst zu suchen oder zu beschaffen, wird diese Aufgabe zunehmend der Bibliothek übertragen. Somit liegt mittlerweile der Schwerpunkt der Arbeiten nicht mehr beim Nachweis der eigenen Bestände, einen breiten Raum nimmt vielmehr die gezielte Recherche nach Dokumenten und Veröffentlichungen in externen Datenbanken wie GENIOS oder dem Internet bzw. die Beschaffung von Zeitschriftenartikeln über Dokumentenlieferdienste wie *Subito* ein. So wurden im Jahr 2001 allein über *Subito* über 600 Aufsätze beschafft. Hinzu kommen rund 400 Fernleihen bei auswärtigen Bibliotheken.

Veröffentlichungen des Instituts

RWI-Mitteilungen

Jahrgang 52 (2001)

Heft 1:

Brüstle, A. und R. Döhrn, Verlängerte Werkbänke? – Zur Struktur des deutschen Außenhandels mit den mittel- und osteuropäischen Ländern

Rothgang, M., Innovationsaktivität und Technologieverflechtung in der Technischen Keramik – eine Analyse auf Basis der Patentstatistik

Neumann, U., Die britische Enterprise Zone: ein Instrument zur Förderung strukturschwacher Regionen?

Heft 2:

Radmacher-Nottelmann, N.A., Wachsende Globalisierung deutscher Dienstleistungsunternehmen – Evidenzen mikroökonomischer Daten

Gehle, S., Regionale Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland und der Beitrag der KMU

Gebhardt, H., Methoden, Probleme und Ergebnisse der Steuerschätzung

RWI-Konjunkturberichte

Jahrgang 52 (2001)

Heft 1:

Die wirtschaftliche Entwicklung ...
im Ausland zur Jahresmitte 2001:
Weltwirtschaft in unruhigem Fahrwasser

im Inland zur Jahresmitte 2001:
Baldige Überwindung der Konjunkturschwäche

Heft 2:

Die wirtschaftliche Entwicklung ...
im Ausland zur Jahreswende 2001/2002:
Weltwirtschaft löst sich mühsam aus Talsohle

im Inland zur Jahreswende 2001/2002:
Vor dem Umschwung?

RWI-Konjunkturbriefe

Jahrgang 2001

- 1: Die Lage auf dem deutschen Stahlmarkt: Abschwächung auf hohem Niveau
- 2: Rezession bald überwunden
- 3: Internationale Konjunktur: Weltwirtschaft löst sich mühsam aus Talsohle

Untersuchungen

Heft 38: Löbbe, K., J. Dehio, R. Graskamp, Ma. Halstrick-Schwenk, R. Janßen-Timmen, A.-R. Milton, W. Moos, M. Rothgang und M. Scheuer, Die feinkeramische Industrie

Heft 39: Löbbe, K., H. Clausen, B. Fritzsche, R. Graskamp, M. Halstrick-Schwenk, P. Hernold, B. Hillebrand, B. Lageman, H.D. von Loeffelholz, A.-R. Milton, H. Rappen, M. Rothgang, M. Scheuer und F. Welter, Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit

Heft 40: Buttermann, H.G. und B. Hillebrand, Die Klimaschutzerklärung der deutschen Industrie vom März 1996 – eine abschließende Bilanz (Monitoring-Bericht 2000)

RWI-Papiere

Nr. 71: Heilemann, U., Macroeconometric Model Forecasting: A Report from the Trenches

Nr. 72: Janßen-Timmen, R., H.D. von Loeffelholz und W. Moos, Gesamtwirtschaftliche und sektorale Wirkungen des Eigenheimbaus

Nr. 73: Heilemann, U. und B. Hillebrand, Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte – Erwartungen und erste Ergebnisse

Nr. 74: Scheuer, M. und M. Rabinovici, Was zählt beim Export technischer Dienstleistungen? – Ergebnisse einer internationalen Benchmarking-Studie

Nr. 75: Scheuer, M. and M. Rabinovici, What is Important to the Export of Technical Business Services? – Results from an International Benchmarking Study

Nr. 76: Döhrn, R., A.-R. Milton and N.A. Radmacher-Nottelmann, The Impact of Trade and FDI on Cohesion

Nr. 77: Heilemann, U., The remains of the day – macroeconomic lessons from the “fabulous decade”

Nr. 78: Urfei, G. und R. Budde, Die Geographie des Umweltföderalismus: Ein empirischer Ansatz zur Bestimmung effizienter Regelungsebenen der Umwelt- und Naturschutzpolitik in Deutschland

Nr. 79: Döhrn, R. und N.A. Radmacher-Nottelmann, Bestimmungsgründe und Auswirkungen von Direktinvestitionen der deutschen Chemischen Industrie

Nr. 80: Klemmer, P., Kritische Bestandsaufnahme der Straßenmautdiskussion

Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand

Heft 10: Evers, J. and M. Habschick, Micro finance designed for start ups as an exit out of unemployment – The need for programmes, a survey of the current status and suggestions for performance measures and public support in Germany

Heft 11: Welter, F., Nascent entrepreneurship in Germany

Heft 12: Peistrup, M., Die Entstehung von Ein-Personen-Unternehmen in Deutschland

Heft 13: Smallbone, D., F. Welter, I. Egorov and A. Slonimski, Innovation, Small and Medium Enterprises and Economic Development in Ukraine and Belarus: A Position Paper

Schriften und Materialien zur Regionalforschung

Heft 6: Schrumpf, H., R. Budde und G. Urfei, Gibt es noch ein Ruhrgebiet?

Heft 7: Klemmer, P., Steht das Ruhrgebiet vor einer demographischen Herausforderung?

Heft 8: Schrumpf, H. und R. Budde, Die Auswirkungen der Osterweiterung auf die Regionalpolitik der Europäischen Union

Heft 9: Budde, R., S. Gehle und H. Schrumpf, Der Lahn-Dill-Kreis – Analyse und Handlungsempfehlungen

Heft 10: Hamm, R. und M. Wenke, Regionalwirtschaftliche Effekte der Fachhochschule Niederrhein – Nachfrage- und angebotsseitige Impulse, Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft

Satzung

Name, Sitz und Zweck

§ 1

1. Der Verein führt den Namen „Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung“. Er hat seinen Sitz in Essen und ist am 27.Mai 1943 in das Vereinsregister eingetragen worden.
2. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck des Vereins ist die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, insbesondere auch die Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Durchführung von Forschungsvorhaben sowie die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten sollen nach Möglichkeit veröffentlicht werden.

3. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
4. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Geschäftsjahr

§ 2

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Mitgliedschaft

§ 3

1. Mitglieder des Vereins können werden:
 - a) an den Zielen des Instituts interessierte Firmen,
 - b) Körperschaften des öffentlichen Rechts,
 - c) soziale und wirtschaftliche Organisationen.
2. Erwerb der Mitgliedschaft erfolgt aufgrund eines schriftlichen Antrages an den Vorstand mit Angabe des vorgesehenen Jahresbeitrages. Über den Antrag entscheidet der Verwaltungsrat.
3. Die Mitgliedschaft erlischt:
 - a) durch Auflösung;

- b) durch Kündigung seitens des Mitgliedes zum Ende des Geschäftsjahres; sie ist nur mit einer Kündigungsfrist von einem halben Jahr zulässig. Die Kündigung hat durch eingeschriebenen Brief beim Vorstand zu erfolgen;
 - c) durch Ausschluß aufgrund einfachen Mehrheitsbeschlusses des Verwaltungsrates aus wichtigem Grund; gegen den Ausschluß ist die Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig;
 - d) wenn ein Mitglied länger als zwei Jahre mit der Beitragszahlung im Rückstand ist.
4. Die Beendigung der Mitgliedschaft entbindet das Mitglied nicht von den bis zum Datum des Ausscheidens bestehenden Verpflichtungen. Ansprüche irgendwelcher Art an das Vermögen des Vereins entstehen bei Beendigung der Mitgliedschaft nicht.

Mitgliedsbeiträge

§ 4

1. Die Mitglieder haben einen Jahresbeitrag zu leisten, dessen Höhe der Selbsteinschätzung des einzelnen Mitgliedes überlassen bleibt; die Mitgliederversammlung setzt den Mindestbeitrag jährlich fest.
2. Die Mitgliedsbeiträge sind Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke zur Förderung der Wissenschaft im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. Dezember 1953.

Ehrenmitglieder

§ 5

Die Mitgliederversammlung kann Persönlichkeiten, die sich um das Institut oder um die wirtschaftswissenschaftliche Forschung besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen. Ehrenmitglieder genießen die Rechte der Mitglieder; sie sind von Mitgliedsbeiträgen befreit.

Organe des Vereins

§ 6

Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Verwaltungsrat,
3. der Vorstand.

Mitgliederversammlung

§ 7

1. Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet wenigstens einmal in jedem Geschäftsjahr am Sitz des Vereins statt, möglichst in der ersten Hälfte des Jahres.

2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn
 - a) der Verwaltungsrat ihre Einberufung beschließt,
 - b) mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Vereins die Einberufung schriftlich unter Angabe der Gründe beantragt.
3. Zu der Mitgliederversammlung sind die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie ein Vertreter des Forschungsbeirates, die Vertreter des Betriebsrates und der Leitenden Angestellten nach §8, Ziffer1, Absatz2 einzuladen.
4. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates mit einer Frist von drei Wochen unter Angabe der Tagesordnung schriftlich einberufen. Die Frist beginnt mit Aufgabe der Briefe zur Post.

Die Mitgliederversammlung leitet der Vorsitzende des Verwaltungsrates und, wenn er verhindert ist, sein Stellvertreter.

5. Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:
 - a) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes,
 - b) Beschlußfassung über die Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes und des Verwaltungsrates,
 - c) Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates,
 - d) Wahl des Rechnungsprüfers,
 - e) Festsetzung der Höhe des Mitgliedsbeitrages,
 - f) Entscheidung über die Berufung nach §3, Ziffer3c,
 - g) Beschlußfassung über Änderung der Satzung,
 - h) Beschlußfassung über die Auflösung des Vereins,
 - i) Berufung der Mitglieder des Forschungsbeirates.
6. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates und von einem Mitglied des Vorstandes des Instituts zu unterzeichnen ist.
7. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Stimmrecht kann durch einen schriftlich bevollmächtigten Vertreter ausgeübt werden.
8. Sofern diese Satzung nichts anderes bestimmt, entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Ein Beschluß zur Änderung der Satzung bedarf einer Mehrheit von zwei Drittel der erschienenen Mitglieder; die beantragten Änderungen müssen den Mitgliedern in der Einladung zur Mitgliederversammlung bekanntgegeben sein.

Verwaltungsrat

§ 8

1. Dem Verwaltungsrat sollen mindestens 10, höchstens jedoch 15 Personen angehören, die möglichst aus dem Kreise der Mitglieder zu wählen und geeignet sind, die Belange des Instituts wahrzunehmen und zu fördern. Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen haben das Vorschlagsrecht für mindestens je ein Mitglied des Verwaltungsrates. Dem Verwaltungsrat gehören kraft ihrer Ämter der Präsident der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfäl-

lischen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Vorsitzende des Betriebsrates des Instituts an.

Ein Vertreter des Forschungsbeirats, ein weiteres Mitglied des Betriebsrates sowie ein Vertreter der Leitenden Angestellten des Instituts sind berechtigt, mit beratender Stimme an den Verwaltungsratssitzungen teilzunehmen.

2. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Wahl gilt bis zum Ende der dritten auf die Wahl folgenden ordentlichen Mitgliederversammlung. Wiederwahl ist zulässig.
3. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und drei Stellvertreter, die den Vorsitzenden vertreten, wenn dieser verhindert ist.
4. Die Sitzungen des Verwaltungsrates finden wenigstens einmal in jedem Geschäftsjahr am Sitz des Vereins, in der Regel vor jeder ordentlichen Mitgliederversammlung statt. Sie werden durch den Vorsitzenden mit einer Frist von drei Wochen unter Angabe der Tagesordnung schriftlich einberufen und von ihm geleitet. Die Frist beginnt mit der Aufgabe der Briefe zur Post.

Eine außerordentliche Sitzung des Verwaltungsrates ist einzuberufen, wenn mindestens fünf Mitglieder des Verwaltungsrates die Einberufung schriftlich unter Angabe der Gründe beantragen.

5. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Der Verwaltungsrat beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Nur die auf Vorschlag des Bundes und des Landes gewählten Mitglieder können sich vertreten lassen. Bei Beschlüssen von finanzieller Tragweite können die Vertreter des Bundes und des Landes nicht überstimmt werden.
6. Dem Verwaltungsrat obliegen folgende Aufgaben:
 - a) Beratung in allen Angelegenheiten des Vereins von besonderem Gewicht oder finanzieller Tragweite,
 - b) Beratung des jährlichen Forschungsprogramms,
 - c) Zustimmung bei der Übernahme weiterer und Einstellung bisheriger Aufgaben,
 - d) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
 - e) Zustimmung zur Geschäftsordnung des Vorstandes,
 - f) Beschlußfassung über den Haushaltsplan,
 - g) Beschlußfassung über die Berufsordnung für die Wahl des Präsidenten,
 - h) Entscheidung über den Antrag auf Erwerb der Mitgliedschaft nach §3, Ziffer 2,
 - i) Entgegennahme der Jahresrechnung.
7. Über die Beschlüsse des Verwaltungsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

Vorstand

§ 9

1. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden (Präsidenten) sowie bis zu zwei weiteren Mitgliedern. Er ist Vorstand im Sinne des §26BGB. Zwei Vorstandsmitglieder vertreten den Verein gemeinsam gerichtlich und außergerichtlich. Näheres bestimmt die Geschäftsordnung.
2. Der Präsident sollte Hochschullehrer sein, der in der empirischen Wirtschaftsforschung ausgewiesen ist. Er wird vom Verwaltungsrat auf Vorschlag einer Berufungskommission gewählt. Näheres regelt die Berufsordnung, die der Verwaltungsrat beschließt.
3. Die Mitglieder des Vorstandes werden vom Verwaltungsrat für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
4. Der Präsident leitet die wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts im Benehmen mit den weiteren Vorstandsmitgliedern.
5. In Rechtsgeschäften mit Vorstandsmitgliedern wird der Verein durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates vertreten.
6. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Verwaltungsrates bedarf.
7. Der Vorstand insgesamt hat folgende Aufgaben:
 - a) Festlegung des Forschungsprogramms nach Stellungnahme des Forschungsbeirates und Beratung im Verwaltungsrat.
 - b) Aufstellung des Haushaltsplanes, der Jahresrechnung und Erstellung des Jahresberichtes.
 - c) Berufung der Leitenden Angestellten im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und dessen Stellvertretern. Abschluß der Arbeitsverträge mit allen Mitarbeitern des Instituts.

Forschungsbeirat

§ 10

1. Zur wissenschaftlichen Beratung des Instituts wird ein Forschungsbeirat gebildet.
2. Dem Forschungsbeirat gehören mindestens 6, höchstens jedoch 12 international angesehene, im Berufsleben stehende externe Wissenschaftler oder andere Sachverständige auf dem Forschungsgebiet des Instituts, auch aus dem Ausland, an.
3. Die Mitglieder des Forschungsbeirates werden durch die Mitgliederversammlung berufen.
4. Die Berufung erfolgt auf vier Jahre. Eine einmalige Wiederberufung ist möglich. Der Nachfolger eines vorzeitig ausgeschiedenen Mitgliedes wird für die jeweilige Restlaufzeit berufen.
5. Der Forschungsbeirat hat folgende Aufgaben

- a) Wissenschaftliche Begleitung, Beratung und Bewertung der Arbeiten des Instituts,
 - b) Bewertung des Forschungsprogramms des Instituts,
 - c) Bericht über die Bewertung gegenüber dem Verwaltungsrat,
 - d) Förderung der Arbeiten des Instituts.
6. Der Forschungsbeirat soll mindestens zweimal pro Jahr zusammentreten.
 7. Der Forschungsbeirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.
 8. Der Forschungsbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung.
 9. Die Mitglieder des Forschungsbeirates, der Vorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.

Auflösung des Vereins

§ 11

1. Über einen Antrag auf Auflösung des Vereins kann nur abgestimmt werden auf einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung, die unter Einhaltung der Fristen und Formen gemäß §7 einberufen wurde.
2. Die Auflösung des Vereins kann nur mit zwei Drittel der Stimmen aller Mitglieder beschlossen werden.
3. Bei unzureichender Beteiligung an dieser Mitgliederversammlung ist innerhalb eines Monats – nicht aber für denselben Tag – eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen, in der die Auflösung mit drei Viertel Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden kann.
4. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vereinsvermögen an das Land Nordrhein-Westfalen mit der Maßgabe, dass es für wissenschaftliche Forschungszwecke zur Verfügung gestellt wird.

Essen, im Mai 1999

(Geänderte Fassung in der durch den letzten Änderungsbeschuß der Mitgliederversammlung vom 3.September 1998 beschlossenen Form; eingetragen in das Vereinsregister am 31. Mai 1999.)

